WIR WOLLEN ALLES

Nr. 20 (September 74) J 7581 EX DM 1,--

Inhaltsverzeichnis

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

Bochum: Proletarische Front c/o A. Röhm, 463 Bochum, Markstr. 118
Frankfurt: Revolutionärer Kampf und Häuserrat c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202
Hamburg: WWA c/o Manifest Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 79
Hannover: Hannoversche Fresse: c/o A. Baumert, 3 Hannover-Linden 1, Postfach 20125
Kassel: Sozialistische Schüler- und Studenteninitiative c/o Redaktion der 'Auseinandersetzung', 35 Kassel, Hirtenweg 26
Köln: Arbeiterkampf c/o Heinzelhaus, 5 Köln 1, Moltkestr. 27
München: Arbeitersache c/o Basis-Buchladen, 8 München, Adalbertstr. 41b
Nürnberg/Erlangen: Gruppe 'Solidarität' c/o Politladen, 852 Erlangen, Postf. 2849
Saarbrücken: Gruppe Rote Fahne c/o Jens Jacobi, 66 Saarbrücken, Postfach 176
Zürich (Schweiz): Klassenkampf, Postfach 108, CH-8025 Zürich

Redaktionsanschrift: Wir Wollen Alles c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00. Abopreis für 12 Nummern DM 12,00 inklusive Porto. Druck und Verlag: POLITLADEN Erlangen. Presserechtlich verantwortlich Gisela Erler, 8 München 80, Josefsburgstr.16. Abolieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 12,00 gezahlt wurde an: Wir wollen alles, Gaiganz, Konto: 4684-852 Pscha Nürnberg.

VERWANDELN WIR UNSEREN HASS UND UNSERE EMPÖRUNG IN ORGANISATION DES WIDERSTANDES

ENRIQUEZ





Interview mit Miguel Enriquez, Generalsekretär des MIR, das im in diesen Tagen klandestin in Chile verteilten „El Rebelde" veröffentlicht worden ist.

D: Wie steht es aktuell um die Militärjunta?

R: Machen wirs kurz. Eine Gruppe hoher Offiziere stürzte die Regierung und ermordete, folterte und kerkerte Zehntausende ein, unterdrückte die Arbeiterklasse und das Volk auf das schärfste. Einmal an der Regierung, entwickelten sie eine Politik der fortwährenden Repression und verwirklichten eine ausgesprochen reaktionäre und volksfeindliche Wirtschaftspolitik, die gekennzeichnet war durch eine einschneidende Verminderung der Arbeiter- und Volkseinkünfte, die Erhöhung der Arbeitslosigkeit auf Massenebene und einen großen Lebenshaltungskostenanstieg.

Ziel dieser auf Überausbeutung der Arbeit und Repression jeglichen Protestes gegründeten Wirtschaftspolitik ist die Absicherung riesiger Einkommen für die großen einheimischen Kapitalisten und für ausländische Investoren, die man so ins Land zu locken hofft. Sie hat zu einer raschen Abnahme der vorhandenen Basis der Junta geführt, da sie nicht nur die Interessen der Arbeiterklasse getroffen und verletzt hatte, sondern auch die anderen Volksschichten (Kaufleute, Händler, Fuhrunternehmer, kleine Unternehmer, Freiberufliche usw), die früher den Sturz der Unidad Popular-Regierung befürwortet hatten. So begann die Gorilla-Diktatur sich fast ausschließlich auf die Repression zu stützen.

Die Diktatur schafft es nicht sich zu stabilisieren

Schon im Dezember mußten die Gorilla merken, daß sie den inneren Kriegszustand, das Ausgehverbot, die Schärfe der Repression nicht auf ewige Zeiten aufrechterhalten konnten. Sie planten deshalb, die Repression auf Massenebene zu vermindern und dafür die selektive, gezielte zu erhöhen, um so die inneren Bedingungen zu schaffen, die im Juli dieses Jahres ermöglichen sollten, der Bevölkerung einige Freiheiten zuzugestehen, den inneren Kriegszustand aufzuheben, die Ausgangssperre wegfallen zu lassen und wenigstens scheinbar die Repression zu vermindern. Dies war notwendigerweise geboten, um die internationale Isolation der Junta abzuschwächen, einen Eindruck von Stabilität zu vermitteln, die Unterstützung einiger Schichten wiederzugewinnen und ausländische Investitionen anzuziehen.

Es ist ihnen nicht gelungen. Im Gegenteil: ihre internationale Isolierung hat sich verstärkt, der Wechsel im Regierungskabinett bedeutete das Übergewicht des Heeres über die anderen Bereiche und ein Übergewicht des großen, mit dem ausländischen Kapital verbündeten Kapitals; die Inflation ist weiter gestiegen, die Lebenshaltungskosten sind zehn-, fünfzehnmal gestiegen, während die Einkünfte der Werktätigen sich nur um weniger als die Hälfte erhöhten.

Neue und breitere Bereiche des Volkes sind in Widerspruch zur Diktatur geraten und zur Opposition übergegangen, die Zusammenstöße mit der Kirche haben sich verschärft, ebenso mit den bürgerlichen Parteien, die Widersprüche der Gorilla untereinander sind gewachsen. Die Arbeitslosigkeit hat sich schon um ungefähr 20 % erhöht, die Repression ist nicht nur nicht kleiner geworden, sondern stärker, und heute, Mitte August, erinnern die Massenrazzien, Straßenkontrollen, Säuberungsaktionen und Massenverhaftungen und Massenfolterungen an die Monate September und Oktober des letzten Jahres

Die Gorillas haben sich geirrt. Sie hatten ihre Berechnungen falsch angestellt Sie hatten die Arbeiterklasse und das Volk geschlagen, sie hatten die linken Parteien und die Revolutionäre schwer getroffen, aber sie waren weit davon entfernt, sie zerschlagen oder zerstört zu haben. Trotz der massiven Desertion der Kader der Unidad Popular und der starken Repression haben sich die linken Parteien und besonders der MIR allmählich klandestin neu organisiert, während parallel dazu Bereiche der Avantgarden, besonders der Arbeiterklasse, sich neu belebten und organisierten. So begann sich ein zwar gedämpfter, aber starker Widerstand zu entwickeln.

Der MIR hat Ende 1973 eine Plattform aufgestellt, deren wichtigste Inhalte der Kampf für die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten, die Verteidigung des Lebensniveaus der Massen, der Kampf für die Niederschlagung der Diktatur und die Bildung einer neuen Regierung sind Sie rief zur Bildung einer breiten politischen Widerstandsfront auf, die die gegen die Junta eingestellten Sektoren der DC miteinschließen sollte, sowie die Unidad Popular und den MIR, und zur Bildung der Bewegung des Volkswiderstandes, die auf der Basis der klandestinen Widerstandskomitees für die Kampffronten der Massen aufgebaut sein sollte

Um diese politische Linie herum hat der Widerstand (auch wenn das Ziel der Einheit der Parteien keine großen Früchte getragen hat, sei es wegen der Schwankungen der DC-Bereiche, sei es wegen der Illusionen der reformistischen Bereiche über ein Bündnis mit dem Flügel Frei's) immer mehr Kraft gewonnen, hat an der Basis die Arbeiterklasse, das Volk die Linke geeinigt und Tausende von Widerstandskomitees geschaffen. Innerhalb dieser Prozesse hat sich der MIR stärken und seinen Einfluß in der Arbeiterklasse vervielfältigen können, indem er eine wachsende Zahl proletarischer Avantgarden in seine Reihen aufgenommen hat.

Einen sabotierenden Krieg gegen das Großkapital entwickeln!

D: Was sind nach Einschätzung des MIR die Perspektiven dieses Kampfes?

R: Es hängt sehr viel davon ab, was die Revolutionäre, die Arbeiterklasse und das Volk tun werden. Wenn es der Diktatur gelingt, die „öffentliche Ord-

nung" aufrechtzuerhalten, ungestraft die Arbeiterklasse überauszubeuten, dann gelingt es ihr auch trotz der tiefen ökonomischen Krise des Landes und trotz ihrer internationalen Isolation, den einheimischen Kapitalisten ungeheure Gewinne zu sichern und ausländische Kapitalien anzuziehen, wenn man die servilen Garantien bedenkt, die sie diesen anbietet. So könnte sie sich in zwei, drei Jahren wirklich stabilisieren und es sogar schaffen, die Wirtschaft verhältnismäßig wiederzubeleben. Die Aufgabe der Revolutionäre und der arbeitenden Massen ist es, einen immer breiteren und stärkeren Widerstand zu entwickeln, der der Diktatur nicht erlaubt, die „öffentliche Ordnung" zu erreichen und die Überausbeutung der Arbeit auszuführen.

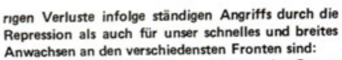
Wenn auch das Anwachsen der internationalen Solidarität wichtig ist, so ist doch das, was wir im Lande schaffen, zu entwickeln am wichtigsten. Die dringlichste Aufgabe des revolutionären Kampfes in Chile ist die Organisation der fortgeschrittenen und Avantgardebereiche der Arbeiterklasse und des Volkes in den Widerstandskomitees, auf dem Wege über diese Massen Agitation und Propaganda voranzutreiben, den aktiven Widerstand zu beginnen, den Zerrüttungskrieg gegen die Diktatur und das Großkapital anfangen, der Formen von Sabotage (Wasserhähne in öffentlichen Gebäuden und in Fabriken auflassen, Licht brennenlassen usw), Formen von Arbeitsverlangsamung (Produktivität und Qualität vermindern durch Reduktion der Arbeitsgeschwindigkeit, Unterbrechungen am Band, Fehler in der Ausführung von Arbeiten), andere Formen von kleiner Sabotage (Maschinen nicht warten, kleine Teile zerbrechen, Schmirgel in die Präzisionsteile schmeißen, Schmierfett mit Benzin auflösen, Scheiben einwerfen, Lampen zerwerfen, soviel wie möglich zu Ausschuß machen usw) einschließt.

Das heißt, es geht um die Erhöhung der Kosten für die Instandhaltung, ohne dabei jedoch die Maschinenparks zu zerstören oder lahmzulegen, denn das würde ja Arbeitslosigkeit für die Arbeiter bedeuten.

Wir Revolutionäre müssen den Schritt hin zum Beginn der Aktionen bewaffneter Propaganda, die dem Widerstandskampf Stärke geben sollen, beschleunigen.

Das muß heißen: kleine Aktionen, die eng an die Interessen der Arbeiter gebunden sind und einfach und flexibel sein müssen, damit es ständig möglich wird, die Widerstandskomitees dazuzubringen, sie nachzumachen, und die so die Basis für eine revolutionäre Volksarmee schaffen können, die die Diktatur ständig behindern kann. So wird sich die Arbeiterklasse und das Volk real in den langen Volkskrieg eingliedern, der zur Niederschlagung der Gorilladiktatur führen wird

So werden die Gorillas fallen, und nicht, indem wir uns darauf beschränken, in Chile oder im Ausland untätig darauf zu warten, daß ihr Sturz vom Himmel fällt oder aus einem illusorischen Bündnis





mit reaktionären bürgerlichen Bereichen wie dem Flügel Frei's entsteht. Diese Sektoren arbeiteten nicht nur aktiv am Sturz der UP-Regierung und an der Unterdrückung der Arbeiter mit, sondern beteiligen sich darüber hinaus heute faktisch an der gegen das Volk gerichteten und unterdrückerischen Politik der Diktatur und unterstützen sie

Der MIR entwickelt sich und wächst an

D: Was waren die Auswirkungen der Repression auf den MIR? Wie ist die Situation jetzt, wo doch in den letzten Monaten Büros und Lager des MIR durchsucht worden sind und eine ganze Anzahl von Kadern eingekerkert worden sind?

R: Wir haben wirklich seit den Kämpfen im September viele repressive Schläge erlitten. Ende 1973 hatten Dutzende von Kadern ihr Leben während der Kämpfe verloren oder waren erschossen oder in der Folter ermordet worden, während viele andere im Gefängnis waren.

Es ist wahr, daß wir damals es geschafft haben, der Repression mit weniger Verlusten als die übrige Linke zu entgehen, das war so dank unserer Erfahrung in der Klandestinität von 1969/70. Danach sind wir zweimal stark von repressiven Schlägen getroffen worden, einmal Ende März und dann Ende Mai. Das war der Preis unserer Aktivitäten vor allem an der Massenfront. Wir haben daraus jedoch Lehren gezogen. Heute treffen uns weiterhin Schläge, aber wir sind schon vorbereitet und organisiert, um sie auffangen oder aufschieben zu können, dabei arbeiten wir unter den Massen, regen den Massenkampf an und bereiten den Beginn des bewaffneten Kampfes vor. Wir haben Mittel aller Art verloren, aber die wichtigsten, grundlegendsten Dinge sind uns geblieben.

Die Grundursachen sowohl für diese relativ niedrigen Verluste infolge ständigen Angriffs durch die Repression als auch für unser schnelles und breites Anwachsen an den verschiedensten Fronten sind:

— Die Anwesenheit sowohl der führenden Genossen als auch der Kader in Chile

— Die Art, wie der größte Teil unserer verhafteten Kader die Folter ausgehalten haben, ohne zu reden; vor allem die Mitglieder der politischen Kommission der Partei, Bautista van Schouwen, zwei Monate lang gefoltert und vielleicht umgebracht, und Arturo Villavela, der seit März blutige Folterungen erleidet, ebenso Dutzende von Arbeiter- und Bauernkadern.

— Zudem haben wir uns fest auf die Massen gestützt, wir haben von ihnen gelernt und ihnen die Richtung gewiesen und wir haben so den Defätisten und den Verteidigern der Desertion ins Ausland gezeigt, daß es nicht nur möglich ist, der Repression zu entgehen, sondern auch möglich und notwendig ist, unter den Massen zu arbeiten, in der Arbeiterklasse und dem Volk, und dabei den Volkswiderstand zu organisieren und zu verstärken.

D: Die Militärjunta feiert demnächst ihr einjähriges Bestehen. Welche Aufgaben stellt sich der MIR dazu?

R: Dieses Jahr der Gorilla-Diktatur ist ein Jahr des Blutvergießens für die Arbeiter gewesen, ein Jahr der Massenunterdrückung und Massenfolter. Ein Jahr der Überausbeutung und des Elends und Hungers Es ist jedoch auch ein Jahr des Fehlschlags der Gorilla-Politik gewesen, des kurzfristigen Fehlschlags ihrer Wirtschaftspolitik, ein Jahr von Instabilität der Diktatur, der Isolierung von der überwältigenden Mehrheit der Chilenen und der Verbreiterung der internationalen Solidarität mit dieser Mehrheit des chilenischen Volkes.

Es ist auch ein Jahr der Erfahrung in der Klandestinität für die Arbeiter und die Revolutionäre gewesen, in der mit historischer Bedeutung die Kraft und Kampfbereitschaft der Arbeiter und Revolutionäre demonstriert worden ist; ein Jahr, das sicher gemacht hat, daß das nächste ein Jahr des Widerstandes und des aktiven Kampfes in ganz Chile sein wird, einschließlich der bewaffneten Propaganda und des bewaffneten Kampfes gegen die Gorilla-Diktatur!

Demonstrieren wir die Stärke des Widerstands

Der MIR ruft die Arbeiterklasse und das Volk unc alle, die gegen die Diktatur sind, dazu auf, ihren Haß und ihre Empörung in Organisation des Widerstandes zu wenden; er ruft die Militanten der Parteier und die Nichtorganisierten auf, sich in kleinen Gruppen von drei, fünf oder sieben Genossen zu organisieren, Widerstandskomitees zu bilden, deren Plattform der Widerstand des Volkes gegen die Diktatur der Kampf für die Wiedergewinnung der demokratischen Freiheiten und der Kampf für die Verteidigung des Lebensniveaus der Massen sein soll.

Er ruft auf, die vorher aufgezählten Aufgaben zu organisieren und voranzutreiben: die Propaganda, die Beschädigungen, die Verlangsamung der Arbeit, die kleine Sabotage usw.

Der MIR ruft alle Mitglieder des Volkswiderstandes dazu auf, alle Freunde, Verwandten, Arbeitskollegen und Bekannten für den Widerstand zu überzeugen und zu gewinnen, vor allem, wenn sie Mitglieder der Streitkräfte sind, Briefe mit der Unterschrift der Widerstandsbewegung an alle zu senden, von denen anzunehmen ist, daß sie möglicherweise auch in den Kampf eintreten werden.

Der MIR ruft schließlich alle Arbeiter, Bauern, Slumbewohner, Studenten, Soldaten, Angestellten, alle Teile des Volkes, dazu auf, daß von heute bis zum 11 September 1974 ganz Chile von einer einzigen Parole überzogen wird Schreiben wir sie mit Bleistiften, Füllern, Pinseln in den Toiletten, Autobussen, Straßen, auf die Maschinen, Schreibtische, machen wir abgezogene Flugblätter von Maschine und Hand, so daß am 11 September eine einzige Parole ganz Chile bedeckt, die die Stärke der Widerstandsbewegung beweist:

DER VOLKSWIDERSTAND WIRD SIEGEN!

Chile, 16 8. 1974

!achtung!

Über die Redaktionsanschrift kann gegen Briefmarkenbezahlen (DM 0,50/Stck.) die erste Nummer der vom MIR herausgegebenen Untergrundzeitung „el Rebelde" in deutscher Übersetzung bezogen werden. Zusätzlich enthält die Zeitung die Rede, die der westeuropäische MIR-Vertreter auf der Abschlußkundgebung der nationalen Chile-Demonstration in Frankfurt gehalten hat. Bei größeren Bestellungen überweist das dringend benötigte Geld auf das Konto: T.Schmid, 6 Ffm, PSchK 58657/605, Ffm.



Gegen jede Spaltung

Am 26. 8. 1974 trafen sich in Budapest der Koordinationsausschuß des Chilenischen Widerstandes, dem alle Parteien der chilenischen Linken angehören: die Sozialistische Partei, die Radikale Partei, die KP Chile, die christliche Linke, die Mapu und die Mapu OC, und die Bewegung der revolutionären Linken (MIR).

Diese Organisationen verfaßten eine gemeinsame Erklärung, in der die politische Richtung und die gemeinsamen Aufgaben des Widerstandes in Chile gegen die faschistische Junta formuliert werden. Ebenso wird die Notwendigkeit und Wichtigkeit der inernationalen Soliarität betont, daß diese weltweite Solidarität ein „noch höheres Niveau als bisher" annehmen muß.

Die Erklärung von Budapest

Wir, die Repräsentanten der Radikalen, Sozialistischen, Kommunistischen Parteien, der Christlichen Linken, der Mapu OC und der Bewegung der revolutionären Linken (MIR), die mit der Koordinierung der Solidarität mit Chile im Ausland beauftragt sind, wir erklären der öffentlichen Weltmeinung, daß die faschistische Junta sich die Regierung unseres Landes widerrechtlich angeeignet hat, den Terror und die Repression in unserem Lande verstärkt hat, die einzigen Mittel, mit denen sie sich weiter an der Macht halten kann. Die mehr als 15 000 Verhafteten der letzten Wochen bestätigen, daß die brutale Repression das dauernde Kennzeichen des faschistischen Regimes ist, das sich in Chile eingerichtet hat.

Chile durchlebt gegenwärtig die dramatischste Periode seiner Geschichte. Sein Territorium ist von KZs verseucht, sein Volk erleidet die schrecklichste Diktatur. Dennoch konnte der Faschismus das chilenische Volk nicht vernichten. Es ist ihm nicht gelungen, die revolutionären Organisationen zu zerstören.

Im Gegenteil. Das chilenische Volk hält nicht still, sondern es baut gegenwärtig seine Kampforganisationen neu auf. Die Übereinstimmung und die gemeinsame Aktion aller revolutionären, patriotischen und antifaschistischen Kräfte wird mehr und mehr koordiniert. Der Welt wird die Leistung, die große historische Bedeutung des Weiterbestehens der Parteien und Bewegungen der Linken auf nationalem Gebiet in der tiefsten und gefährlichsten Klandestinität die Kämpfe des Volkes anregen, orientieren und organisieren, gezeigt.

Dieser Stand der Dinge und das Anwachsen der heroischen Antwort des Volkes erbittert die Junta. Ihre absolute politische und soziale Isolierung und ihre Unfähigkeit, den Widerstand zu zerschlagen, bewirkt, daß die Faschisten die Repression bis zur äußersten Brutalität und Barbarei steigern. In diesen letzten Tagen wurden hunderte von Häusern durchsucht, Männer, Frauen und Kinder beleidigt und beschimpft. In vielen Fällen sind sofortige Exekutionen an dem Ort, an dem die Patrioten verhaftet wurden, durchgeführt worden, und die Folter ist die normale Methode, mit der die Junta ihre Opfer behandelt.

Die faschistischen Generäle haben ihre Absicht verkündet, die chilenischen Patrioten innerhalb von zwei Jahren auszurotten. Pinochet hat erklärt, daß „der Marxismus nie mehr zurückkehren wird", und „daß im Land der innere Kriegszustand für mindestens zwei Jahre aufrechterhalten wird".

Die Morde und physischen Foltern werden von den chilenischen Faschisten in ihren vergeblichen und verzweifelten Versuchen, die Einheit der Volkskräfte zu unterminieren, gegenwärtig in massiver Weise ergänzt durch raffinierte psychische Foltern und widerwärtige Methoden des Betrugs.

Zum Beispiel ist es eine Methode der Junta, den politischen Parteien vorzuwerfen, sich gegenseitig zu denunzieren. In derselben Weise, mit unbestrittener Willkür, verfahren die Folterknechte mit den Gefangenen. Das zeigt sich während der Durchsuchungen der Fabriken und in den proletarischen Vierteln, wenn die da bekannten Führer verschleppt werden und gleichzeitig gesagt wird, diese seien Denunzianten.

Deshalb wollen wir vor aller Welt verkünden, daß die Faschisten mit widerwärtiger Feigheit nicht nur führende Gewerkschaftler und Politiker einkerkern, sondern auch deren Frauen, Mütter und sogar ihre kleinen Kinder, um den Willen ihrer Opfer brechen zu können.

Diese finsteren und hitlerianischen Methoden haben die chilenischen Arbeiter nicht getäuscht und werden sie nicht täuschen, denn sie kennen die Aufrichtigkeit und die **revolutionäre** Moral der Kämpfer des Volkes sehr gut.

Während wir uns dem ersten Jahrestag des Sturzes der Regierung der Unidad Popular und der Ermordung des Präsidenten Allende nähern, vermehren sich in Chile Manifestationen des Widerstandes. Die antifaschistische Front wächst und entwickelt sich in ganz Chile in der Hitze des Kampfes, in der Einheit der Aktion aller Patrioten, die entschlossen sind, bis zum Sturz der Diktatur zu kämpfen, um eine neue Demokratie mit Volkscharakter aufzubauen!

Seine wachsende Koordination und Einheit, seine heroischen Kämpfe gegen die faschistische Diktatur sind die Antwort des chilenischen Volkes, getragen von der riesigen Welle der weltweiten Solidarität. **Diese Solidarität muß heute ein noch höheres Niveau erreichen:** die weltweite Mobilisierung konnte die Freiheit Anselmo Sule's erreichen, des Präsidenten der radikalen Partei. Die weltweite Mobilisierung hat die vom Kriegsrat der chilenischen Luftwaffe zum Tode verurteilten vor der Erschießung gerettet.

Die Solidarität der Völker der Welt kann und muß die Freiheit aller politischen Gefangenen erreichen:

- Sie kann und muß die Freiheit von Luis Corvalan, Clodomiro Almeyda, Carlos Morales, Fernando Flores, Sergio Bitar, Bautista van Schouwen, Leopoldo Luna und anderer Volksführer erreichen.
- Sie kann und muß die sofortige Freiheit der eingekerkerten Frauen erreichen.
- Sie kann und muß die Ermordung von Gustave Ruz, Jorge Montes, Arturo Villa Vela, Marcial Cortez Monroy und anderer festgehaltener Führer verhindern, die die Faschisten heimlich ermorden wollen.
- Sie kann und muß die Freiheit der gefangenen Militärs erreichen, die wegen der Loyalität zu Allende eingekerkert wurden.
- Sie kann und muß das Ende „des internen Kriegszustandes" und des Belagerungszustandes erreichen.
- Sie kann und muß die Abschaffung der Kriegsgerichte und Kriegsräte erreichen.
- Sie kann und muß verhindern, daß den Faschisten weiterhin Waffen geliefert werden.

Das chilenische Volk hat sich mit seinem heroischen Widerstand gegen den Faschismus dieser Solidarität als würdig erwiesen.

Gegen den Faschismus!
Venceremos!
Budapest, 26. 8. 1974

Der Appell aller chilenischen linken Organisationen an die internationale Solidarität ist klar: Unsere Aufgabe ist es, die breiteste und massenhafteste Mobilisierung zur Unterstützung des chilenischen Widerstandes zu organisieren. Das Ziel dieser Mobilisierung, die weltweite Isolierung der faschistischen Junta in Chile, ist nur zu erreichen, wenn sich **alle** antifaschistischen Organisationen zusammenschließen, **ungeachtet ihrer ideologischen und parteipolitischen Differenzen.**

Es beweist nur sektiererisches Verhalten, wenn in der bürgerlichen und linken Presse zu lesen ist, daß sich bestimmte Organisationen von Veranstaltungen für Chile-Solidarität distanzieren. Dieses Verhalten widerspricht klar der Aufforderung **aller** chilenischen Widerstandsorganisationen, die die gemeinsame Aktion **aller** Linken in der BRD, in der ganzen Welt als erste Aufgabe der Solidaritätsbewegung formulieren — wie auch in der abgedruckten Erklärung nachzulesen ist.

In anderen europäischen Staaten ist dieses Ziel erreicht: ungeachtet der ideologisch-politischen Differenzen demonstriert die gesamte Linke gegen die Junta. In der BRD dagegen wird dies systematisch verhindert. Nicht die Solidarität mit Chile, sondern die parteipolitischen Querelen und innenpolitischen Rücksichten wegen der bevorstehenden Landtagswahl werden an die erste Stelle gesetzt!

Jede Form der **Spaltung** und damit **Schwächung** der Unterstützung des Widerstandes anläßlich des Jahrestages des Putsches am 11. September bedeutet, **daß Pinochet von uns ein politischer Triumph umsonst geschenkt wird!** Und was noch schwerwiegender ist, es bedeutet, daß wir der Einheit, die die chilenischen Genossen innerhalb eines Jahres Widerstand entwickelt haben, in den Rücken fallen!

Wir unterstützen die politische Richtung der Erklärung der chilenischen Genossen von Budapest. Deswegen haben wir zur Teilnahme an der Demonstration am 11. September von DGB/DKP/etc. aufgerufen und fordern alle politischen und gewerkschaftlichen, deutschen und chilenischen Organisationen in Frankfurt und der BRD auf, sich zur gemeinsamen Solidaritätsaktion am 14. 9. 1974 in Frankfurt zusammenzuschließen.

Gegen die Militärdiktatur!
Gegen jeden Spaltungsversuch!
Der chilenische Widerstand wird siegen!

Revolutionärer Kampf und alle
WIR WOLLEN ALLES-Gruppen



Bericht des Gefangenen Otto Worm über die Vorgänge in der Justizvollzugsanstalt Mannheim

Es ist unwahr, daß nur 3 Gefängniswärter an den Folterungen in der Pfingstnacht (2./3. 6. 1974) beteiligt waren. Insgesamt waren es 5 Mann. Sie trugen auch Waffen ... und in einigen Fällen sind sie auch mit vorgehaltenem Karabiner eingedrungen. In Zelle 2321 drangen nur die drei inzwischen strafversetzten Wärter ein, während zwei weitere bewaffnet außerhalb blieben. Mir sind allein 15 Fälle von Bedrohung mittels Waffe bekannt geworden. Davon sind mir 8 den Namen nach bekannt und 7 weitere nur der Zellen-Nummer nach. Außerdem kenne ich noch gut 10 weitere Fälle. Da ich aber nur mit 10 Prozent aller Gefangenen überhaupt zusammenkomme, so ist es nicht übertrieben, daß nicht nur diese 25 Opfer jener Blutnacht im Mannheimer Gefängnis waren. Die Nachtwache muß sich in einem richtigen Rauschzustand befunden haben. Nach Angaben ihrer Kollegen hatten sie am anderen Morgen ja nicht einmal mehr sagen können, in welche Zellen sie alle eingedrungen waren. Mir wurde bekannt, daß 3 Mitgefangene dabei krankenhausreif gefoltert wurden und einer später an den Folgen der erlittenen Verletzungen verstarb.

Der Heidelberger Taxifahrer Uwe W., 28 Jahre, wurde in mit Handschellen auf den Rücken gefesseltem Zustand solange gefoltert, bis er lebensgefährlich verletzt war. Seither trägt er eine Gesichtsplastik. Obwohl ihm die Justiz 10 000 Mark Schmerzensgeld anbot, blieben die drei Täter (Gausmann, Knebel, Sander) bisher unverfolgt.

Es ist unwahr, der Gefängnisdirektor habe keine Repressalien gegen mich anwenden lassen. Er hat mich seither fast bis zum Wahnsinnigwerden terrorisieren lassen. Es fing an damit, daß er einen ehemaligen SS-Mann gegen mich vorgehen ließ. Hinterher wurde ich ernsthaft bedroht und fortgesetzt in niederträchtigster Weise schikaniert ... Er ließ mich sofort nach dem Vorfall, wo dem ... US-Amerikaner Hata eine brennende Zigarette auf dem Gesicht ausgedrückt wurde, von der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen ausschließen. Erst vor ca. 2 Wochen beantragte er dies unter VII KLs 80/73 am LG/Stuttgart. Zuvor praktizierte er dies einfach selbstherrlich.

Da ich selbst verletzt bin und mir die ärztliche Hilfeleistung verweigert wird, habe ich ständig heftige Schmerzen auszustehen. Unser Gefängnisarzt ist tagsüber angeblich Veterinär-Mediziner und kuriert das Rindvieh, Schafe, Ziegen und Hunde in Mannheim-Land. Nur vormittags ist er kurz hier als Gefängnisarzt tätig. Er selbst nennt sich einen 'Voll-Arier', Gefangene nennt er Drecksack, Zuchthäusler usw. So auch mich selbst. Wenn er mal gut gelaunt ist, bekommt man eine rostige Saure-Gurken-Konservendose für Heilbehandlung.

Wenn man bittet, die Kriminalpolizei zu verständigen, weil wieder jemand gefoltert wurde, so weigert sich die Justizvollzugsanstalt. Wenn man selbst die Kriminalpolizei anschreibt, dauert es volle 2 Wochen, ehe sie mit der Ermittlung beginnt. Am 17. 7. 1974 wurde ein Gefangener ... gefoltert und lebensgefährlich verletzt. Am 18. 7. 1974 vor 6.00 Uhr früh sahen wir alle, wie er schon völlig leblos auf dem Totenkarren in die Krankenabteilung gefahren wurde. Kurz nach 6.30 Uhr wurde er vom DRK-Krankenwagen in ein städtisches Krankenhaus überführt. Ein Mitgefangener kannte ihn von außerhalb des Gefängnisses. Von gemeinsamen Bekannten erhielt er inzwischen die Nachricht, daß er an den erlittenen Verletzungen am folgenden Tage verstorben sei. Von Justizbediensteten erfuhr ich, daß seine Zelle voll Blut gewesen sei.

Nahezu alle Mitgefangenen scheuen sich, etwas zur Anzeige zu bringen, weil sie hinterher immer Repressalien ausgesetzt sind. Wenn sie dagegen etwas verschwiegen, so bekämen sie Alkohol und oft noch mehr. Dies lohne sich immer.

W. Mar konnte den Anfang des Vorgangs vom 17. 7. 1974 beobachten. Auf meine Frage, wer es gewesen sei, weil ich hier sowieso kaum jemand kenne, antwortete er mir: „... hier drinnen passiert so viel, da sehe ich nichts und da höre ich nichts, und da will ich auch nichts gesehen und gehört haben!"

Als ich einen leitenden Gefängniswärter fragte, ob er dies gewesen sei, der im Februar 1974 in der untersten Treppenkehre bei der Zentrale einen 17jährigen Ausländer blutig geschlagen habe, antwortete er mir: „Damit Sie es genau wissen, das war ich! Und da können Sie ruhig was vorbringen, das landet alles nur im Papierkorb, und Sie selbst machen sich unglaubwürdig." Auf meine Frage nach welchem Papierkorb, antwortete er: „Beim Herrn Direktor Recher". Und auf weitere Frage: „Und auch bei der Staatsanwaltschaft wandert das genauso in den Papierkorb, wenn es hier in den Papierkorb wandert."

Der an Weihnachten erschlagene Häftling (Vast) wurde nachts in seiner bereits gesichert geschlossenen Zelle überfallen, schwer zusammengeschlagen und dabei lebensgefährlich verletzt. Schon am Boden liegend gab man ihm noch einen Fußtritt an den Kopf, daß er halb unters Bett rutschte. Man hatte ihm den ganzen Mund blutig geschlagen und sich dabei auch die Faust beschmutzt. Um hinterher keine Fingerabdrücke an der Zellentür zu hinterlassen, schob man mit blutverschmierter Faust den Riegel zu. Die Mannheimer Mordkommission konnte dort noch Blutspuren sichern. Die serologische Untersuchung ergab, es sei Blut des Erschlagenen. Mit dieser Entdeckung übergab sie die Akte der Mannheimer Staatsanwaltschaft. Bei der Kriminalpolizei war nichts in den Papierkorb gewandert. Dies möchte ich hier besonders hervorheben, weil ich Schilderungen hierzu bekommen habe.

Bewußt landete bei der Staatsanwaltschaft das kriminalpolizeiliche Ermittlungsergebnis wenn auch nicht im Papierkorb, so doch in der Aktenablage. Dies war aufgrund gemeinsamer Abmachung mit dem Gefängnisdirektor erfolgt. ... (Es) hatte Anweisung bestanden, diesen Gefangenen zu foltern, doch allerdings nicht, ihn zu töten. Man befürchtete, die Strafverfolgung könnte offenbaren, daß weisungsgebunden gefoltert worden wäre. Deswegen wurde alles eingestellt.

Interne Begründung war, keiner der fünf verdächtigen Gefängniswärter könne sagen, wer drinnen in der Zelle gewesen sei. Obwohl einzelne Gefangene trotz allem den Mut aufgebracht hatten, vor der Mordkommission auch zu bekunden, daß sie gehört hatten, wie er nachts erschlagen wurde.

Der Arzt hatte ein bewußt zweideutig auslegbares Attest über die Todesursache ausgestellt, nämlich „Tod durch äußere Einwirkungen". Den Angehörigen wurde dann absichtlich täuschend mitgeteilt, daß der Tote scheinbar nachts versucht habe, aus dem Bett aufzustehen. Doch dabei müsse er offensichtlich so auf die Bettkante gefallen sein, daß er dabei bewußtlos geworden sein könne. So sei er dann vorm Bett liegend verstorben. Wäre er nicht bewußtlos beim Umfallen geworden, hätte er noch nach der Nachtwache läuten können. So wurde es mir geschildert, sei alles gewesen.

Ich selbst war zu dieser Zeit noch nicht in diesem Gefängnis. Kenne also alles nur aus dem Munde von Gefangenen und von Justizbediensteten. Doch ich selbst habe einmal den Gefängnisdirektor Recher auf diesen Mordfall angesprochen. Ich wurde da sofort noch im Zimmer des Direktors vom Leiter des Rollkommandos angepöbelt. Dies geschah nicht nur mit Billigung des Direktors, sondern sichtlich zu seiner Erleichterung. Ich beschuldigte beide, in diesen Mordfall verwickelt zu sein, und nicht nur durch bloße Verdunklung der Person der Täter. Ich beschuldigte zusätzlich mehrere Gefängniswärter ... mehrfach Gefangene schwer gefoltert und dabei lebensgefährlich verletzt zu haben, so daß einige an den Folgen solcher ... Verletzungen nachträglich verstarben. Ich bringe jedoch zu ihrer Entschuldigung vor, daß sie in der Regel hierbei weisungsgebunden gehandelt haben. Sie waren sich daher auch so sicher, daß ihnen überhaupt niemals etwas passieren könnte, weil sie ja nur gehandelt hatten, wie ihnen befohlen war. ... Gefängnisdirektor Recher hatte noch niemals irgendein Interesse aufkommen lassen, wonach anzunehmen sei, er würde Übergriffe auf ... Gefangene nicht dulden. Einmal hatte er sogar einen Gefängniswärter zu mir geschickt, um mich zwangsweise zu erpressen.

Hexenprozess in Itzehoe

Oder: wie der weiblichen Sexualität der Prozess gemacht wird



Seit dem 19. August 1974 stehen die beiden lesbischen Frauen Marion Ihns und Judy Andersen unter Mordanklage vor Gericht. Sie sollen den Dänen Denny Pedersen beauftragt haben, den Ehemann von Frau Ihns gegen Bezahlung zu ermorden. Er ist für diese Tat von einem dänischen Gericht zu 16 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. In Itzehoe soll herausgefunden werden, in welchem Ausmaß die beiden Frauen an Planung und Ausführung des Mordes beteiligt waren. Also ein Mordprozeß wie jeder andere?

Weil die beiden angeklagten Frauen eine lesbische Beziehung hatten, müssen sie über jeden ‚normalen' Mordprozeß hinaus ihre elende Jugend, ihre Vergewaltigung, ihre miesen Beziehungen zu miesen Männern, ihre Gefühle zueinander bis ins kleinste Detail vor den Augen und Ohren der ganzen Nation ausbreiten. Weil sie eine lesbische Beziehungen haben, werden sie geiler Neugier und hämischem Voyeurismus uneingeschränkt ausgesetzt. Sie werden an den Pranger gestellt. Der Mordprozeß gerät zum Vorwand, um über die lesbische Beziehung zu Gericht zu sitzen. Der Mordprozeß wird zum Hexenprozeß.

Was von der gesamten Frauenbewegung schon immer befürchtet wurde, daß sie die Männer bekämpft und sie umbringen will, hier ist es real eingetroffen. Die verdeckte Angst macht die Verfolgungswut in diesem Prozeß maßlos.

Eine lesbische Liebe rüttelt an den Grundfesten der Gesellschaft, an Ehe und Familie, vor allem aber an der ungebrochenen Vorherrschaft der Männer und ihren Wahnvorstellungen über Frauen. Der Gutachter, ein Dr. Dr., drückt die ganze Fassungslosigkeit der Männer aus. Er fragt: „Warum nur, warum? " (Bild, 29. 8. 1974)

Durch die lesbische Beziehung wird der Mann als Oberhaupt der Familie und als alleiniger ‚Beglücker' der Frauen bedroht. Bild berichtet angstvoll von 2 Mio. Lesbierinnen in der BRD. Da hört der Spaß auf! Das kann sich kein Mann bieten lassen! Deswegen müssen lesbische Frauen mit allen Mitteln bekämpft werden, deswegen muß die Liebe zwischen zwei Frauen öffentlich zerstört werden. Die Hexenkampagne muß die Frauen so gegeneinander ausspielen, daß die Beziehung daran zerbrechen muß, so wie es bei M. I. und J. A. gelungen zu sein scheint. Wie die Reklamefrauen auf der Litfaßsäule, deren Beine, Busen und Zähne zur Schau gestellt werden, sind Marion Ihns und Judy Anderson Objekt des öffentlichen Spektakels. An ihrem Fall wird **allen Frauen** demonstriert, was Männer für weiblich halten, was Männer aus weiblicher Sexualität machen und welche Strafe darauf steht, wenn Frauen auf diese Sexualität pfeifen.

Und so wird das Exempel statuiert:

- Mehr oder weniger geile Reporter breiten genüßlich jedes Detail der Ermittlungen vor den erschrockenen Männern aus. Aber die heraufkriechende Angst wird in den behaglichen Genuß der Details umgewandelt.
- Die Beziehung zwischen zwei Frauen wird zum Einzelfall gemacht, sie erscheint als abartig und lächerlich. „Kann die Liebe zwischen zwei Frauen so absolut sein, so endgültig? Oder ist sie krankhaft, nicht normal? " (Bild, 26. 8. 1974). Die Antwort wird höflich dem Gutachter überlassen, aber für die Sensationspresse ist jetzt schon klar, daß es sich zumindest bei der Ehefrau und Mutter Marion Ihns um „ein totales Verwirrtsein über ihre Gefühle" handelt (Bild, 26. 8. 1974).
- Krankheiten kann man noch heilen, Zustände der Verwirrtheit vielleicht beenden – aber lesbische Liebe ist nicht nur lächerlich, krankhaft und abartig, sondern sie führt zum Verbrechen. Bild weiß: „Die **Leidenschaft** der lesbischen Frauen kann zu den grausamsten Konflikten führen: zu verlassenen Kindern, zerrissenen Ehen, zu aller Art von Unglück, Tötung, Selbstmord, Mord ... Der Männerekel steigt in vielen Stufen an. Von stiller, scheuer Abkehr steigert er sich zur Feindschaft gegen alles Männliche." (H. v. Henting, Die Kriminalität der lesbischen Frau, zit. in Bild vom 29. 8. 1974) Lesbierinnen offen wegen ihrer sexuellen Beziehungen zu bestrafen, ist nicht jedermanns Sache, aber wenn homosexuell = kriminell, dann wird es sogar für den aufgeklärten Bürger eindeutig: das muß verurteilt werden, am besten lebenslänglich!
- Ihre stärksten Abwehrkräfte haben die Männer jedoch im Gerichtssaal selbst. Zum Beispiel in Richter Selbmann, der den Sensationsreportern die unbegrenzte Fotografiererlaubnis und die öffentliche Vernehmung der Angeklagten zur Person verschafft hat. Er hat mit dieser in „der deutschen Gerichtsgeschichte einmaligen Anordnung" (FR, 27. 8. 1974) den historischen Stellenwert dieses Prozesses durchaus erkannt. Er besitzt das „richtige Augenmaß und 15jährige Erfahrung" dafür, wie er die Frauen fertigmachen kann. Er läßt sich von ihnen alle Einzelheiten ihrer Beziehung berichten, quält sie mit Erinnerungen an ihre Kindheit, läßt ihre Liebesbriefe verlesen. Von der Tat her gesehen „prähistorisch und daher überflüssig" erscheinen ihm dagegen Aussagen eines Zeugen über die Ehe Ihns, die wichtige zusätzliche Aufschlüsse über die Vorgeschichte des Mordes gegeben hätten (vgl. Spiegel, 27. 8. 1974). Auch die von M. Ihns gemachte Aussage, ihr Mann habe sie bis zu dreimal täglich vergewaltigt (Welt am Sonntag, 24. 8. 1974), erscheint unerheblich. **Wie** die Reklamefrauen auf der Litfaßsäule, deren Beine, Busen und Zähne zur Schau gestellt werden, sind Marion Ihns und Judy Anderson Objekt des öffentlichen Spektakels. An ihrem Fall wird **allen Frauen** demonstriert, was Männer für weiblich halten, was Männer aus weiblicher Sexualität machen und welche Strafe darauf steht, wenn Frauen auf diese Sexualität pfeifen.

Durch die Darstellung der beiden Frauen soll der Beweis erbracht werden, daß es ein für allemal nur zwei Arten des Sexualverhaltens gibt, die männliche und die weibliche. Marion Ihns wird zu der weiblichen Frau gemacht, die jeder Mann vergewaltigen will, zum bedauernswerten, schwachen, hirnlosen Opfer. Judy Andersen aber ist unattraktiv – und darum lesbisch –, Kranführerin, „sieht schon von Berufs wegen auf Männer herab". Sie hatte ihre Kontakte zu Männern immer als Vergewaltigung empfunden. Sie ist der eigentliche Feind, der durch Lächerlichkeit und Aburteilung vernichtet werden muß. Weil sie nicht ‚weiblich' ist, muß sie der ‚Mann' in der Beziehung sein, und da ist sie – weil schwanzlos – allemal lächerlich. Sie muß die weibliche Frau schließlich verlieren, denn vergewaltigen kann keine Frau so gut wie ein Mann! Die Zerstörung der lesbischen Liebesbeziehung ist gelungen. Judy Andersen, die keine Frau für Männer sein wollte, ist isoliert.

Alle Bemühungen von Journalisten, Richtern und Anwälten haben jedoch eins nicht vom Tisch wischen können, daß zwei Frauen mehr als genug Gründe gehabt haben, sich von Männern abzuwenden und einander zu lieben und daß ein Teil dieser Gründe, nämlich die deutsche und soziale Ausbeutung der Frau durch den Mann, **alle** Frauen betrifft.

Wehren wir uns gegen die sexuelle Unterdrückung der Frau!

Schluß mit dem Zwang zur Heterosexualität!
Freispruch für die weibliche Homosexualität!

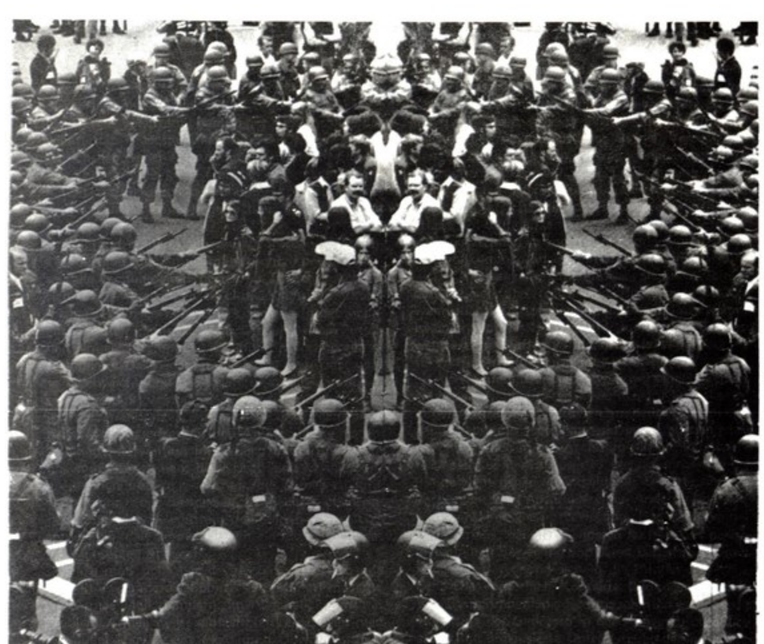
Flugblatt des Frauenzentrums Frankfurt

Haftunfähiger verschwunden

HANNOVER, 18. September. Der hannoversche Mineralölhändler Lothar K., gegen den Ende August ein Haftbefehl wegen Steuervergehen und Konkursverbrechen verhängt worden war, ist spurlos verschwunden und wird jetzt von Interpol gesucht. Die Umstände seiner Flucht haben in Hannover großes Aufsehen erregt: K.'s Hausarzt, der Rektor der Medizinischen Hochschule Hannover, Professor Helmut Fabel, hatte dem Ölmillionär absolute Haftunfähigkeit, Transportunfähigkeit und Vernehmungsunfähigkeit attestiert.

.... Nach den bisherigen Ermittlungen verließ er das hannoversche Oststadtkrankenhaus am Morgen des vergangenen Sonntags und packte dann in aller Ruhe zu Hause seine Koffer.

Die Staatsanwaltschaft erfuhr von der Flucht am Montagnachmittag durch einen Brief, den Professor Fabel ihr auf dem gewöhnlichen Postwege zuleitete.



Tragt den Klassenkampf in die Armee?

Die WIR WOLLEN ALLES ist wie keine andere Zeitung von den Erfahrungen der Entwicklungen in Chile geprägt worden. Chile wurde nicht als exotisches Fremdland behandelt, sondern als ein Ort, an dem beim Versuch des Aufbaus des Sozialismus unter Bedingungen bürgerlicher Legalität Erfahrungen gemacht wurden, die auch für uns wichtig sind. Wenn ihr euch jedoch auf die Interpretation der Prozesse wie Entwicklung der Gegenmacht, wie sich diese Gegenmacht durchsetzt, welche Rolle dabe die Gewalt spielt etc., beschränkt, laßt ihr eine de wichtigsten Fragestellungen aus. Die Frage, die of fensichtlich weder Allende noch der MIR beantwor ten konnte: Wie kann man bei dem Versuch, die bestehende Gesellschaftsordnung radikal zu ändern, den Putsch der bürgerlichen Armee verhindern und so die Revolution sichern?

Während früher noch die theoretische Möglichkeit bestand, die Armee militärisch zu besiegen, lassen die technologisch perfekten Tötungsmaschinerien solche Möglichkeit zu blutiger Illusion verkommen. Die einzige Möglichkeit (gerade in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern) einen Putsch der Armee zu stoppen, ist, ihn von vornherein zu verhindern. Das bedeutet, die Moral der Armee muß so geschwächt und das Bewußtsein der Mannschaften so gestärkt werden, daß sich die Soldaten nicht im Inneren einsetzen lassen. Das aber hat ganz praktische Konsequenzen für den Ansatzpunkt einer politischen Intervention im Bereich Militarismus: Für uns muß das heißen, die Kriegsdienstverweigerung abzulehnen und zu versuchen, die Armee zu infiltrieren und dort Basisarbeit zu machen, eben mit dem Ziel, das Bewußtsein der Soldaten soweit zu entwickeln, daß sie nicht bereit sind, sich gegen das Volk einsetzen zu lassen.

Dazu muß sich aber das derzeit vorherrschende Verhältnis gerade der Spontis zum Militarismus und zur Armee radikal ändern. Im Augenblick wird das Problem Armee meist einfach verdrängt, weil man sich außer Stande sieht, es zu lösen. Obwohl es theoretisch schon fast ein Allgemeinplatz in den Köpfen der Genossen ist, daß man Basisarbeit in der Armee machen muß, wird dieses Bewußtsein eigentlich nie praktisch gewendet. Wenn man sich überlegt, wieviele Gruppen es gibt, die Knastarbeit machen, daß es (nach meinem Wissen) bei den Spontis nur eine Gruppe gibt, die Bundeswehr-Arbeit macht, und gleichzeitig den Stellenwert von Armee und Gefängnis vergleicht, wird einem vielleicht das Mißverhältnis der Spontis zur Armee etwas klarer. Ob es konkret an der Unsicherheit der Genossen liegt, wie sie von außen in die Kasernen intervenieren können, oder ob es daran liegt, daß die Genossen nicht in die Bundeswehr gehen, spiegelt es doch jeweils den noch unentwickelten Stand der sozialistischen Bewegung wider.

Selbst die Versuche, sozialistische Basisarbeit in der Bundeswehr zu initiieren, sind mit dem Makel des mangelnden Bewußtseins über Funktion, Struktur und Wesen der Armee behaftet. Die Parole „Tragt den Klassenkampf in die Armee!" zeigt dies recht deutlich. Denn sie geht aus von der Trennung der Armee von den anderen gesellschaftlichen Bereichen und anerkennt diese Trennung als Faktum, an dem man nichts ändern kann. Die Haltung, die dahinter steht, sieht nicht die Dialektik von Volksbewegung und deren Unterdrückung durch die Armee, und sieht nicht die Tatsache, daß das Volk ja selbst das Hauptkontingent der Armee bildet, daß die Trennung von Armee und Volk eine vom Kapital willkürlich geschaffene ist, die man durch die Kämpfe außerhalb und innerhalb der Armee überwinden muß, um sie zu einer dialektischen Einheit zu bringen.

Deshalb ist es auch falsch zu sagen, man wolle den Klassenkampf in die Bundeswehr tragen. Der Klassenkampf findet in der Bundeswehr bereits statt und zwar ganz massiv. Er existiert als Kampf in den Köpfen der Wehrpflichtigen, als der Versuch des Staates, das Bewußtsein der Soldaten ideologisch zu verseuchen und sie von ihren Erfahrungen und von den Kämpfen ihrer Kollegen zu entfremden. Dabei spielt die Tatsache, daß die Bundeswehr einen total erfaßt, 24 Stunden am Tag, und sie ihren Einfluß auch nutzt (man ist von Informationen von draußen fast vollkommen abgeschnitten), eine große Rolle.

Der Klassenkampf manifestiert sich weiterhin in der sozialen und rechtlichen Repression, der die Wehrpflichtigen unterliegen. Und der Klassenkampf ist überhaupt der Hintergrund, auf dem die Bundeswehr erst geschaffen wurde, denn sie ist die wichtigste Waffe der Bourgeoisie im Klassenkampf.

Als Kommunisten haben wir zwei Möglichkeiten: entweder wir ignorieren bewußt den Klassenkampf in der Armee oder wir stellen uns dem Problem, und dann bleibt uns nichts anderes übrig, als den Klassenkampf auch in der Armee zu führen. Im Augenblick sieht es aber so aus, daß, wenn Genossen in die Bundeswehr gehen, es individuelle Schritte sind, jedoch nicht der Ausdruck einer Änderung des Bewußtseins der Gesamtbewegung. Das sieht realiter dann so aus, daß die Genossen faktisch aus der sozialistischen Bewegung und deren Lebenszusammenhänge austreten und sich in die Bundeswehr begeben. Die vorherigen Kontakte (Wohngemeinschaften, Basisgruppen) der Spontis schaffen es nicht, die Isolierung der Genossen in der Armee zu durchbrechen, und organisierte Unterstützung der antimilitaristischen Arbeit in der Armee gibt es praktisch nicht. Ich kenne als einzige Gruppe den AK Bundeswehr und KDV Koblenz, der kontinuierlich antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr unterstützt. Daß diese Isolierung für die Genossen eine ganz entscheidende Schwächung ihrer Arbeit bedeutet, ist klar.

Diskutiert man mit anderen Spontis über diese Probleme, kriegen die meisten irgendwo ein schlechtes Gewissen (wohl weil sie die Problematik des Militarismus und der Armee bisher immer verdrängt haben) und wissen nie genau, ob sie uns wegen unseres Einsatzes bewundern sollen oder ob sie uns wegen unserer Lage bemitleiden sollen. Auf jeden Fall ist ihre Reaktion eine moralische anstatt eine politische. Dadurch ersparen sich die Genossen auch jegliche praktische Konsequenz. Aber genau auf die kommt es uns an; wir brauchen Unterstützung von außen. Im Augenblick kommt es uns darauf an, daß die Arbeit in der Armee überhaupt von den Genossen als Problem anerkannt und behandelt wird. Daß man sich mit der Arbeit in der Armee und der Art, wie wir sie versuchen durchzuführen, auseinandersetzt. Das ist die Unterstützung, die wir am dringendsten brauchen.

Ein Bundeswehrsoldat aus Munster

Aufruf zur Bildung einer antimilitaristischen Soldatengruppe

Der hier abgedruckte Aufruf ist von zwei Bundeswehrsoldaten erarbeitet worden — einem Mitglied des Spartakusbundes (Trotzkisten) und einem Sympathisanten des Sozialistischen Büros Offenbach. Der Aufruf ist aber völlig unabhängig von den beiden Organisationen entwickelt worden; es besteht kein direkter Zusammenhang zu deren Linie der antimilitaristischen Arbeit. Die Notwendigkeit eines **solchen** Aufrufes hat sich für die beiden Verfasser ergeben anhand der Auseinandersetzung mit KBW-Soldaten und ihrer politischen Linie.

Die zentrale Achse der KBW-Soldatenarbeit besteht in seinen Forderungen nach allgemeiner Volksbewaffnung und freier Wahl der Offiziere. Seine organisatorische Perspektive ist die Gründung von Soldaten- und Reservistenkomitees auf der Grundlage der beiden obigen Forderungen. Diese Forderungen sind für ihn Teil seiner „demokratischen Forderungen" und des „demokratischen Kampfes". Er versteht sie als Alternative zur jetzigen bürgerlichen Armee und bürgerlichen Gesellschaft, die aber „letztlich erst im Sozialismus zu verwirklichen sind". Wir lehnen dieses Herangehen ab:

1. Das Milizsystem und die Wahl der Offiziere ist kein zwingender Bestandteil einer „sozialistischen Armee".

2. Würde man die beiden Forderungen als Perspektive zur direkten revolutionären Machtergreifung verstehen, so würde das revolutionäre Proletariat sich selbst bewaffnen müssen (keinesfalls das „Volk") und nicht seine Bewaffnung vom bürgerlichen Staat fordern.

3. Kann die „allgemeine Volksbewaffnung" nichts am grundsätzlichen Charakter der bürgerlichen Armee ändern. Das Beispiel der Schweiz mit seinem vorhandenen Milizsystem zeigt dies sehr deutlich.

4. Und das ist für uns das Wichtigste: Da der KBW die allgemeine Volksbewaffnung als Forderung des aktuellen Tageskampfes versteht (auf der die Komitees arbeiten und unmittelbar dafür kämpfen sollen), weist er der Masse der Soldaten keine Perspektive. Getreu der Devise: Kommunisten müssen immer und überall das aussprechen, was wahr ist, wird der Stand der Kämpfe in der Bundeswehr und das Bewußtsein der Kameraden völlig ignoriert und überhaupt nicht in die Bestimmung der Agitation und Propaganda miteinbezogen.

Stattdessen propagiert der KBW scheinbar jederzeit gültige und vom Stand der Klassenkämpfe unabhängige allgemeine (Un)-weisheiten: Indem man am Bewußtsein der Kameraden vorbeigeht, wird es denn auch allenfalls gelingen, die bereits revolutionären Soldaten in den vom KBW anvisierten Komitees zu organisieren.

Ausgehend vom Stand der unentwickelten Kämpfe in der Bundeswehr stellt sich für uns das Problem der Organisierung der Soldaten in kontinuierlich arbeitenden Soldatengruppen wie folgt dar:

1. Es kommt darauf an, die sich immer wieder spontan entzündende Empörung (auch der Masse der Soldaten) über konkrete Unterdrückungsmaßnahmen in den einzelnen Kompanien in organisierende Bahnen zu lenken; Soldaten zusammenzubringen, die konkrete Widerstandsmaßnahmen dagegen beratschlagen. Da diese spontanen Zusammenschlüsse sich wohl nur an konkreten Fällen bilden werden, werden sie sich als Gruppe bei Erledigung des „Falles" auch auflösen. Für die Kommunisten kommt es darauf an, in diesen Gruppen ihre weitergehende politische Perspektive und Einschätzung der Bundeswehr einzubringen. Mit den ernsthaftesten Kameraden in diesen Gruppen muß gezielt weiterdiskutiert werden und sie für eine kontinuierliche antimilitaristische Arbeit gewonnen werden.

2. Der wichtigste Personenkreis sind diejenigen Kameraden, die schon ein politisiertes Verhältnis zur Bundeswehr haben; mit denen wir in Einzelfragen diskutiert und Übereinstimmung erzielt und in Einzelaktionen zusammengearbeitet haben. Diese Kameraden gilt es jetzt vorrangig in die kontinuierliche und bewußte antimilitaristische Arbeit einzubeziehen. Eine solche Soldatengruppe wird politisch anfangs natürlich ziemlich diffus sein und keine feste Linie der Ami-Arbeit zu ihrer Voraussetzung machen (KBW), z. B. auch durchaus für politische KDVler offen sein.

3. Innerhalb dieser Gruppen werden die Kommunisten fraktionell arbeiten und versuchen, im Laufe der politischen Diskussion und Arbeit ihre revolutionäre Perspektive der Ami-Arbeit durchzusetzen. Beim Stand der Kämpfe in der Bundeswehr, bei der politischen und organisatorischen Zersplitterung der Kommunisten darin, bei ihrer ungenügenden Klarheit über die konkrete Umsetzung der Ami-Arbeit muß die Arbeit in oder die Gründung von breiten Soldatengruppen Vorrang haben gegenüber der Gründung von direkten kommunistischen Zellen oder Komitees. Wir lehnen jedoch die Mitarbeit in den diversen „Arbeitskreisen Demokratischer Soldaten" (DKP) ab, wenn sich deren Praxis auf Kasernensyndikalismus beschränkt, wenn sie also beim Aufgreifen offensichtlicher Mißstände stehenbleiben und nicht gewillt sind, ihre Arbeit in den allgemeinen antimilitaristischen und antikapitalistischen Kampf einzuordnen.

Unser Aufruf ist genau auf die Arbeit einer unter 2. kurz charakterisierten antimilitaristischen Soldatengruppe zugeschnitten. Er ist fast rein analytisch; aus der Einschätzung der Bundeswehr wird aber bewußt nicht die revolutionäre Perspektive oder konkrete Forderungen abgeleitet. Seine Konsequenz heißt bewußt allgemein: „Wir müssen gegen die Bundeswehr als Waffe des Kapitals arbeiten", denn diese Soldatengruppe soll tatsächlich offen sein für alle Soldaten, die diese Konsequenz teilen, aber über das Wie und Wohin durchaus verschiedenster Meinung sind.

Der Aufruf soll in erster Linie Agitationsinstrument sein, er soll mobilisierend wirken. Den Kameraden, mit denen wir bisher immer mehr oder minder spontan über Einzelfragen diskutiert haben, wollen wir hiermit ein Papier in die Hand geben, woran wir — auf der analytischen Ebene — die Gesamtproblematik des Militarismus diskutieren können und sie für eine kontinuierliche Ami-Arbeit gewinnen können. Der Antimilitaristischen Soldatengruppe soll der Aufruf **erste** programmatische Grundlage sein.

I. Unterdrückung als System

Jedes Jahr werden Hunderttausende von jungen Arbeitern, Studenten und Schülern in die Bundeswehr gezwungen. Kaum einer geht freiwillig, nur die schweren Strafen und persönlichen Nachteile halten sie davon ab, sich dem Militarismus zu entziehen.

Bisher waren sie relativ freie Männer — soweit unsere kapitalistische Gesellschaftsordnung Freiheit für die Arbeiterklasse kennt. Doch die Ausbeutung und Unterdrückung in Betrieb und Schule sind ein Stück Freiheit im Vergleich zum totalen Gehorsam und der Unterdrückung in der bürgerlichen Armee. Jedem Vorgesetzten haben sie schweigend und ohne Widerrede zu gehorchen — bei Tag und bei Nacht — getreu der Anweisung: „Über Befehle wird nicht diskutiert!" — mag der Befehl auch noch so unsinnig und sinnlos sein. Bisher durfte man Wohnsitz und Wohnung frei wählen; das hört nun auf — meist werden wir hunderte Kilometer von zuhause versetzt, in Kasernen eingesperrt und in Stuben eingeteilt.

Bisher konnten wir uns außerhalb der Arbeit frei bewegen — nun wird alles kontrolliert und diszipliniert — Essen, Trinken, Schlafen, Reinigen, Ausgehen. Bisher war uns zumindest formal die freie Meinungsäußerung garantiert, konnten wir sagen und schreiben, was wir wollten, den Organisationen angehören, die uns paßten, wenn das in der Praxis auch oft den Verlust des Arbeitsplatzes, den Rausschmiß aus der Gewerkschaft, den Verweis von der Schule oder sogar rechtliche Klagen nach sich zog. Nun ist auch dieses formale Recht auf freie politische Betätigung uns entrissen. Mit schweren Strafen muß der rechnen, der sich im Sinne einer politischen Richtung betätigt, die nicht unsere kapitalistische Grundordnung verteidigt oder die Bundeswehr angreift.

Bisher konnten wir in Lohn- und anderen wirtschaftlichen Kämpfen um die Verbesserung unserer materiellen Lage kämpfen. Nun müssen wir uns mit einigen Mark Sold am Tage begnügen — das Recht auf den wirtschaftlichen Kampf ist uns genommen. Essen, Trinken, Verpflegung und Kleidung werden uns ohne eigenes Wahlrecht zugeteilt.

Bisher war die Arbeitszeit, die wir dem Unternehmer leisten mußten, fest begrenzt. Beim Bund müssen wir arbeiten — wann, was und wieviel auch immer der Vorgesetzte befiehlt.

Rechtlichen Schutz vor all den Schikanen und Schindereien besitzt der Soldat kaum. Nur ein schwerfälliger, zweischneidiger und mit vielen Einschränkungen versehener Beschwerdeweg schützt den Soldaten, der nicht bereit ist, alle Schikanen geduldig über sich ergehen zu lassen. Der Vertrauensmann dient den Militaristen nur als demokratisches Alibi; er kann höchstens Vorschläge machen — auf Entscheidungen hat er keinen direkten Einfluß.

Als die Sozialdemokraten an die Regierung kamen, hieß es: Jetzt wird alles anders. Jetzt wird verbessert und reformiert. Auch die Bundeswehr sollte reformiert werden: Beseitigung der gröbsten Schikanen, Einschränkung der Vorgesetztenwillkür, stärkere Beachtung der noch verbliebenen „demokratischen" Grundrechte. Seitdem sind fünf Jahre vergangen und was hat sich in der Praxis geändert? Nichts. Die Unterwerfung der Arbeiterjugendlichen unter das Joch der Armee, die Brechung des eigenen Willens und das Hineinpressen in eine militärische Ordnung, deren oberste Gebote Disziplin und Kriechertum sind, ist geblieben. Es konnte sich auch nichts ändern. Denn die Unterdrückung, die wir Tag für Tag erleben, ist nicht Nebenprodukt oder Zufall, sondern die wichtigste Erziehungsmethode der Bundeswehr. Die Erziehung funktioniert nach dem bekannten Prinzip von „Zuckerbrot und Peitsche", indem man uns spaltet in Kameraden, die sich aus Angst oder Bestechung anpassen, und in Kameraden, die sich wehren und deren Widerstand die Bundeswehr rücksichtslos bricht. Diese Erziehung hat den einzigen Zweck, den Willen der Arbeiter, Schüler und Studenten in Uniform zu brechen und sie zu gefügigen Instrumenten der Bundeswehr zu machen, zu unterdrücken und zu automatisch handelnden Individuen, die fähig sind, sich nur auf Befehle hin zu bewegen, die jedem Befehl gehorchen, wie immer er auch aussieht.

II. Die Rechtfertigungsideologie der Bundeswehr

Die Militaristen haben für all das natürlich eine Rechtfertigung parat. Sie wollen uns einreden, daß die Bundeswehr ein Instrument der Friedenssicherung ist, daß die Aufrüstung und der Ausbau der Bundeswehr ja nur zur Abschreckung dienen und damit einen Krieg verhindern soll. Dazu wird dann

das Schreckgespenst der „Gefahr aus dem Osten" aufgebaut und die Aggressivität der Sowjetunion beschworen.

Wesentliches Mittel dazu sind die beliebten Rüstungsvergleiche, die mit dem Aufzählen von Waffen Objektivität vorspiegeln sollen. Wie sehr dabei manipuliert wird, zeigen folgende Beispiele:

– So beschränken sich die Angaben über Truppenstärken zwischen NATO und Warschauer Pakt meist auf Europa und lassen so das entscheidende Potential der USA unter den Tisch fallen.

– Sie betrachten nur die Quantität der Waffen, ohne die Qualität mit in die Überlegungen einzubeziehen. Damit wird ein falsches Bild von Rüstungsanstrengungen gezeichnet und die Tatsache verschleiert, daß nach eigenen Angaben die NATO über 50 % mehr Geld in die Rüstung steckt als der Warschauer Pakt.

– Gleichzeitig wählen sie die Gebiete für Gruppenvergleiche willkürlich und stellen so stark aufgerüstete Gebiete des Warschauer Pakts dünner besetzten Gebieten der NATO gegenüber. Oder sie übersehen einfach einzelne Länder der NATO (z. B. Frankreich).

Die Funktion der Rechtfertigungsideologie der Bundeswehr ist, das Volk zu manipulieren, damit es weiteren Erhöhungen des Wehretats und der fortschreitenden Militarisierung des öffentlichen Lebens zustimmt. Im folgenden wollen wir aufzeigen, daß die Bundeswehr keineswegs eine Armee ist, die Frieden und Freiheit für alle Menschen schaffen soll, sondern daß hinter ihr die handfesten Interessen einer Klasse, der Kapitalisten, stehen.

III.Die Bundeswehr als Wirtschaftsstabilisator

Wenn die Kapitalisten auf ihren Waren sitzen bleiben, weil sie ihren Arbeitern zu wenig Lohn zahlen, um die Waren kaufen zu können, bahnt sich eine Überproduktionskrise an, auch Rezession genannt. Da werden dann Arbeiter entlassen, weil die Kapitalisten Absatzschwierigkeiten haben, da gibt es deshalb soziale Unruhen und da beginnen die Arbeiter gegen das Kapital zu kämpfen, das sich wieder einmal als unfähig erwiesen hat, ihnen eine gesicherte Existenz zu schaffen. Um diese Krisen zu verhindern, greift der Staat ein und schafft durch Staatsaufträge, vor allem Rüstungsaufträge, Investitionsmöglichkeiten, die den Kapitalisten die Möglichkeit geben, zu produzieren, ohne sich um den Markt zu kümmern. Hier schafft der Staat riesige Verschwendungsindustrien, um als „Verbraucher" von Rüstungsprodukten Überproduktionskrisen zu verhindern. Für die Rüstungsindustrie heißt das hohe, meist unkontrollierte Profite und risikofreie Investition.

So steigerte die Kraus Maffei AG durch das Panzergeschäft ihren Umsatz von 142 Millionen DM 1963 auf 473 Millionen DM 1969 und 663 Millionen DM 1970. Die Zahnräderfabrik Renk AG stand 1969/70 vor dem Bankrott. Als ihr der Gutehoffnungshütte-Konzern einen Auftrag für Panzergetriebe sicherte, konnte sie auf einmal wieder 10 % Dividende auszahlen. Immer größer wird der Anteil an den Staatsausgaben – den Steuern, die den Arbeitern abgenommen werden –, der für den Militarismus verwendet wird. 1974 betrugen sie schon 41 Milliarden DM (incl. Pensionen für Offiziere, Kosten für US-Streitkräfte, BGS usw.). Die Vergabe der Rüstungsaufträge wird dabei fast direkt von der Rüstungsindustrie selbst bestimmt. Die Rüstungslobby im Bundestag, von der Industrie besetzte Arbeitskreise im Bundesministerium für Verteidigung, Konzernmanager als Staatssekretäre im BmVg, ehemalige Bundeswehroffiziere als Berater in Konzernen usw. zeigen dies deutlich.

Die Rüstung frißt aber nicht nur die von den Arbeitern bezahlten Steuergelder auf; sie ist gleichzeitig auch Ursache der Inflation, die immer mehr den Lebensstandard der Werktätigen angreift. Denn da die Rüstungsgüter nicht als Waren auf dem Markt erscheinen und keine Kaufkraft abschöpfen, die Gewinne der Rüstungsbosse und die Löhne der Arbeiter in deren Industrie aber die Kaufkraft erhöhen, führt dies zu Preissteigerungen und Geldentwertung.

Außerdem stellen die angehäuften Waffenarsenale eine dauernde Kriegsgefahr dar, denn die Waffen müssen ja „verbraucht" werden, damit die weitere Waffenproduktion gesichert ist. Und gibt es einen besseren Absatzmarkt für Waffen als den Krieg? Die Gewinne der amerikanischen Rüstungsindustrie am Vietnamkrieg geben eine klare Antwort.

V. Die Bundeswehr im Rahmen der Nato

Um die weitere Funktion der Bundeswehr skizzieren zu können, ist es notwendig, auf ihre Rolle innerhalb der NATO einzugehen, aus der heraus ihre Entstehung erst zu erklären ist.



Bundeswehrtruppen beim NATO-Manöver in Griechenland

Nach der Niederwerfung des Nazi-Regimes war das ehemalige Deutsche Reich in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Während in der Ostzone die UdSSR zuerst im großen Maßstabe Deportationen von Industrieanlagen durchführte, entschied sich die USA nach einigen Bedenken für die Einbeziehung der Westzonen in den kapitalistischen Westen. Dazu sollte das Land mit amerikanischer Wirtschaftshilfe unter altem kapitalistischen Vorzeichen wirtschaftlich und militärisch wiederaufgebaut werden, um als zukünftiger Bündnispartner in den antisowjetischen Block aufgenommen zu werden. Diese Politik muß man sehen im Zusammenhang mit der „Roll-back-Politik" der USA (dem Zurückdrängen des Kommunismus aus Europa), die der BRD die Rolle einer Speerspitze gegen den Kommunismus zugedacht hatte. Der entscheidende Hebel zur Durchsetzung dieser Politik war der 1947 verkündete Marshallplan. Die Amerikaner versprachen sich von der deutschen Aufrüstung 1. die militärische Absicherung ihrer Kapitalinteressen in Westeuropa bei gleichzeitiger Entlastung ihrer Armee; 2. Erschließung neuer Absatzmärkte für ihre Rüstungsindustrie.

Wichtigster und hilfsbereitester Partner der USA war die CDU/CSU, die glaubte, im Verein mit den USA die DDR mit militärischer Gewalt „heim in die BRD" bringen zu können. Wird uns heute vorgegaukelt, es hätte damals keine aggressive und revanchistische Politik gegeben, so sprechen doch folgende Zitate von Adenauer und Strauß eine andere Sprache:

– „Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke erreicht haben wird" (Adenauer, 16. 11. 1954).

– „Wir leben in einem Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte zu streichen" (Strauß, 11. 11. 1956).

– „Wir müssen sehen, daß die Wiederaufrüstung der BRD die Vorbereitung einer Neuordnung Osteuropas sein soll" (Adenauer, 1957).

Obwohl die Mehrheit des deutschen Volkes sich aufgrund der Erfahrungen im Faschismus gegen die Wiederaufrüstung aussprach (1949 lehnten es 74,6 % des Volkes ab, daß der Stimmberechtigte oder ein Mitglied der Familie Soldat würde), trieb die Regierung Adenauer seit 1950 zielstrebig die Aufrüstung voran. Die KPD versuchte mit ihren „Komitees der Kämpfer des Friedens" durch Unterschriftensammlungen und Volksbefragungen die Bevölkerung für einen Kampf gegen die Remilitarisierung zu mobilisieren. Sie konnte jedoch die Wiederaufrüstung nicht verhindern.

Als die Bundeswehr 1957 mit Atomwaffen bewaffnet werden sollte, trugen insbesondere die Arbeiter (zunächst mit Hilfe von DGB und SPD) ihren Protest mit Streiks und Demonstrationen auf die Straße. Nachdem jedoch diese Volksbewegung, die vom „Kampf dem Atomtod"-Ausschuß geführt wurde, so stark angewachsen war, daß sich 1958 52 % der Bevölkerung für einen Generalstreik zur Verhinderung der Atombewaffnung aussprachen, zogen sich DGB und SPD aus der Bewegung zurück und verursachten so maßgeblich ihr Scheitern.

Mit der wirtschaftlichen Stabilisierung des Ostblocks und dem gleichzeitigen Anwachsen der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt wurde die NATO zunehmend in die Defensive gedrängt und gezwungen, von einem offensiven „Zurückdrängen des Kommunismus" in Europa zu einer Verteidigung des Imperialismus in der Dritten Welt überzugehen. Während die übrigen imperialistischen Staaten durch Kolonialkriege gebunden oder sogar militärisch, wirtschaftlich und politisch geschwächt wurden, konnte sich die BRD relativ frei entwickeln und wurde zur stärksten Wirtschaftsmacht Europas und zum zweitgrößten Verbündeten innerhalb der NATO. Gleichzeitig gewährt sie Portugal und den USA Hilfe in ihren Kolonialkriegen gegen die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Um den Kampf Portugals gegen die Befreiungsbewegungen in Angola, Mozambique und Guinea-Bissao zu unterstützen, liefert die BRD heute schon kräftig Waffen, sendet Berater und stellt Portugal Krankenhäuser (Hamburg) für seine verletzten Soldaten zur Verfügung. Als die Verbündeten der USA im Rahmen der SEATO Militärkontingente für den Indochinakrieg stellten, wurde das auch in der NATO und in der Bundeswehr diskutiert, indirekt unterstützte die BRD durch ihre jährlichen Devisenzahlungen von ca. 50 Millionen DM die amerikanischen Verbrechen am vietnamesischen Volk.

Neben der Eroberung wichtiger Posten im NATO-Führungsstab und somit der Absicherung deutscher Interessen innerhalb der NATO begann die BRD Anfang der 60er Jahre mit dem Aufbau einer eigenständigen Rüstungsindustrie mit dem Ziel, sich vom rüstungspolitischen Einfluß der USA zu lösen (Rüstungsausgaben: 1958 – 8,4 Mrd.; 1961 – 14,4 Mrd.; 1964 – 21,3 Mrd.). Mit der Verschärfung der Widersprüche innerhalb der USA-Wirtschaft und der daraus folgenden Schwächung des Weltwirtschaftssystems löste sich die EWG mehr und mehr von den USA und profilierte sich als eigenständiger Wirtschaftsblock. Der Handelskrieg zwischen den USA und der EWG und die Konflikte im Rahmen der „Erdölkrise" zeigen die Brüchigkeit der imperialistischen Lager und die Interessengegensätze nationaler Kapitale.

VI. Armee im Kapitalismus - Waffe des Kapitals

Ihr entscheidendes Gewicht gewinnt die Bundeswehr jedoch erst, wenn man sie als Instrument des Staates zur Aufrechterhaltung der Herrschaft des



Anti-Terroristenausbildung beim BGS

Kapitals über die Arbeiterklasse begreift. Solange sich die Arbeiterklasse relativ ruhig verhält (wie z. B. heute in Deutschland), tritt die Armee nicht offen als Ordnungsmacht des Kapitals auf. Erreicht jedoch die Arbeiterbewegung einen Stand, der die Kapitalistenklasse und ihren Staat gefährdet, tritt die Armee als Waffe des Kapitals auf den Plan und zerschlägt die Arbeiterbewegung.

Das aktuellste Beispiel dafür ist der blutige Militärputsch in Chile. Als dort immer mehr Arbeiter und Bauern erkannten, daß auch die Volksfrontregierung ihre soziale Not und Unterdrückung nicht beseitigen konnte, sich in Räten organisierten und sich auf den Kampf für den Sozialismus vorbereiteten, zeigte die Armee ihr wahres Gesicht, – die Beteuerung von der Verfassungstreue der chilenischen Armee erwies sich als Märchen.

Innerhalb weniger Tage errichtet die Militärjunta ihre Terrorherrschaft, 20 000 Arbeiter und Bauern werden ermordet, -zigtausende verhaftet und in Konzentrationslager eingewiesen, die linken Parteien, Organisationen und Gewerkschaften verboten, Kopfprämien auf Revolutionäre ausgesetzt, tausende Arbeiter entlassen, die Enteignungen von Betrieben wieder rückgängig gemacht, die unterdrückten Massen jeglicher demokratischer und politischer Rechte beraubt, – und das planmäßige Abschlachten von Arbeitern und Bauern hält weiter an. Dabei geschah der Putsch, obwohl Allende in demokratischen Wahlen gewählt und die chilenische Armee den Ruf der absoluten Verfassungstreue hatte.

Daß diese Ereignisse nicht exotische Geschichten sind, die nichts mit uns zu tun haben, zeigen die Tendenzen in fast allen Ländern Westeuropas, z. B. Italien. Kürzlich wurde ein Putschplan aufgedeckt, den italienische NATO-Offiziere im Verein mit Neofaschisten ausgearbeitet hatten. Die Verschwörung, unter dem Namen „Windrose", hatten einen Fünf-Phasen-Plan, der eine Steigerung der Akionen von Attentaten, über Angriffe auf Parteibüros, einen kurzen Bürgerkrieg bis zum vollen Putsch vorsah. Eine Liste mit 1 267 Personen war schon aufgestellt, die dem Terror zum Opfer fallen sollten.

Zum Beispiel England. Ende Dezember wurden 100 000 Mitglieder des Territorialheeres mobilisiert, das eine Notstandsarmee darstellt. Drei Wochen später wurde nun zur Übung im Morgengrauen der Flughafen Heathrow besetzt. Weiterhin berichteten Angehörige technischer Einheiten, die Befehle für die Übernahme öffentlicher Dienste lägen bereits vor!

Scheinen diese Punkte ohne Zusammenhang, so wird dieser jedoch klar, wenn man sich das Buch des General Kitson ansieht. Er erklärt, die neuen Kampfgebiete lägen nicht mehr in den Kolonialgebieten, sondern vielmehr auf einem Schlachtfeld, das man mit „inneren Unruhen" bezeichnen kann. Dort werden Einsätze fällig, „wenn ein Teil der Bevölkerung die Regierung des Landes stürzen will oder zu Dingen zwingen will, die sie nicht tun wollen, durch politischen Druck, Streiks, Protestmärsche und Gewalttätigkeiten in kleinem Umfang". Als erster Schritt dahin wurde in London Mitte Dezember ein „Nationales Koordinierungskomitee für industrielle Unruhen" gebildet, das linksradikal Verdächtige überwacht.

VII. Bundeswehr als Notstandsarmee

Auch in der BRD sind bereits die Vorbereitungen für einen inneren Notstand getroffen. Das Territorialheer und die bewaffneten Werkschutzeinheiten – die beste Verbindungen zur Bundeswehr haben – sollen die Fabriken der Unternehmer vor streikenden oder besetzenden Arbeitern schützen. Durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze am 9. 5. 1968 wurde auch die rechtliche Möglichkeit geschaffen, die Bundeswehr im Fall eines „inneren Notstandes" einzusetzen „beim Schutz von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer". Was darunter zu verstehen ist, wird nicht genau gesagt, sondern bewußt im Dunkeln gelassen. Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts meinte dazu: „Ich bin nicht sicher, ob ein totaler Metallarbeiterstreik von vier Monaten nicht schon einen Zustand der inneren Krise und des inneren Notstandes hervorgerufen hätte." Wie sich in Chile gezeigt hat, hieß dort „der zivile Objektschutz" die blutige Räumung der von Arbeitern besetzten Fabriken, die „Bekämpfung der Aufständischen" bedeutete das Abschlachten von Tausenden Arbeitern, die sich zum Schutz vor faschistischen Terrororganisationen bewaffnet hatten.

Um sich auf den inneren Notstand vorzubereiten führt die Bundeswehr schon heute viele Notstandsübungen durch. Im Verlaufe der „Fuchsjagd" über die Soldaten den Einsatz einer Bundeswehreinheit zusammen mit Polizei und Bundesgrenzschutz gegen „Banden", den taktisch richtigen Einsatz eines Panzergrenadierzuges mit dem Schützenpanzer Marder gegen Demonstranten, die ein Kreiswehrersatzamt besetzt halten, Maßnahmen gegen Demonstranten, die vor einer Kaserne durch Sitzstreiks die Ausfahrt blockieren. – Bei der Stabsrahmenübung „Römerkastell" vom 24.–29. 5. 1973 probten Soldaten den Einsatz gegen andere Soldaten, die in blauen Monteuranzügen Arbeiter spielen mußten. Zuvor waren sie darüber „belehrt" worden, daß bei Henschel in Kassel die Arbeiter ohne Zustimmung der Gewerkschaftsführung streikten und keine Streikbrecher ins Werk lassen. – Im Juli 1973 wurde von der Bundeswehr eine andere Übung mit folgender Ausgangslage durchgeführt: Während in Süddeutschland die Arbeiter die Macht ergriffen haben, kommt es in anderen Teilen Deutschlands zu Demonstrationen, die die Polizei nicht auflösen kann. Daraufhin greift die Bundeswehr ein mit der Aufgabe: 1. Auflösung einer Demonstration, 2. Auseinandertreiben streikender Arbeiter, 3. Befriedigung des Unruheherdes.

Die Bundeswehr ist jedoch das letzte Mittel, das der Staat anwendet, um die Kapitalistenklasse und sich selbst zu schützen. Im Augenblick reicht noch die Bereitschaftspolizei, um die Interessen des Kapitals durchzusetzen. Als vorbeugende Maßnahme wurde jetzt gesetzlich verankert, daß der Bundesgrenzschutz jederzeit zur Wiederherstellung der Ordnung von den Länderinnenministerien angefordert werden kann. Um seine künftige Aufgabe auch vollständig erfüllen zu können, wurde der BGS jetzt mit allen Waffen ausgerüstet, die man braucht, um größere Volksmassen zu bekämpfen. Für diese Aufrüstung in Form von Wasserwerfern, Knüppeln, Sperrgittern, Panzerwagen und ähnliches wurde der BGS-Etat von 442 Millionen (1971) auf 604 Millionen (1973) erhöht. Und erst Anfang des Jahres 1974 wurden von der Regierung 7,5 Millionen DM zusätzlich bewilligt.

VIII. Die Militarisierung der Gesellschaft

Großes Kopfzerbrechen bereitet den Militaristen noch die Wehrunwilligkeit der Jugend, die sich äußert in Kriegsdienstverweigerung oder mangelndem Verantwortungsbewußtsein für die Verteidigung der „Freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Damit das anders wird, hat die Regierung einen Wehrkundeerlaß durchgebracht, in dem bestimmt wird, daß Jugendoffiziere der Bundeswehr an unseren Schulen Propaganda für die Bundeswehr betreiben sollen, um den Wehrwillen der Jugend zu fördern. Als längerfristige Maßnahme hat sie die Bundeswehrhochschulen gegründet, die zunächst im verstärkten Maße Abiturienten zur Weiterverpflichtung in der Bundeswehr reizen sollen. Später nehmen dann diese voll ausgebildeten Militaristen ideologischen Einfluß auf unsere Gesellschaft.

Um die Kriegsdienstverweigerung zu beschränken, ist von der Bundeswehr aufgrund fadenscheiniger Anklage gegen die KDV-Organisationen erhoben worden, um sie zu verängstigen und abzuschrecken, weitere Aufklärung über das KDV-Recht zu betreiben. Parallel dazu werden die Prüfungsbedingungen der Antragsteller auf Anerkennung als KDV verschärft.

Innerhalb der Kasernen selber wird der Soldat weiterhin ideologisch manipuliert, wird ihm vorgeschwafelt, die Bundeswehr sei eine Armee des Volkes, sei eine demokratische Armee etc. Allerdings ist der Widerspruch zwischen dem, was die Offiziere uns vorsetzen und was wir in der Kaserne wirklich erleben, zu groß als daß deren Geschwätz bei uns verfangen könnte. Deshalb bleibt ihnen nur die Möglichkeit, durch reine Unterdrückung uns das Prinzip von Befehl und Gehorsam einzubleuen. Diese Erziehung soll uns helfen, „uns im späteren Leben besser zurechtzufinden", getreu dem alten Grundsatz: der gediente Arbeiter ist der bessere Arbeiter. Sie soll uns schon jetzt an das Prinzip von Oben und Unten gewöhnen, nach dem das Kapital unsere gesamte Gesellschaft aufgebaut hat in Betrieb, Schule und Familie.

IX. Konsequenzen

Wir haben gezeigt, wie der Militarismus heute bei uns auftritt und welche Aufgaben er hat, daß er entstanden ist aus der Spaltung der Gesellschaft in Klassen, in Besitzende und Besitzlose, in Kapital und Arbeiterklasse, mit der Aufgabe, diese Spaltung aufrechtzuerhalten. Wir behaupten deshalb, daß der Militarismus nicht Zufallsprodukt oder ein durch einzelne Interessengruppen verursachter Auswuchs der Gesellschaft ist, sondern notwendiges, ja wichtigstes Instrument des Kapitals, um seine Herrschaft zu sichern.

Deshalb kann unsere Aktivität auch nicht nur auf die Bundeswehr allein gerichtet sein, sondern muß sich auf die Veränderung der gesamten Gesellschaft beziehen. Antimilitaristischer Kampf ist antikapitalistischer Kampf. Wir unterscheiden uns allerdings von den Kriegsdienstverweigerern, weil wir meinen, daß Verweigerung ein Akt ist, der sich nicht direkt und konsequent gegen die Bundeswehr richtet. Wir halten es für unsere wichtigste Aufgabe, dafür zu kämpfen, daß die Bundeswehr nie gegen das Volk eingesetzt werden kann. Und das kann man nicht erreichen, indem man sich der Bundeswehr entzieht, sondern indem man in der Armee geht und sich dort gegen einen Einsatz der Bundeswehr wendet.

Wir sehen dabei deutlich, daß sich die Bundeswehr zum größten Teil aus der Arbeiterklasse rekrutiert, daß sie eine Armee aus dem Volk ist. Genau

hier liegt auch der schwache Punkt der Bundeswehr: sie ist nur einsetzbar, wenn sie die Arbeiter und Studenten in Uniform dazu bringen kann, im Ernstfall auf ihre eigenen Kollegen zu schießen. Und genau das gilt es zu verhindern, indem man Aufklärung über die Bundeswehr betreibt und bei den Kameraden ein klares Bewußtsein der Bundeswehr schafft und der Rolle, die sie in der Bundeswehr spielen sollen.

Doch wir wollen es nicht bei schönen Worten belassen, sondern eine Gruppe aufbauen, die kontinuierliche Soldatenarbeit betreibt. Diese Gruppe arbeitet, um den Widerstand gegen die Armee zu organisieren und vorwärtszutreiben. Obwohl wir noch keine große Erfahrung mit Soldatenarbeit haben, glauben wir doch einige wesentliche Punkte dieser Arbeit nennen zu können:

1. Ausnutzung der verbliebenen Rechte
Wir wissen, daß uns der Großteil unserer Rechte beschnitten worden ist, während die noch verbliebenen meist nur Alibifunktion haben (Vertrauensmann, Beschwerderecht). Trotzdem sollte man sie zur Interessenvertretung zu gebrauchen versuchen.

Ebenfalls sollte man die gegebenen Informationsmöglichkeiten zur Aufklärung und Gegeninformation benutzen (Aktuelle Information, Schwarzes Brett, „Innere Führung und Recht").

Im Rahmen gesetzlicher Möglichkeiten ist ein Einsetzen für materielle Verbesserungen selbstverständlich (Wehrsold, medizinische Versorgung, Wach- und Urlaubsregelungen, Kantinenpreise etc.), was jedoch nicht heißt, daß wir uns bei der Durchsetzung unserer Interessen auf die gegebenen Möglichkeiten beschränken werden.

2. Aufklärung
In der Hauptsache wird sich diese Arbeit auf die Aufklärung über die Bundeswehr, die Zustände in der Bundeswehr, den Widerstand in der Bundeswehr, die Funktion der Bundeswehr und die aktuellen Tendenzen im Staat der BRD konzentrieren. Neben den ohnehin geführten Diskussionen über den Bund wird es notwendig sein, Gegeninformationen weiterzugeben, um die Manipulation durch die Bundeswehr aufzudecken und zu durchbrechen.

Diese Aufklärungsarbeit soll sich nicht auf die Kaserne beschränken, sondern sich auch an die zivile Öffentlichkeit wenden – vor allem an zukünftige Soldaten (Vorbereitungskurse auf die Bundeswehr).

3. Aktionen
Um unsere Arbeit bekanntzumachen, wird es notwendig werden, Propaganda in Form von Flugblättern, Plakaten, Zeitungen und Veranstaltungen zu betreiben. Bei einer Stärkung der ASG (Antimilitaristische Soldaten-Gruppe) werden Arbeits-, Diskussions- und Schulungsgruppen aufgebaut werden. Gleichzeitig werden wir auch in die antikapitalistische Arbeit am Ort eingreifen und sie weitertreiben. Bei allem müssen wir auf die harte Reaktion der Bundeswehr gefaßt sein. Doch wo es Unterdrückung gibt, da gibt es auch Widerstand!

Wenn wir heute noch keine konkreteren Kampf- und Aktionsformen angeben können, so liegt das daran, daß die antimilitaristische Arbeit erst in den Kinderschuhen steckt, es an Kampferfahrungen und einer Vereinheitlichung dieser Erfahrungen in der antimilitaristischen Bewegung mangelt. Doch das ist ein Grund mehr, die antimilitaristische Arbeit jetzt aufzunehmen! Ist sie doch nötiger denn je. Die Polizei und der Bundesgrenzschutz werden immer stärker zur Zerschlagung von Demonstrationen, Streiks und Straßenkämpfen ausgerüstet und darauf trainiert. Die Bundeswehr erhöht die Zahl ihrer Notstandsübungen, weitet durch Wehrkundeerlaß und Bundeswehr-Hochschulen ihren Einfluß aus, gewinnt durch materielle Anreize und durch die wirtschaftliche Krise immer mehr Kameraden für eine Verpflichtung beim Bund, etc. Die Militaristen wissen sehr wohl, wofür sie das alles vorbereiten (das Beispiel Chile spricht eine deutliche Sprache). Die sich verschärfende Krise (Arbeitslosigkeit und Teuerung) und die sich daraus entwickelnden verstärkenden Kämpfe der Arbeiterklasse sind ihnen eine deutliche Warnung.

Dagegen gilt es den Kampf zu organisieren!

"Schön wär's zwar, aber wir haben nicht die Spur eines Beweises"

Darmstadts Anarchistenjäger ratlos – die Polizei ist dankbar für jeden Hinweis!

'was ist passiert?

Die Vorfälle der letzten Woche könnten als absurdes Kabinettstückchen der Polizei in die Geschichte des Darmstädter Kriminalmuseums eingehen, wenn ihr Hintergrund nicht so ernst wäre: – vorsätzliche Zerstörung der Existenz einzelner Personen; – Kriminalisierung politisch oppositioneller Gruppen als Wahlschlager der hessischen SPD.

Was war geschehen? Seit etwa zehn Tagen wurden die Wohnungen von „mutmaßlichen Mitgliedern der Roten Armee Fraktion (RAF)" durch Spitzel der Kripo Tag und Nacht überwacht, die Bewohner einiger Wohnungen auf Schritt und Tritt verfolgt. Unter den Verfolgten waren auch drei Besucher, die im dritten Stock eines Hauses in der Frankfurter Straße zu Gast wohnten.

Trotz des beständigen Verfolgungsterrors, der – ganz offen und plump durchgeführt – keinem der Verfolgten entgehen konnte, bewegten sie sich frei und ungezwungen. Die Polizei hatte also jede Information und hätte zu jedem beliebigen Zeitpunkt mit zwei oder drei Beamten einzelne Personen überprüfen oder festnehmen können. Stattdessen suchte sie die große Aktion. Die „Gründe" dafür waren schnell bei der Hand:

1. Die Verfolgten stehen „im Verdacht, sich in konspirativer Weise im Raum Darmstadt bewegt zu haben" (DT, 27. 8. 1974). Der Tatbestand, daß sie seit Tagen überwacht wurden, liefert – so die Polizei – den Grund für ihre Verhaftung.

2. In einem bei Helmstedt verunglückten Auto fanden sich detaillierte Hinweise und Aufzeichnungen" für den Raub von Lohngeldern zwischen Hamburg und Darmstadt (DE, 27. 8. 1974). Außerdem fand sich der Name eines jungen Mannes, der sich angeblich in Darmstadt aufhalten sollte.

Mit diesen eilig zusammengestoppelten Vorwänden arbeitete die Polizei in ihrem Hauptquartier „eine als geheim und als Staats- und Verfassungsschutzsache eingestufte Aktion aus und ging am Montag zum Angriff über" (DE, 28. 8. 1974). Den polizeilichen Hinweis, sie wolle „den Großeinsatz möglichst unauffällig und ohne großes Aufsehen abwickeln" (DE, 28. 8. 1974), verstand jedermann als eine gekonnte Untertreibung.

Der große Auftritt

Am Montag, gegen 17 Uhr, öffnen sich die Tore des Polizeihauptquartiers; etwa 100 uniformierte und zivile Polizisten treten auf die als Bühne gedachte und teilweise abgeriegelte Frankfurter Str. Zuschauer für dieses großangelegte und bis ins einzelne geplante Spektakel ist um diese Zeit stark fließende Feierabendverkehr.

Unter der auf „Bombenreinfälle" abonnierten Regie des Polizeipräsidenten Bernet und seiner Spielleitung im Wiesbadener Landeskriminalamt soll den Darmstädtern für ihr Geld (die Millionen für die Polizeiaufrüstung) etwas geboten werden; man munkelt sogar etwas von einer echten Schießerei mit scharfer Munition (DE, 27. 8. 1974).

Anfangs verläuft alles nach Spielplan: Polizei riegelt die Straßen ab, zwei Unfallrettungswagen werden links und rechts postiert; der polizeiliche Kern – voran tollkühn „Gruppenführer" Schäfer – stürmt mit umgehängten Maschinenpistolen das Haus und die Treppen hinauf; ihm folgt die eiserne Garde, die Männer mit den kugelsicheren Westen. Oben angelangt, klingeln sie und schlagen die Wohnungstür ein, obwohl sofort geöffnet wird.

Jetzt zeigen sich die ersten Risse im großen Planspiel: gemessen an der Größe des Polizeiaufmarsches erwartet jeder auf der Frankfurter Straße die Festnahme und den Abtransport einer ganzen „Terroristenbande". Stattdessen wird allein der Wohnungsinhaber in Handschellen von schwerbewaffneten Polizisten abgeführt.

Nebenschauplatz

Erst später erfuhr die Bevölkerung, daß die drei Gäste aus dem Haus in der Frankfurter Straße vor dem Aufmarsch der Polizei mit der Linie 2 zu einem Spaziergang zum Böllenfalltor gefahren waren, wo sie – friedlich auf einer Bank sitzend – von der Kripo umstellt und festgenommen wurden.

Obwohl die Polizeiführung – sie hatte „am Montag den ganzen Tag den Unterschlupf bewacht" (DE, 27. 8. 1974) – genau wußte, daß nun in der Frankfurter Straße nur der Wohnungsinhaber sich aufhielt, hatte sie diesen polizeilichen Mammutaufmarsch angeordnet und durchgezogen. Zweck dieses Aufmarsches war eben nicht die Festnahme, sondern der Aufmarsch selbst als Propaganda und allgemeine Einschüchterung.

Frankfurter Straße: Rundumschlag ins Leere

Um dieses klägliche Ergebnis auf dem Schauplatz Frankfurter Straße etwas aufzupolieren, rasselt die Polizei noch etwas mit ihrem Säbel: Ein zufällig nach Hause kommender junger Mann aus dem 2. Stock des überfallenen Hauses wird auf der Straße abgefangen, an die Wand gestellt, nach Waffen abgeklopft und in Handschellen abgeführt.

Ein Stück weiter oben auf der Frankfurter Straße, in Höhe der Einmündung Landwehrstraße wird eine junge Frau, die offensichtlich nichts mit dem Geschehen zu tun hat, von zivilen Kripoleuten in ein bereitstehendes Auto gezerrt. Auf ihre Hilferufe eilen Passanten herbei. Erst nach einigem Hin und Her weist sich die Kripo gegenüber den Passanten aus. Die junge Frau sitzt mittlerweile völlig verängstigt im Auto; ohne jede Erklärung ihr gegenüber fährt die Kripo mit ihr davon.

Im Inneren des Hauses treten die Polizisten blindwütig die Türen der Dachkammern ein, obwohl alle Bewohner zu Hause sind und sie sofort aufschließen könnten. Im Keller reißen sie den Boden auf und buddeln ein tiefes Loch. Die Spürhunde aber finden nicht einmal eine tote Maus.

Vor allen Wohnungen des Hauses sind Polizisten postiert, die keinen rein- oder rauslassen. Wer sich am Fenster zeigt, wird zurückgescheucht und bekommt in barschem Ton die Besetzung der Wohnung angedroht.

Inzwischen wird „jeder Winkel der gestürmten Wohnung nach Waffen durchsucht" (DT, 27. 8. 1974). Das angebliche Waffenlager besteht aus einer kleinen Pistole, die jeder ohne Erwerbsschein kaufen kann (DT, 29. 8. 1974). Außerdem findet die Kripo linke Schriften und Bücher, wie sie heute in jedem zweiten Bücherschrank stehen.

Damit die Kripoten nicht mit leeren Händen abziehen müssen, stopfen sie wahllos Kleidungsstücke in ihre Fahndungssäcke und schleppen sie, schwer bepackt wie die Weihnachtsmänner, zu ihren Fahrzeugen.

Das ernste Nachspiel

Insgesamt hatte die Polizei vier Personen festgenommen: drei beim Spaziergang am Böllenfalltor und den Wohnungsinhaber in der Frankfurter Straße. Staatsanwalt Brinkmann (Frankfurt) führte sie am Dienstagabend den Haftrichtern Schlottmann und Schmitt vor. Gegen alle vier wurden Haftbefehle ausgestellt. Die kümmerliche Begründung lautet: Flucht- und Verdunklungsgefahr; und dies, obwohl sie sich der zehntägigen Überwachung längst durch Flucht hätten entziehen können, wenn sie etwas zu verbergen hätten.

Noch in derselben Nacht wurden sie in vier verschiedene Untersuchungsgefängnisse in Hessen gebracht, um ihren Verteidigern den Besuch und jeden Kontakt mit ihnen zu erschweren.

Um das Darmstädter Polizeipräsidium patrouillieren Tag und Nacht die Staatsschützer mit umgehängter Maschinenpistole (DE, 29. 8. 1974). Die polizeiliche Überwachung von Personen und Wohnungen hat noch nicht aufgehört. Immer noch streut die Polizei das Gerücht aus, daß weitere Verhaftungen bevorstehen. Der Terror geht weiter.

Die „ideologischen Köpfe" der staatlichen Terroristenbanden Sicherungsgruppe Bonn, Verfassungsschutz, Landeskriminalamt Wiesbaden und Kripo Darmstadt dürften sich von ihrem Mammuteinsatz ebenso mehr erwartet haben, so kurz vor den Wahlen in Hessen. Zwar ist es ihnen gelungen, unter fragwürdigsten Haftgründen vier Genossen in vier verschiedene Untersuchungsgefängnisse einzuweisen, sie der Willkür eindeutig politisch begründeter U-Haft auszusetzen, vier Existenzen ernsthaft zu gefährden und durch den zwangsläufig einsetzenden gefernden Rufmord durch die Presse, die keine Verantwortungslosigkeit scheut gegenüber politisch unliebsamen Linken.

Ihnen soll es jedoch nicht gelingen, die totale Panne zu verschleiern, die der gesamte Polizeigroßeinsatz letztlich war. Und es soll ihnen nicht gelingen, vier Genossen zu kriminalisieren, indem man sie zu Terroristen stempelt.

Der folgende Bericht stammt von einem Bekannten des betroffenen Ehepaares, der ebenfalls dem Polizeiterror ausgesetzt war.

Sonntag, 18. 8. 1974
In der Wohnung des Darmstädter Ehepaares Geli und Sigi kommen drei befreundete Genossen aus Wolfsburg an, um hier ein paar Tage Ferien zu machen. Es sind zwei junge Männer, Jürgen und Reinhard, sowie eine Frau namens Ilse, die sich auf Genesungsurlaub aus zweimonatiger Beugehaft befindet. Man kennt sich aus der Zeit, als von einer Gefangenenbetreuungsgruppe regelmäßige Gefängnisbesuche unternommen wurden mit dem Ziel, die unmenschlichen Haftbedingungen politischer Gefangener zu verbessern.

Vom Augenblick ihrer Ankunft werden die drei ebenso wie ihre Gastgeber auf Schritt und Tritt von der Politischen Polizei verfolgt, wird die Wohnung in der Frankfurter Straße Tag und Nacht überwacht. Die Verfolgten sind sich ihrer Situation von Anfang an bewußt, sie fühlen sich verunsichert und gejagt, vergeblich suchen sie nach einer Erklärung für die ständige Observierung. Sie haben nichts zu verbergen, doch wer dauernd die lauernden Blicke bewaffneter Polizeispitzel im Rücken spürt, bekommt schließlich Angst. Dennoch versuchen sie, ihr Leben halbwegs normal weiterzuführen, man geht arbeiten, studiert, macht Spaziergänge, besucht Freunde.

In der Folgezeit entwickelt sich die Observation zu plumpen, rücksichtslosem Polizeiterror. Man wird auf der Straße angesprochen, aus vorbeifahrenden Autos bei aufblitzendem Fernlicht fotografiert. Daß es sich um politischen Terror handelt, zeigt die Ausdehnung der Observation auf andere Freunde und Genossen, die in Verbindung zu den Leuten in der Frankfurter Straße stehen. Fast alle Betroffenen arbeiten in sozialistischen Gruppen mit oder sympathisieren mit solchen. Insgesamt acht Tage lang ist man hilflos der penetranten Bespitzelung und dem Terror der Observateure ausgeliefert. Schließlich verlangt die kostspielige und aufwendige Überwachungsaktion der Spezialeinheiten der Politischen Polizei nach Rechtfertigung, nach Erfolg um jeden Preis: **Es muß krachen – und es kracht auch!**

„in der Nähe von Helmstedt"? der große Bluff

Anarchisten mit Visitenkarten

– „Auf die Spur der mutmaßlich anarchistischen Terroristen war die Polizei gekommen", nachdem am Wochenende in Norddeutschland ein verlassenes Auto gefunden worden sei (DE; DT, 27. 8. 1974) (nur nebenbei: „mutmaßlich anarchistische Terroristen" in jedem Fall also Terroristen).

– „Der Fahrer, möglicherweise ein RAF-Mitglied, war nach dem Unfall geflüchtet" (DE, 27. 8. 1974, S. 1),

– „In dem fluchtartig verlassenen Auto fand sich darüberhinaus ein Hinweis auf einen 21jährigen Mann, dessen Spur nach Darmstadt führt" (DE, 27. 8. 1974, S. 1).

– „Außerdem befand sich in dem Auto die Visitenkarte des 21 Jahre alten Darmstädters, den die Polizei schon lange im Auge hat" (FAZ, 28. 8. 1974, S. 30).

Und wo hat der „Anarchist" Auto und Visitenkarte Hals über Kopf zurückgelassen?

a) „zwischen Braunschweig und Wolfsburg bei Lehrte" (DE, 27. 8. 1974, S. 1)

b) „bei Königshütte in Niedersachsen" (DT, 27. 8. 1974, S. 1)

c) „im norddeutschen Raum" (DT, 27. 8. 1974, Innenteil)

d) „in der Nähe von Helmstedt" (FR am Abend, 27. 8. 1974, S. 1)

e) „die genaue Ortsbezeichnung kennen wir nicht" (die Kripo in DT, 27. 8. 1974, Innenteil).

FRANKFURT:

Unter dem Schutz bewaffneter Beamter werden künftig in Frankfurt nächtliche Verkehrskontrollen durchgeführt. Ein Polizeisprecher bestätigte, daß in der vergangenen Nacht im Norden Frankfurts eine derartige Kontrolle stattgefunden hatte. Kraftfahrer berichteten, die Kontrolle sei so abgelaufen, wie in der Zeit, als nach Mitgliedern terroristischer Gruppen gefahndet wurde.

Der Polizeisprecher stellte fest, in den letzten Monaten seien immer wieder Autofahrer auf kontrollierende Beamte mit hohem Tempo losgefahren. Der deutlich erkennbare Einsatz bewaffneter Beamter werde sicher dazu führen, Kraftfahrer vor unbesonnenen Handlungen zu bewahren.

Deshalb:
FREIHEIT FÜR DIE INHAFTIERTEN GENOSSEN SIGGI, ILSE, JÜRGEN UND REINHARD!!!



Die Hegibach-Fahne

Der KAMPF am HEGIBACH

–ZÜRICH–

Die Hausbesetzung am Hegibach (Zürich)

Ende August 1973 wurde das ehemalige Altersheim am Hegibachplatz, das zwei Jahre leergestanden hatte, von den Genossen der Quartiergruppe Züri 8 besetzt, nachdem Verhandlungen über die Benützung der 80 Zimmer von der Spekulantenfirma MOBAG abgebrochen wurden. Nach einer Kampagne in dei ganzen Stadt gegen leerstehende Häuser eigneten wir uns die Häuser am Hegibachplatz an. Mieterversammlungen wurden durchgeführt, zuerst jeden Abend, dann zweimal wöchentlich. Mieter aus verschiedenen Quartieren brachten Mobiliar, Esswaren, Geld usw. Doch meistens kamen sie aus benachbarten Stadtteilen, denn das Quartier, in dem sich die besetzten Häuser befanden, ist ein Bürgerquartier (Mittelschicht). Trotzdem wurde eine intensive Propaganda besonders im Quartier gemacht.

Wir hatten die Räumung innerhalb Stunden oder Tagen erwartet, doch sie geschah nicht. So gaben wir im Amtsblatt ein Inserat auf, Zimmer und Wohnungen seien zu vermieten. Über 80 Leute meldeten sich. Wir schrieben ihnen, es handle sich um die besetzten Häuser, und es sei ungewiß, wie lange wir diese halten könnten. Ein Teil von ihnen kam zu der Versammlung und arbeitet zum Teil jetzt noch mit.

Gegen Ende Oktober teilten uns die Behörden mit, am 24. November würden die Häuser geräumt. Auf diesen Termin brachten wir die ganze Propagandamaschinierie ins Rollen. Eine Demo wurde gemacht, Informationsstände im Quartier aufgestellt, eine Zeitung herausgegeben usw.

Kurz vor dem Termin kam der Polizeichef, um uns mitzuteilen, die Häuser würden doch nicht geräumt werden, wir könnten sicher bis zum Jahresende, vielleicht bis zum Frühjahr bleiben.

Das Spekulantenschwein MOBAG bekam wegen dem vom Bundesrat verfügten Baustopp und Abbruchverbot keine Bewilligung, die Häuser abzureißen. Die MOBAG entledigte sich der heiklen Aufgabe, indem sie die Verfügung über die Häuser bis zum Abbruch der Stadt überließ. Diese konnte es sich nicht leisten, uns einfach aus den besetzten Häusern zu jagen, wenn diese weiter stehen bleiben würden, denn dann müßten die Bullen die Häuser rund um die Uhr bewache, um eine erneute Besetzung zu verhindern. Auch wäre es der Bevölkerung schwer zu erklären gewesen.

Da wir jetzt wußten, daß wir über längere Zeit in den Häusern bleiben würden, begannen wir uns fest einzurichten, installierten das Elektrische, die Heizung, warmes und kaltes Wasser etc. (alle sanitären Anlagen waren zuvor von der MOBAG zerstört worden). Vorher hatten wir nur Schlafsack, Matratze und einen Wecker in unseren Zimmern.

Das bedingte, daß wir möglichst viele Bewohner finden mußten, die die notwendigen Arbeiten und finanziellen Beiträge mittragen konnten. Aus diesem Zwang heraus (es war anfangs Winter und die Heizung mußte möglichst schnell installiert werden) nahmen wir innerhalb zwei Wochen 30–40 neue Leute ins Haus, die wir natürlich nicht alle kannten.

Jeder Mieter mußte einen kleinen Beitrag entrichten, um den Preis für die Holzkohlen, das Elektrische und die Flugblätter zu bezahlen. Nun hatte sich aber eine größere Anzahl Freaks einquartiert, die von politischer Arbeit und Hausbesetzung nichts wissen wollten. So waren wir zeitweise derart mit der Hauswartsrolle beschäftigt, daß oft die Aktivitäten nach außen verlässigt wurden.

Am letzten Schultag vor den Weihnachtsferien feiern die Schüler nach altem Brauch den Schulsilvester. Entweder machen sie Freinacht oder sind schon frühmorgens auf den Beinen, um mit Pfannendeckeln, Pauken oder anderen lärmigen Gegenständen die Leute zu wecken. Für diese Schüler organisierten wir in den Hegibach-Häusern ein Frühstück, an dem ca. hundert Schüler teilnahmen.

Jeden Samstagabend war ein Fest in den besetzten Häusern, und manchmal organisierten wir auch etwas Größeres, z. B. am Silvester. Zwischen 100 und 400 Jugendliche kamen jeweils.

Am Silvesterabend gegen Mitternacht machten wir einen kleinen Fackelzug durchs Quartier und weihten unsere neue Fahne ein.

Im Januar richteten wir in den besetzten Häusern eine Volksküche ein, in der man für zwei Mark essen konnte. Auch eine Kneipe riefen wir ins Leben. Beides sollte einen besseren Kontakt mit der Bevölkerung ermöglichen und erfüllte teilweise auch diese Funktion.

Am 29. Januar frühmorgens machten die Bullen eine Razzia in den besetzten Häusern, eine weitere Schikane der städtischen Behörden. Die Beute: ein Gummiknüppel, eine Tränengasmaske und eine Schreckschußpistole, alles Dinge, die man legal kaufen kann. Das Ganze wurde von der Presse als „Waffenarsenal" bezeichnet.

Am Wochenende vom 2./3. Februar 1974 trafen sich in den besetzten Hegibach-Häusern über 100 Leute aus allen Regionen der Schweiz, sowie aus Frankfurt, Hamburg und München, um über Erfahrungen und Perspektiven im Mieterkampf zu diskutieren. Dabei kam deutlich heraus, daß nicht nur der Bezug vom besetzten Haus zum Quartier hergestellt werden muß; ebenso soll der Kampf im Quartier gegen Mieten und Preise mit dem Kampf im Betrieb für mehr Lohn und weniger Arbeit verbunden werden. Das Meeting war sehr fruchtbar, indem es jedem Teilnehmer die Solidarität im Kampf mit allen Regionen sehr deutlich vor Augen führte.

Wir erwarteten die Räumung der Häuser für den März. Damit sie uns nicht ohne Grund hinauswerfen mußte, hatte die Stadt ein Projekt für die Errichtung eines Touristenhotels in den Hegibach-Häusern ausgearbeitet. Da aber im März die Stadtratswahlen durchgeführt werden, konnten wir damit rechnen, daß die Häuser vorher nicht geräumt werden; die Stadträte wollten sich nicht schon vor den Wahlen als Mieterfeinde entlarven.

Viele zogen zu diesem Zeitpunkt aus. Das Hegibach drohte zusammenzubrechen, der internen Probleme wegen. Um Druck gegen die Räumung aufzusetzen, organisierten wir eine Demo und zahlreiche Flugblattverteilungen. Die Häuser wurden dann tatsächlich nicht geräumt. Die Grüppchen zogen sich zurück, weil sie das Hegibach nicht mehr für interessant hielten. So wurden praktisch keine Aktivitäten mehr nach außen gemacht.



Wir verteidigen die Häuser!

Als uns am 28. Juli die auf 6 Tage befristete Räumungsaufforderung zugestellt wurde, gingen wir deshalb sofort daran, Vorbereitungen zu treffen. Als erstes wurde auf einer außerordentlichen Hausversammlung die Frage diskutiert, ob und wie man sich wehren soll.

Man solle sich fügen und das Haus verlassen, oder, einzelne meinten, vor allem Mitglieder der RAZ: höchstens einen Sitzstreik machen und sich hinaustragen lassen. Widerstand habe keinen Sinn, man werde ja sowieso besiegt und gebe dem Staatsapparat nur einen Vorwand, seine Repressionsmaschine in Gang zu bringen, uns zu verheizen, zu kriminalisieren und auseinanderzureißen. Außerdem werde man sich durch Widerstand um jegliche Sympathie von Seiten der Bevölkerung bringen und zudem sei Widerstand nicht nötig, man habe ja durch die elfmonatige Besetzung einen großen Erfolg vorzuweisen.

Wir schlagen zurück: Wir haben in der Vergangenheit gelernt, was Sitzstreiks nützen. Jener anläßlich der Besetzung des staatlichen Jugendhauses führte dazu, daß 350 Jugendliche verhaftet wurden, Bußen und Gerichtsverfahren bekamen mit dem Erfolg, daß sie resignieren und sich nach der Aktion nicht mehr blicken lassen. Was ist ein Sitzstreik oder gar die sang- und klanglose Räumung des Hauses anderes als das Eingeständnis des eigenen totalen Unvermögens, auch nur einen Finger rühren zu können gegen den Willen der Herrschenden, der Verurteilung zur völligen Niederlage.



Die Volksküche Hegibach



Jedem, der daran teilnimmt oder Augenzeuge ist, wird dieses lähmende Gefühl tief eingebrannt und er wird völlig unfähig sein, sich in naher Zukunft wieder einmal zu nehmen, was ihm gehört.

> Genossen,
>
> es sind noch folgende Nummern der *Materialien zur Intervention* erhältlich – Züricher Kontaktadresse der WIR WOLLEN ALLES:
>
> **Nr. 2, Januar 1974**
> Zweiter Entwurf für ein gemeinsames Vorwort zu den Europathesen; *Zur Besetzung der Hegibach-Häuser;* Die internationale Situation (aus: PotOp 50, Nov. 1973); Anmerkungen zur Erdölkrise; Brigate Rosse, zur Amerio-Entführung.
>
> **Nr. 3, März 1974**
> Einige Hypothesen zur Erdölkrise; *Zürich: Razzia in den Hegibach-Häusern;* Lugano: Zur Besetzung des „Venezia"; Großrazzia in St. Gallen und Rorschach; Text der Brigate Rosse: Die Krise ist das Instrument der Reaktion, um die Arbeiterklasse zu schlagen.
>
> **Nr. 4, April 1974**
> Die Räumung in Frankfurt; Arbeitergruppe BBC Baden: 80 Fr. für alle!; *Zu den Kämpfen im Quartier: eine Auswertung der bisherigen Quartierkämpfe in der CH;* Text über die ETA.
>
> **Nr. 5, Mai 1974**
> Sonder-Nr.: Von der Krise zur bewaffneten Arbeitermultinationalen, Text einiger Ex-PotOp-Genossen.
>
> **Nr. 6/7, Juli 1974**
> Doppel-Nr.: Genfer Metallurgie; RAF in der BRD, Arbeiterautonomie in Italien; Interview mit den Brigate Rosse über die Sossi-Aktion (aus Espresso).

Was wir brauchten, war nicht nur eine Propaganda mit Worten, ein tausendmal Beteuern: Wir sind gegen Zerstörung von Wohnraum. Was wir brauchten, war eine Propaganda der Tat, eine Propagierung des Widerstandes, gerade weil die Quartiersbevölkerung bisher bei Worten des Unwillens stehengeblieben war. Wenn wir wollten, daß es im nächsten Frühling, wenn das Abbruchverbot ganzstädtisch aufgehoben wird, nicht bei bloßem Jammern bleiben soll, so mußten wir jetzt, da wir vor dem Hinauswurf standen, kämpferisch reagieren.

Und wir waren sicher, daß die Bevölkerung unsere Aktion gutheißen würde, wenn wir nur den Widerstand richtig dosierten, d. h. keine Polizisten verletzten oder töteten.

Nach einiger Diskussion wurde dann ein Konzept angenommen, das wir die höchste Form von passivem Widerstand nannten. Allerdings erklärten sich nur 24 von 160 bereit, im Haus drinnen zu bleiben. Leute mit bedingten Gefängnisstrafen, Lehrlinge, Schüler und Ausländer ließen wir nicht mitmachen.

Nun wurde die Propaganda begonnen: Pressekonferenz mit Fernsehen, 20 000 Flugblätter, Demonstrationen. Überall informierten wir über die Geschichte und die Besetzung des Hauses die Hausbewohner, die Mieterpolitik von Stadtbehörden und Spekulanten, deren für die Bevölkerung verheerende Zukunftspläne und über unseren festen Entschluß, im Haus zu bleiben und uns zu wehren.

Gleichzeitig liefen auch die Verteidigungsvorbereitungen auf Hochtouren. Alle schafften zunächst ihre persönlichen Sachen fort, da wir aus Erfahrung wußten, daß die Polizei nichts unbeschädigt läßt, was sie nach der gewaltsamen Räumung findet. Schon einen Tag vor dem Räumungstermin mußten alle, die nicht zur Besetzungsmannschaft gehörten, das Haus verlassen haben zwecks Geheimhaltung der Vorbereitungen. Wachen wurden aufgestellt.

Es war uns klar, daß das riesige Haus mit seinen vielen Eingängen und Fenstern als ganzes nur wenige Minuten einem konzentrierten Polizeiangriff standgehalten hätte – wir hätten es noch so gut verbarrikadieren können. Außerdem hätte sich der Kampf außerhalb des Blickfelds der Zuschauer abgespielt. So entschieden wir uns, das Flachdach des Hauses, das von einem steil zur Fassade abfallenden Ziegeldach umgeben war, zu verbarrikadieren und uns dorthin zurückzuziehen. Wir schafften das Material aufs Dach: eine Lautsprecheranlage mit riesigen Boxen, Ton-Steine-Scherben- und andere Platten, Mikrofon, Megaphone, Spruchbänder, Sirene, Ölfässer, Farbkanister, massenhaft leere Fässer und Behälter für Wasser, Schmierseife, Lumpen (in Öl getränkt = großer Rauch), Feuerlöscher. Dazu: Plastik zum Schutz der Anlage, Handschuhe, schwarze Strümpfe, Rum gegen Kälte, Hammer, Nägel, Zementsäcke usw.

Die Treppe zum Dach wurde heruntergerissen und zerstört, die Dachluke mit einer Badewanne verrammelt, die wir mit Beton füllten. Den verbliebenen Rest der Luke verbarrikadierten wir mit Armierungseisen. Ein versteckter Wasserschlauch wurde installiert, der uns auf dem Dach den Nachschub sichern sollte.

Wir sprachen mit den Genossen, die draußen bleiben würden, ab, was sie während und nach der Räumung unternehmen sollten. Wir richteten einen motorisierten Wachdienst vor der Polizeihauptwache ein, der uns warnen sollte, wenn die Polizei sich für den Einsatz bereitmachte, und erstellten einen Telefonalarm, der möglichst viele Genossen, Journalisten und Fernsehleute in kürzester Zeit vors besetzte Haus bringen sollte.

Zum Ablauf des Ultimatums am Mittwochnachmittag riefen wir zu einer Versammlung vor den besetzten Häusern auf, aber natürlich machten uns die Pigs nicht den Gefallen, bei einer größeren Zuschauermenge einzufahren.

Abends erhielten wir anonyme Hinweise per Telefon, die Schmier würde Donnerstagmorgen um 4 Uhr einfahren. Daraufhin blieben viele Presseleute und Zuschauer am Ort, trotz dauerndem Regen.

Kurz vor 5 Uhr war es soweit: der Warner von der Polizeihauptwache tauchte hupend auf, wir steckten die Barrikade an der Straße in Brand, zogen uns aufs Dach zurück und stellten die Sirene an, die alle Nachbarn aufweckte. Kurz darauf kam die schweinische Armee, nachdem sie Abschrankungen im Umkreis von 1 km aufgestellt hatte: 220 Polizisten im Kampfanzug, 130 Zivilbullen – und jede Menge Foto- und Filmapparate. Sofort stellten die pigs den Wasserwerfer an und bespritzten uns: für die nächsten zwei Stunden blieben sie stur bei dieser unoriginellen Waffe. Zivile und Bullenphotographen waren auf den umliegenden Dächern oder in den von ihnen gemieteten Wohnungen rund um die Häuser postiert.



Unterdessen hatten wir uns maskiert, alle leeren Behälter mit Wasser gefüllt und am Dachrand verteilt und übergossen das Schrägdach mit Schmierseife und Altöl, um es völlig unpassierbar zu machen, ließen auf der Anlage den Hausbesetzersong der Scherben in voller Lautstärke laufen, informierten zwischendurch die Zuschauer über die Gründe der Besetzung und die Rolle der Polizei und der Behörden und riefen Parolen, die von den Genossen draußen übernommen wurden.

Bald rückte ein Trupp Grenadierbullen in den 3. Stock vor und versuchte, das Dach zu stürmen, die Verbarrikadierungen zu lösen. Mit Latten stießen wir bei der Dachluke die Leitern der Bullen weg und schmissen jedem, der sich zeigte, mit Kübeln Wasser und Farbe nach. Über das lebensgefährlich glittschige Dach versuchten die Bullen gar nicht erst vorzudringen. Wir wurden auch immer von den externen Genossen mit Sprechchören gewarnt, wenn die Pigs versuchten, durch ein Fenster des 3. Stocks aufs Dach zu gelangen.

Nun verstärkte sich der Kampf. Die Bullen frästen mit Motorsägen große Löcher ins Schrägdach, unmittelbar neben dem Flachdachrand. Alle Versuche von uns, dies zu verhindern, schlugen fehl. Nur mit direkter Gewaltanwendung, wie Werfen von harten Gegenständen oder Mollies wäre etwas zu machen gewesen, doch diese Dinge hatten wir gemeinsam verboten, da die Strafe durch die Justiz das drinliegende Maß überschritten hätte. Auch schlugen die Schmier nun mit Latten gegen uns. Ein Genosse wurde an Nase und Augen getroffen, und einige Besetzer hatten daraufhin aus Wut die Disziplin nicht mehr, unsere Abmachungen einzuhalten und begannen nun ihrerseits mit direkter Gewalt; — andere beruhigten sie wieder.



Zufrieden schaut dieser Bulle auf sein „Werk"



Die Bullen rutschen auf dem Dach aus



Wir setzten nun auch unsere Feuerlöscher gegen die Schmier ein. Die Bullen merkten, daß auch ihre äußersten Anstrengungen keinen Aussicht auf Erfolg hatten, stellten ihr Wüten ein, um neue Befehle abzuwarten. Plötzlich setzten sie Tränengas ein, dessen Einsatz auf Dächern offiziell strikt verboten ist. Es war unwahrscheinlich konzentriertes Zeug, nicht vergleichbar mit dem Demo-Tränengas. Sie schossen es aus wenigen Metern aus umgebauten Flammenwerfern aufs Dach und schalteten uns – wir hatten keine Masken, nur Zitronen – buchstäblich innerhalb Sekunden aus. Einem von uns geriet ein Strahl ins Auge, er verlor 70 % seiner Sehfähigkeit und lag drei Wochen im Krankenhaus hinter Gittern. Wir hatten nur noch Zeit, blitzschnell Kopfbedeckungen und Handschuhe fortzuwerfen (wegen der Identifizierung), dann wurden wir festgenommen. Unterdessen bewarfen die Genossen draußen die Schmier mit Pflastersteinen und Mollies. Die ganze Räumungsaktion hatte zwei Stunden gedauert.

Die U-Haft dauerte verhältnismäßig lange. Die meisten blieben zwei Wochen, 6 Genossen drei Wochen drinnen und wurden in der ganzen Zeit meist nur einmal verhört. Der Untersuchungsrichter versuchte, uns „Gewalt im zusammengerotteten Haufen" nachzuweisen, sowie vor allem die „Rädelsführer" auszumachen. Sie ließen der Presse gegenüber Sprüche fallen wie: „Wir werden ein Exempel statuieren" und „Wir werden uns in der Untersuchung ganz gewiß nicht beeilen".

Nach dem Brandanschlag auf die MOBAG (Spekulantenfirma, Besitzerin der Hegibach-Häuser) verstiegen sie sich sogar zu der Drohung: „Bis dieser Anschlag geklärt ist, wird niemand entlassen". Wir hatten uns bereits vorher auf die U-Haft und Verhöre vorbereitet, doch zu wenig intensiv, so daß einzelne während den Einvernahmen unsicher wurden und sich durch ihre Aussagen belasteten. Unsere Anwälte haben aber gute Arbeit geleistet. Von uns schon vor der Aktion mit Vollmachten ausgestattet, rotierten sie unheimlich und kriegten uns mit Rekursen etc. nach drei Wochen frei.

Eine letzte Frage: Lohnen sich die zwei bis sechs Monate Gefängnisstrafe, die einige von uns erhalten werden? Wir sagen: Ja, unter einer Bedingung: Die Quartierarbeit muß nun mit gleicher Energie wie die militärische Hausverteidigung vorangetrieben werden, um mit dem Interesse und der Sympathie der Bevölkerung auch weiter kämpfen zu können.

Selbstkritik zum Hegibach

1. Eine Hausbesetzung ist ein sehr nützliches Mittel, um den Mieterkampf zu führen. Erstens kann man ein besetztes Haus zum Quartier- oder Mieterkampfzentrum entwickeln (dies scheiterte am Hegibach, weil wir eine große Anzahl Fehler gemacht haben, die ich im weiteren noch nennen werde). Weiter dient eine Besetzungsaktion als anwendbares Kampfmittel gegen die Spekulanten, das wir **unbedingt** propagieren müssen.

Mieter, mir müend zämetschtah eus uf die eige Chraft verlah! } riefen die eidgenössischen Genossen!

2. Wir kannten das Quartier, in dem wir die Häuser besetzten, zu wenig. Wir gingen darüber hinweg, daß die Anwohner zum größten Teil keine Arbeiter waren. Das spürten wir während der ganzen Besetzung. Um ein besetztes Haus heute halten zu können, muß die Bevölkerung die Aktion für gut halten und sie unterstützen.

3. Wir besetzten zwei Häuser, wußten aber zu wenig, was wir mit diesen machen wollten, denn wir waren alle der Meinung, daß sie sofort geräumt würden. Als wir aber sahen, daß wir sie für längere Zeit halten könnten, wußten wir nicht genau, was wir mit ihnen anfangen wollten. Wir diskutierten verschiedene Vorschläge (Kindergarten, Fremdarbeitergruppe, Frauengruppe usw.), doch waren nur Ansätze vorhanden. Wir beklagten uns öfters, die Anwohner bekundeten nur eine **passive** Solidarität. Doch ohne Organisationsformen, in die sich die Sympathisanten integrieren können, werden diese nicht aktiv am Kampf teilnehmen.

4. Wir traten meistens nur ganz sporadisch im Quartier auf, meistens wenn wir eine Räumung befürchteten und in den Anfangsmonaten. Auch das trug zur Isolierung der Aktion bei. Wir müssen uns als Bestandteil des Quartiers verstehen, der existiert und dementsprechend informiert.

5. Ein Konflikt, der das Hegibach über lange Zeit prägte, war der zwischen den Grüppchen einerseits und der zwischen Gruppen und Hausbewohner, welche meistens nicht organisiert waren, andererseits. Die verschiedenen Gruppen:
a) **Klassenkampf** (KK), eine WWA-Gruppe, also mit der WWA-Linie.
b) **Revolutionäre Aufbauorganisation Zürich** (RAZ), am ehesten mit der KBW zu vergleichen, doch ist der Parteiaufbau beim KBW noch stärker betont.
c) **Rote Steine** (RS), eine Politrockergruppe, welche auch eher die WWA-Tendenz vertritt, doch ist ihre politische Linie nicht sehr ausgereift und deshalb schwer zu definieren. Sie nahmen erst später an der Besetzung teil und ich werde deshalb erst später auf sie eingehen.
Andere Gruppen traten nur am Rande in Erscheinung.

Der KK startete die Besetzung und nach ca. 6 Wochen beteiligte sich die RAZ daran. Nach der Instandstellung des Hauses vertrat die RAZ die Ansicht, man solle sich vorderhand (fast nur) mit den internen Problemen des Hauses beschäftigen, was höchstens von ihnen verwirklicht wurde. So blockierten sie öfters die Aktivitäten nach außen. Für den KK stand der propagandistische Effekt stets im Vordergrund und der Kampf im Quartier, was hinterher als richtig zu bezeichnen ist. So waren die wöchentlichen Versammlungen oft mit Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen, die manchmal sehr heftig waren, ausgefüllt. Nur wenige Hausbewohner beteiligten sich an diesen Diskussionen. Das führte zu einer Spaltung zwischen Externen und Bewohnern. Wir besprachen stundenlang, ob man sich zuerst über die internen Probleme oder über die Aktivität nach außen unterhalten sollte.

Im März, als sich diese beiden Gruppen nicht mehr stark beteiligten, besetzten die RS einen Stock. Für sie ging es darum, die Alleinherrschaft im Haus zu erstellen. Da die bisherigen aktiven Besetzer kräftemäßig nicht imstande waren, dies zu verhindern, zog ein großer Teil von diesen aus. So wohnten in der Endphase nur noch Rote Steine und Freaks in den Liegenschaften.

Nachdem der Räumungstermin feststand, haben sich alle außer der RAZ wieder zusammengefunden, denn die Verteidigung erforderte einen großen Aufwand. Eine Meinung dazu: Das Schauspiel der sog. Avantgarden, der Politgruppen, war kläglich. Anfangs taten sie, wie man sich's in Zürich seit langem bei jeder direkten Aktion der Unterdrückten angewöhnt hat, die Besetzung als Abenteurertum ab. Dann, als jedem die politische Bedeutung unserer Besetzung klar wurde, kamen sie jeweils zu den Versammlungen, um zu dozieren, was jetzt zu tun sei. Klar, daß dies von den Jungarbeitern im Hause nicht akzeptiert wurde, worauf sich die Politfritzen beleidigt zurückzogen. Es hätte keinen großen Sinn, die Vorschläge der Trotzkisten, Maoisten und anderer MLs groß zu erläutern und zu kritisieren. Anders wie sie verbrauchen wir nicht unsere Hauptenergie, andere Politgruppen von oben herab zu sezieren, um daraus neue Kraft und Selbstbestätigung zu finden, welche man nicht in einer militanten Praxis sucht. Hier nur soviel: Einmal mehr bestätigte sich die Tatsache, daß sich Avantgarden nur dann so nennen können, wenn sie sich zusammen mit den Massen im Kampf als solche entwickeln und sich nicht von außen ihnen als selbsternannte Avantgarden aufstülpen. In unserem Falle war es bezeichnend, daß den Typen nie im Traum einfiel, ihre privilegierte Loge und linke In-Scene aufzugeben, um ins Hegibach zu ziehen. Nicht einmal an den Festen oder im Spunten erschienen sie . . .

Fazit: Nur eine Gruppe sollte eine solche Aktion durchführen. Sie sollte in den Häusern ständig existent sein, möglichst darin wohnen, um eine Spaltung zwischen Externen und Internen zu vermeiden.

6. Bis zur Instandstellung des Hauses (Elektrisch, Wasser, Heizung etc.) wohnten fast ausschließlich Aktivisten in den Häusern. Nachher zogen innerhalb weniger Wochen 40–50 Leute ein, ein Teil von diesen waren neue Genossen, die erstmals einen solchen Kampf miterleben wollten. Sie arbeiteten sehr gut mit. Die ursprünglichen Besetzer zogen sich langsam zurück. Die jetzigen Aktivisten waren es, die für die internen Probleme (mit 70 Bewohnern gibt es deren viele) sorgen sollten, und die auch die Volksküche und das Restaurant betrieben und putzten. Daneben wuchs die Anzahl an Freaks und Sozialfälle ständig. Diese kümmerten sich wenig um das Haus. Sie besetzten ein Zimmer, aber kein Haus. Die Kräfte der aktiv Mitarbeitenden schwanden, da der zu leistende Aufwand immens war. Einige von uns zogen in den Monaten Februar und März aus. So verlagerte sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Gegenseite. Wir konnten die auf der Hausversammlung gefaßten Beschlüsse (Rausschmisse etc.) kaum noch durchführen. Externe Genossen halfen uns dabei sowieso nicht, obwohl diese auch an den Hausversammlungen teilnahmen. So drohte im März der Zusammenbruch des Ganzen. Wir bäumten uns noch einmal auf und meisterten die Situation.

Fazit: Die Genossen, die hier wohnen, kamen um politisch zu arbeiten, waren aber mit Hauswartsfunktionen überlastet. Also aufpassen, wenn man aufnimmt, und wenn es mit dem einen oder anderen nicht geht, dann muß man ihn dazu bringen, auszuziehen. Von Anfang an muß ein starkes Kollektiv existieren, in das sich neue Bewohner integrieren können, das aber auch die gefaßten Beschlüsse durchführen kann.

7. Das Haus muß sauber aussehen, auch kein übermäßiger Lärm darf gemacht werden. **Dieser für viele Genossen scheinbar unwichtige Punkt erregte eigentlich den großen Anstoß in der Bevölkerung.** (Auch für uns ist es angenehmer, in einem sauberen und disziplinierten Haus zu wohnen.

Wie geht's weiter?

Die Quartierarbeit im erwähnten an die Hegibach-Häuser angrenzenden Quartier wird unsere Hauptaktivität sein. Die Bürgerpresse (bei uns existiert nur diese) machte einen rechten Aufruhr um die Aktion und machte sie damit bis in die Außenquartiere und andere Städte bekannt.

Da der Bundesrat im Februar 1975 das Abbruchverbot aufhebt und davon Tausende von Mietern betroffen werden, wird die Hegibach-Aktion um so mehr im Volk diskutiert. Die als Hetzkampagne aufgezogene Überbetonung des militärischen Widerstandes mit Gewalt erreichte um so mehr, was wir wollten: Die Bevölkerung beginnt zum ersten Mal in breiterem Rahmen zu diskutieren, wie direkter Widerstand geleistet werden kann.

Als obligate Nebenerscheinung werfen sich sämtliche APO-Gruppen in den Mieterkampf. Abgesehen davon, daß diese in ihren „politischen Kampagnen" der Notwendigkeit direkter Widerstandsformen gar keine Bedeutung zumessen, werden diese viel zu isoliert vom gesamten Kampf der Arbeiter gegen das Kapital geführt. Verweigerung der Arbeit und Aneignung von gesellschaftlichem Reichtum dürfen nicht getrennt voneinander sein. So versuchen wir jetzt im Quartier mit der Bevölkerung über die Gesamtoffensive des Kapitals zu sprechen: Restrukturierung und Rationalisierung nicht nur in der Fabrik, sondern im gesamtgesellschaftlichen Bereich. Unsere Antwort muß den defensiven Charakter reiner Verteidigung bestehenden Wohnraums überwinden und zum Angriff übergehen.

Verwaltungs- und Büropaläste, teure Neubauwohnungen, Umfunktionieren der Seepromenadenanlage in einen Volkspark, Aneignung der Freizeitanlage für Jugendliche (bisher „eroberten" wir drei autonome Abende pro Woche, wo wir in einem Teil der Anlage mit den Quartierjugendlichen unsere eigenen Veranstaltungen durchzuführen). Kampf der Teuerung, zudem eine Mädchengruppe, die Rote Zora, die Hausfrauen im Quartier mobilisieren will. Über konkrete Details unserer Arbeit werden wir erst berichten, wenn die ersten geplanten Aktionen durchgeführt worden sind.

Rote Steine



Brandanschlag in Zürich 8 : MOBAG-BÜRO
Ueber 500 000 Franken Sachschaden



LOTTA DURA - SENZA PAURA

In der ersten Septemberwoche kam es im römischen Stadtteil San Basilio zu schweren Zusammenstößen mit den Bullen, die 150 besetzte Wohnungen räumen wollten. Am Wochenende war scheinbar Ruhe eingekehrt, samstags hatte es Verhandlungen gegeben, bis Montag sollte nichts passieren. Sonntag morgen um sieben kamen rund tausend Bullen und begannen die ersten Wohnungen zu räumen. Aber sogleich flammte auch der Widerstand wieder auf. Den ganzen Morgen lang kommt es zu Zusammenstößen, die ersten Barrikaden werden errichtet, aus LKWs der Müllabfuhr, Fahrzeugen der Feuerwehr, Telephonstangen, Laternenpfählen. Die KP läßt ihr Büro in der Gegend schließen, damit keine Chaoten dahin flüchten. Gegen Mittag kommt der Räumungsversuch zum Erliegen, die Möbelträger weigern sich weiterzumachen. Nur 2 Wohnungen sind geräumt worden.

Um sechs Uhr abends gibt es eine Versammlung auf der Straße, man will versuchen, für die Nacht einen Waffenstillstand auszuhandeln. Die Bullen greifen wieder an, mit ihren Knarren schießen sie vielleicht hundert Tränengasgranaten. Die Genossen werfen sie nach Möglichkeit zurück, bevor sie explodieren. In Via Fabrano kämpft der 19jährige Fabrizio Ceruso mit knapp hundertfünfzig weiteren Genossen, zwischen ihnen und der Polizei liegt ein dichter Rauchvorhang. Da gehen den Bullen die Tränengasgranaten aus, sie bekommen es mit der Angst zu tun und beginnen, sich zurückzuziehen. Ein Bulle kniet nieder, zielt zweihändig mit der Pistole und drückt mehrmals ab. Fabrizio fällt, drei Genossen tragen ihn weg, halten ein Taxi an und fahren zum Spital. Sie sagen kein Wort bis sie hinausspringen, rufen: „Sie haben ihn getötet!" und verschwinden. Das Spital konnte nur noch den Tod feststellen.

Die Schlacht wird noch härter, es ist Nacht, ein Bulle ruft verzweifelt über Funk die Einsatzleitung: „Sollen wir schießen? Hier machen sie ein Tontaubenschießen mit uns . . ." Von den Balkons der besetzen Häuser, von den Dächern, vom Kirchturm aus feuern Heckenschützen auf die Bullen. Eine Frau knallt mit der Schrotflinte auf einen Offizier der Bullen und zwei seiner Untergebenen. Während die Schüsse fallen, findet ein Spitalangestellter bei den Kleidern Fabrizios eine Tasche. Sie soll eine Leuchtpistole, Stahlkugeln und einige Flugblätter mit der Überschrift ‚Brigate Rosse' enthalten haben. Bis sich die Bullen spät in der Nacht endlich zurückziehen, landen neun von ihnen mit Schußwunden im Spital. Am nächsten Morgen finden die Bullen im Quartier noch zwei Koffer voll Mollies und ein gutes Dutzend Patronenhülsen. Ein guter Teil der Wohnungen ist wieder besetzt, die Bullen wagen es nicht, erneut zu räumen. Die Stelle, wo Fabrizio erschossen wurde, ist mit Blumen bedeckt.

(aus Corriere della sera und Lotta continua)

Genossen der Heddernheimgruppe



DER KAMPFZYKLUS Anfang 1974

Am 1. Januar sind in Rom schon seit etwa zwei Monaten einige Blocks im Stadtteil Magliana besetzt. In der Nacht vom 15. auf den 16. werden dann etwa 200 Wohnungen besetzt, die indirekt in Hand des Fiat-Kapitals sind. Die Familien kommen aus San Basilio, Cinecittá und anderen Stadtteilen.

Die Bedeutung des Kampfzyklus, der damit einsetzt, wird von den Massenmedien und der Presse der linken Gruppen nicht sofort wahrgenommen. Lotta continua schreibt zum Beispiel nach der Besetzung: „Es fehlte die Fähigkeit, sich ein Programm zu geben, das über die Besetzung hinausweisen würde und die Kontinuität auch nach der Räumung gewährleisten würde." Dabei versteht Lotta Continua unter Kontinuität die Möglichkeit, auch nach der Räumung auf die Stadt Druck auszuüben, um Wohnungen zu kriegen. Von daher wird dann kritisiert, daß man statt diesen Wohnungen nicht andere mit größerem „Verhandlungswert" besetzt habe.

Im Gefolge dieser Aktion wird die Besetzung von 150 Wohnungen der Gesellschaft Manfredi und von weiteren Wohnungen der Gesellschaft Apolloni organisiert – also beide Male nicht Wohnungen im Staatsbesitz. Am 19. Januar kommt die erste institutionelle Antwort: Die Häuser der ersten Besetzung werden geräumt, es gibt die ersten Festnahmen unter den Besetzern – zwei Frauen werden wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt festgenommen. Aber der Kampf entwickelt eine andere Kontinuität als die von Lotta Continua vorgesehene: Die Häuser werden sofort wieder besetzt und die Besetzer geben sich straffere und wirksamere Formen der internen Organisation.

Am 24 Januar besetzen 300 Familien Häuser der Firma Caltagirone (ein Unternehmer, der dem rechten Flügel der Democrazia Cristiana verbunden ist, großer Steuerhinterzieher, der in der ersten Märzwoche eine Milliarde und 270 Millionen Lire an den Spieltischen von Montecarlo verlieren wird) und der Firma Roch: Die Besetzungen werden getrennt von Avanguardia Operaia und Lotta Comunista organisiert.

Ende Januar beginnen die autonomen Arbeiterkomitees Besetzungen in jenen Stadtteilen zu organisieren, wo sie schon ein politischer Bezugspunkt sind: In Valmelaina, mit den Familen, die schon seit zwei Jahren die Kürzung der Lichtrechnungen praktizieren, wird die Besetzung von 500 Wohnungen der Firma Caltagirone in einem benachbarten Stadtteil organisiert. Die soziale Zusammensetzung ist wie folgt: 34 % Beschäftigte in Kleinstbetrieben (Autowerkstätten, Tankstellen, Friseure, Metzger . . .), 28 % Bauarbeiter, 14 % Angestellte von Staats- und Dienstleistungsbetrieben, 13 % Metall-, Chemi- und Druckereiarbeiter, 10 % andere, 1 % Arbeitslose und Rentner.

Im selben Stadtteil entwickelt sich eine Besetzung durch etwa 100 Familien, vorwiegend Arbeiter der Voxson, Autovox, Alitalia und anderer Betriebe, organisiert von Avanguardia Operaia

Am 8. Februar werden in Laurentiono die Häuser der Allianz-Versicherungen besetzt. Andernorts bewachen faschistische Schlägertrupps, mit 30 000 Lire am Tag bezahlt, leerstehende Wohnungen. Bauarbeiter organisieren aus Protest dagegen einen Streik. Gegenüber diesem Ausmaß der Kämpfe können auch die Reformisten nicht mehr schweigen. Am 7.2.1974 heißt es in der „Unitá", der Zeitung der KPI: „Die Parolen und Initiativen von ‚Gruppen', die bekannt sind für ihre Verantwortungslosigkeit, verschärfen und schaffen Spaltungen unter den Arbeitern und setzen illusorische und falsche Ziele, welche in Tat und Wahrheit die konkrete Lösung der Probleme verzögern, dafür objektiv den Interessen der Grundrente und der Privatspekulation dienen."

An der Via Tiburtina werden rund hundert Wohnungen des Unternehmers Franceschi bestzt, am Tag darauf geräumt, unmittelbar danach wieder besetzt. Bei der Räumung werden Tränengasgranaten in Gesichtshöhe verschossen, der Unternehmer läßt eine Barrikade bauen, um die Wiederbesetzung zu verhindern, ein Besetzer wird bewußtlos ins Spital eingeliefert, da er durch einen Schlag mit einem Metallrohr aus der Barrikade verletzt wurde. Am selben Tag werden 200 Wohnungen besetzt, teils Sozialwohnungen im Staatsbesitz, teils in der Hand eines Privatunternehmers.

Am 12. Februar versuchen die Bullen die erste Besetzung der Firma Caltagirone zu zerschlagen. Eine Frau, dann zwei drohen, sich aus dem Fenster zu werfen. Die Frauen weigern sich herunterzukommen, die Bullen greifen ein und reißen sie nach einigen Stunden nutzloser Verhandlungen mit Gewalt vom Fenster. Es bildet sich sofort ein Demonstrationszug, der die Via Tiburtina entlangzieht und mit den Bullen zusammenstößt Drei Genossen von Avanguardia Operaia werden verhaftet, die Anklage lautet auf Mordversuch! Sie hätten mit einem LKW einen Bullen angefahren, der sie anhalten wollte, nachdem er sie nicht näher definierte „Waffen" aus dem LKW habe laden sehen.

Die Familien kehren zu den geräumten Häusern zurück, während die Bullen die Ankunft der ersten Schlägertrupps von Faschisten abdecken. Am nächsten Tag kommen weitere, angeführt vom Bauunternehmer Lamberto Roch. Die rausgeschmissenen Familien reagieren, indem sie die Zufuhr von Nahrungsmitteln für die Schlägertrupps verhindern und einen Teil der Wohnungen wieder besetzen. Gleichzeitig wird ein Provokateur, der im Attentat von Primavalle eine trübe Rolle spielte, und der sich unter die Besetzer zu mischen suchte, rausgeschmissen.

Die Besetzungen breiten sich über die ganze Stadt aus wie ein Lauffeuer. Die Bauunternehmer selbst liefern die Daten, indem sie die Hilfe der Bullen anfordern: 40 00 besetzte Wohnungen, in etwa 50 Blocks aufgeteilt, pro Nacht werden etwa 200 Wohnungen besetzt.

500 Wohnungen, die seit zwei Jahren leerstehen, werden von Proletariern, die in den Autonomen Arbeiterkomitees organisiert sind, besetzt. Am 25. Februar kommt es zu einer Besetzung, die durch das Arbeiterkollektiv der Firma Fatme und ein weiters autonomes Komitee vorbereitet wurde. Die Arbeitergenossen der Fatme hatten schon vorher an verschiedenen Besetzungen teilgenommen, aber diesmal wird die Sache in einer Abteilung der Fabrik vorbereitet und von den Genossen mitgetragen, die seit Jahren an der Spitze der Betriebskämpfe sind. Siebzig Wohnungen werden besetzt: im Augenblick der Besetzung müssen die Arbeiter einem bewaffneten Wächter entgegentreten, der sie mit Schüssen empfängt. Sofort wird beschlossen, die Initiative vor der Fabrik bekanntzumachen und eine Versammlung in den besetzten Häusern zu machen. Auf dieser wird das Autonome Komitee der Fatme-Arbeiter gebildet. Zusammen mit dem Komitee Donna Olimpia wird eine weitere Besetzung durch etwa 40 Familien organisiert. Die Besetzung verstärkt sich in ihrem Innern durch Versammlungen und die Bestimmung von Stockwerkvertretern. Ein paar Tage danach versucht der Bauunternehmer die Arbeiter, die noch in den Blocks beschäftigt sind, gegen die Besetzer auszuspielen, indem er sie mit Entlassung bedroht, die durch die Besetzung erzwungen würde. Die Besetzer können den Versuch abwehren, die Arbeiter werden weiter bezahlt Angesichts der Manöver des Bauunternehmers, aber auch des Umfangs der Bewegung, die vom Fatme-Komitee initiiert worden war, beschließt das Komitee eine nächste Besetzung.

Unter den hundert Familien ergibt sich ein politischer Sprung vorwärts. Es wird eine Agitation im Stadtteil möglich, die vor allem die Teuerung und die Knappheit von Nahrungsmitteln betrifft. Auch entwickelt sich die Beteiligung der Proletarierinnen an allen organisatorischen und politischen Problemen: Tagsüber werden die Wachposten ausschließlich durch Frauen wahrgenommen. Diese Initiativen werden schon in ihrer Entstehung abgewürgt durch die Bullen, die am 25. 2 1974 die Häuser das erste Mal räumen. Ein Versuch zur Wiederbesetzung am 27 2. 1974 gelingt zunächst. Die Häuser werden jedoch sogleich von Bullen und Faschisten umzingelt, die in der ganzen Gegend die Straßen absperren und die Autos der Genossen und der Arbeiter durchsuchen, welche dazukommen. Jedenfalls werden die Besetzer gezwungen, die Wohnungen zu räumen, Dutzende von Frauen werden festgenommen und auf dem Polizeiposten mit Inhaftierung bedroht. Damit bahnt sich jene Repressionswelle an, die mit der Zustimmung der reformistischen Linken wenige Tage danach in der ganzen Stadt losbrechen wird

Schon am 19. Februar hieß es in der Unitá: „Die Verwüstung von Kindergärten, die Besetzung von Häusern, die schon anderen Arbeitern zugewiesen sind, die Besetzung von Häusern, die noch im Bau sind, haben nichts zu tun mit der Arbeiterbewegung. Vielmehr gehören sie zu einer Strategie der Verzweiflung, die sich verbindet mit der Strategie der antidemokratischen Provokation, welche auch auf gesellschaftlicher Ebene von den reaktionärsten Kräften der faschistischen und christdemokratischen Rechten verfolgt wird"

Mittlerweile bildet die Stadt eine Spezialabteilung der Bullen gegen die Wohnungskämpfe. Als erste werden jene Besetzungen zerschlagen, die für die Bewegung am stärksten einen politischen Bezugspunkt bildeten. Am ersten März werden die Häuser von Caltagirone und Roch geräumt, beim Versuch einer erneuten Besetzung werden zwanzig Frauen verhaftet. Am 7. März drei weitere Räumungen, die Besetzer nehmen in einem anderen Block Zuflucht, erneute Räumung, 18 Verhaftungen. In der ganzen Stadt folgt nun eine Räumung auf die andere, Mitte März endet dieser erste Kampfzyklus unter der Gewalt des Staates.

Die Bewegung als ganze stellt sich dar als Wiederaneignung des Reallohns im Stadtteil. Der Ausgang des Kampfes zeigt eine umfassende Schwäche, was die Organisation angeht, ein Mißverhältnis zwischen der Qualität der Organisation und der Dimension des Kampfziels. Dies Mißverhältnis ist direkt verbunden mit dem Opportunismus, mit dem die Gruppen den Wohnungskampf behandelt haben, indem sie ihn wieder einmal als Möglichkeit zur Agitation und zur Druckausübung auf die Institutionen betrachteten. Der wesentliche Unterschied innerhalb der Bewegung zwischen der organisierten Autonomie und den Gruppen ist der, daß letztere sich immer noch mit dieser opportunistischen Verwaltung der Kampfziele aufhalten, erste hingegen die Durchsetzung des Kampfziels zu erreichen sucht. Entscheidend aber ist, daß dieser Kampfzyklus die Kristallisation von Organisationsstrukturen in den Fabriken wie in den Stadtteilen bewirkt hat, welche eine weitere Entfaltung der Kämpfe ermöglichen

(Nach Controinformazione Nr. 3–4)

Genossen der Heddernheimgruppe

(Der CdS entspricht etwa der FAZ, controinformazione ist eine Zeitung der sog. Autonomisten)

Ohne Kommentar

Am 23. 11. 1973 wird in Frankfurt a. M. die Diamantenbörse eröffnet. Der Börsensaal hat wildledertapezierte Wände. Im Grundstein ist ein 50.000 DM-Diamant eingemauert.

Als „nicht dramatisch" bezeichnete ein Sprecher des Verbands der Haus- und Grundbesitzer die Tatsache, daß wegen zu hoher Miete ca 300 000 Wohnungen leerstehen.

IG-Metall-Gewerkschaftstag
Loderer warf den Unternehmern vor, daß sie die Gewerkschaft dreimal in den letzten drei Jahren zum Streik gezwungen hätten. Wie sehr die Arbeitskämpfe die Organisation belasten, ging aus den Darlegungen des Vorstandsmitgliedes Troche hervor, wonach der Vermögenszuwachs von 1971 bis Ende 1973 auf 67,8 Mill. Mark zurückgegangen ist.
FAZ, 17. 9. 1974

„Das Pittsburgher Industriegebiet hat nicht nur zulieferer- und verkehrsmäßige Vorteile, nicht nur eines der besten Reservoirs von Fachkräften, sondern mit 8–10 % auch die mit geringste Prozentzahl Schwarzer".
(Überlegungen zur Standortwahl eines VW-Werkes im Handelsblatt, 30. 8. 1974)

Verkaufe zuständehalber:

1. Eine Bahnsteigkarte
2. Einmal Lenin gesammelte Werke
3. Ein Satz KVZ Jg. 1921
4. Zwei fortschrittliche Menschen
5. Einen Eispickel
6. Den DZ (demokratischen Zentralismus)

Tausche auch gegen eine Woche Vollpension im Hochschwarzwald, oder ein Jahresabo der WWA.

Angebote an die Redaktion der WWA

San Basilio: DER HEISSE HERBST HAT SCHON BEGONNEN!



Das Leben des Genossen Fabrizio Ceruso ist der höchste Preis, den das römische Proletariat im Kampf um eines seiner elementarsten Rechte, dem Recht auf menschenwürdiges Wohnen, bisher bezahlen mußte.

Vor 11 Monaten besetzten 150 Familien in San Basilio acht Wohnblöcke der IACP (Institut autonomer Volkswohnbau) und leiteten damit eine der größten Wellen der Häuserbesetzungen in Rom ein. Tausende von Familien besetzten in anderen Stadtteilen leerstehende Häuser und Wohnungen (es gibt in Rom 63 000! leerstehende Wohnungen), um ihr elementarstes Recht, das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung durchzusetzen. Es sind überwiegend Arbeiter und kleine Angestelltenfamilien, die seit Jahren entweder in Baracken oder anderen unmenschlichen Wohnverhältnissen wohnen und seit Jahren auf den Listen der Wohnungsämter stehen und auf eine Sozialwohnung warten.

Die Solidarität im Stadtteil

Als die Regierung beschloß, die Legalität der Grundstückspekulanten und Baulöwen wiederherzustellen und die Räumung der besetzten Wohnungen verordnete, wußten die Familien von San Basilio, was sie zu erwarten hatten. Sie kennen ihre Feinde, die Baulöwen, mit ihren bewaffneten Formationen, aber auch die Feinde, die sich im Volk verstecken und ihren Kampf verwenden, um Machtpositionen in den öffentlichen Ämtern zu erobern, oder um, wenn die Proletarier keine Bereitschaft mehr zeigen, sich als Tauschobjekte behandeln zu lassen, sie zu spalten.

Und als der Augenblick gekommen war, standen sie da, bereit den Kampf aufzunehmen. Und mit ihnen, an ihrer Seite, der ganze Stadtteil: nicht aus einfacher menschlicher Solidarität oder aus abstrakter Gewißheit um die Gerechtigkeit des Kampfes selbst. Die Proletarier von San Basilio haben in der organisierten Kraft der 150 Familien einen Bezugspunkt gefunden, sie haben darin ein konkretes Beispiel für den einzigen Weg gesehen, über den das Proletariat seine Interessen durchsetzen und verteidigen kann, das als Ganzes sich mit der ungeheuren Gewalt des kapitalistischen Angriffs auf die eigenen Existenzbedingungen auseinandersetzen muß.

Der militärische Überfall war geplant

Die Entscheidung, mit den blutigsten Methoden der Repression gegen die Besetzer von San Basilio vorzugehen, war weit oben getroffen worden und verfolgte ein ganz präzises Ziel. Die Kämpfe während des Sommers waren die ersten Vorzeichen für die Massenbewegung im Herbst, im Betrieb wie im Stadtteil.

Durch die Entscheidung, militärisch in San Basilio einzugreifen, gab die Regierung, und für sie der Polizeiminister Taviani in Person, nicht nur eine Antwort auf den Häuserkampf, es sollte vor allem eine Warnung für alle sein und ihnen die Konsequenzen vor Augen führen, die jeder Kampf bringen würde. Jetzt ist also klar, worauf Taviani mit seiner „Linksteuerei" hinauswollte. Taviani hatte unmittelbar nach dem faschistischen Attentat auf den „Italikus" in verschiedenen Interviews erklärt, alle Attentate seit 1969 würden eindeutig auf das Konto der Faschisten gehen. Indem er die Faschisten von seinem Karren schmiß, ebnete er gleichzeitig den Weg für die blutigste Polizeirepression gegen den proletarischen Kampf. Er hatte schon Recht, der Minister Taviani, als er sagte, es gäbe keinen **gleichen** „linken und rechten Extremismus". Denn die Fronten der Gewalt verlaufen nicht zwischen Links- und Rechtsextremismus, sondern zwischen der Diktatur der Bourgeoisie auf der einen und dem Klassenkampf auf der anderen Seite.

Die proletarischen Kämpfe während des Sommers haben unverkennbar die Zeichen einer gemeinsamen Tendenz gezeigt: der Klassenkampf nähert sich immer mehr eine Phase des offenen, allgemeinen, gesellschaftlichen Zusammenstoßes. Die Antwort der Regierung auf diese Kämpfe war noch ungewiß und differenziert: in einigen Fällen gewaltsame Unterdrückung, in anderen partielle Zugeständnisse. Die Entscheidung, in San Basilio militärisch einzugreifen, in einer Situation also, die nach 11 Monaten Besetzung nicht mehr eine offene Kamofsituation war, zeigt den klaren Charakter einer weitreichenderen geplanten politischen Entscheidung!

Die proletarische Antwort

Die Regierung hatte den Mord eingeplant. Was nicht eingeplant war, war die Fähigkeit der Proletarier, auf derselben Ebene zurückzuschlagen. Die Regierung glaubt, sie könne in San Basilio ungestraft wie in Avola auf einen „schwachen" Teil des Proletariats einschlagen und dann das Massaker als Mahnung und blutige Erpressung gegen die gesamte Klassenbewegung ausspielen. Die Regierung hat sich aber in San Basilio die Zähne ausgebissen. Die Proletarier von San Basilio haben die Regierung in die Defensive gedrängt, sie haben sie gezwungen, zu wählen zwischen dem Verzicht, ihr Ziel durchzusetzen und eine Niederlage zu erleiden, nicht nur im Stadtteil- und in der Wohnungsfrage, sondern auf ihrer ganzen antiproletarischen Linie, oder aber den Angriff bis in seine letzten Konsequenzen durchzuführen, aber zum Preis einer militärischen Besetzung des Stadtteils, gerade so, als ob sie Feindesland besetzten.

Die verschiedenen Spaltungsversuche sind gescheitert

Die Regierung und ihre Schreiberlinge in der bürgerlichen Meinungsbildung versuchten die militärische Operation politisch auf die verschiedensten Weisen abzudecken: man entdeckte plötzlich das „Lumpenproletariat" und die „Dritte Welt" in den Stadtteilen Roms, um es gegen das „disziplinierte" Proletariat auszuspielen. Da es nicht möglich war, irgendwelche faschistische Infiltration in einem Stadtteil zu erfinden, in dem die Faschisten nie haben Fuß fassen können und immer wieder von den Proletariern verjagt wurden, sobald sie es versuchten, hat man es mit der Masche der Infiltration von Verbrechern, Räubern und Rockern versucht. Die Wahrheit ist aber eine starke Präsenz von Arbeitern im Stadtteil- und in der Besetzung selbst, wo – von 150 Familienvätern 43 % auf dem Bau und in kleinen Fabriken, 28 % in der Dienstleistung, 17 % im Handel arbeiten, 12 % Arbeitslose und Rentner sind. Die Wahrheit ist ganz einfach die Kraft und proletarische Gewalt, mit der der Angriff der Polizei zurückgeschlagen wurde. Es ist diese Kraft, die verschwiegen werden muß. Nicht die Proletarier antworten in angemessener Form, auch indem sie schießen, sondern es sind entweder Verbrecher, oder, wie man versucht hat zu behaupten, die Roten Brigaden (Hypothese, die nach 24 Stunden schon unweigerlich zusammengebrochen ist).



Frauen von San Basilio

Was man vor den Augen der Massen in Italien verstecken will, ist die Ebene die der Kampf und die Gewalt in den letzten Monaten erreicht hat.

„Krieg der Armen gegen die Armen?"

Zuletzt hat man noch versucht, dem Überfall einen Schimmer von „Legalität" zu geben: man hat die Mieter erfunden, denen die Wohnungen zugewiesen worden sein sollten, in deren Namen der Questor von Rom die gewaltsame Räumung angeordnet hat. Diese Mieter hat es aber nie gegeben (als die Wohnungen besetzt wurden, haben sich von 26 Mietern 21 geweigert, nach San Basilio zu ziehen, weil sie es vorzogen, in einem anderen Stadtteil zu leben) und jeder weitere Versuch der IACP, Proletarier gegen Proletarier auszuspielen, ist von den Besetzern und den Mietern gemeinsam zurückgewiesen worden.

„Den Krieg haben wir immer gegen die Kapitalisten geführt", sagten die Besetzer und die Mieter in einer gemeinsamen Versammlung. „Warum sollten wir uns gerade jetzt wohl gegenseitig bekämpfen?" Wer aber wie die KPI und die PSI weiterhin auf einer solchen Legitimationfür die Räumung beharrt, der ist dafür verantwortlich, wenn er den Interessen und der Einheit des Proletariats die Verteidigung seiner eigenen sektiererischen und kurzsichtigen Interessen in der korporativen Mitverwaltung des Wohnungsmarktes entgegenstellt und objektiv Komplize der Staatsmacht und des bürgerlichen Regimes wird. Und darauf schaut nicht nur San Basilio, sondern die ganze Klassenbewegung, die im brutalen Angriff auf die 150 Familien und in der Kraft, mit der diese zurückschlugen, die Konturen des Zusammenstosses sieht, auf die sie in den kommenden Monaten mit der Kapitalistenklasse und der Staatsgewalt zusteuern.

Fabrizio Ceruso und Anna Maria Alfonsi

In den auf die Räumung folgenden Demonstrationen, die den Sieg der Familien von San Basilio besiegelt haben, die zuerst den Rückzug der Polizei erzwungen und dann die Wohnungen wieder besetzt haben, waren zwei Namen in aller Munde: Fabrizio Ceruso, einer der vielen, die im Kampf für die Befreiung des Proletariats gefallen sind. Anna Maria Alfonsi, die im Kampf für die Befreiung des Proletariats, im Kampf für eine menschenwürdige Wohnung, auf diejenigen schoß, die ihr dieses Recht verwehrten.

Lotta Continua

HUNGSTREIK-ERKLÄRUNG:

Wer seine Lage erkannt hat –
wie soll der aufzuhalten sein!

Das ist unser dritter Hungerstreik **gegen Sonderbehandlung, gegen die Vernichtungshaft** an politischen Gefangenen in den Gefängissen der Bundesrepublik und Westberlins. Isolation ist mit neuer Technologie die alte Sache im Imperialismus: Endlösung durch Sonderbehandlung von damals zu lebensunwertem, heute – (in der Terminologie der Bullen) grundrechtsunwertem Leben erklärten Minderheiten, jetzt: der politischen Gefangenen.

Widerstand gegen die Vernichtungshaft, die Sonderbehandlung, heißt:

- Entmenschung durch soziale Isolation – über Jahre;
- Gehirnwäsche durch sensorische Deprivation in Toten Trakts – seit Anfang Mai sitzt Ronald Augustin im Toten Trakt des Gefängnisses in Hannover;
- die neuen Camera-silens-Zellen mit Dauerhitze und Dauerton und TV-Überwachung nach dem Modell des Hamburger DFG-Forschungsprojekts in Berlin-Tegel, Berlin-Lehrterstraße, Bruchsal, Essen, Köln, Straubing;
- Verschleppung bei jedem Versuch, die totale Isolation durch Zurufe zu anderen Gefangenen zu durchbrechen in die
  Bunker in Berlin-Moabit
  Bunker in Bruchsal
  Bunker in Essen
  Bunker in Straubing
  Bunker in Preungesheim
  Bunker in Fuhlsbüttel
  Bunker in Mannheim
  in die schalltote, TV-überwachte Glocke im UG-Hamburg, dadrin tagelang angeschnallt;
- Mordversuche durch Wasserentzug bei Hungerstreiks in Schwalmstadt, München, Hamburg, Köln;
- Konzentrationstrakte für politische Gefangene in Lübeck;
- Fesselung beim Hofgang in Hamburg und Lübeck;
- seit zweieinhalb Jahren Unterbringung in Spezialzellen in Köln-Ossendorf unmittelbar neben den zwei Hauptdurchgangstüren des Knasts – nie Ruhe; dasselbe in Moabit;
- Psychiatrisierungsversuche und die Anwendung und Drohung von und mit Zwangsnarkotisierung für Ermittlungszwecke;
- Sprechzellen mit Trennscheiben für Verteidigungsbesuche, in denen menschliche, d.h. politische Kommunikation unmöglich ist – in Hannover, Stuttgart und Straubing;
- periodische Beschlagnahme des gesamten Materials zur Vorbereitung der Verteidigung – Aufzeichnungen und Post – durch die Sicherungsgruppe Bonn – Abteilung Staatsschutz;
- Diffamierung und Kriminalisierung der Verteidiger der politischen Gefangenen;
- Aktenunterschlagung und Aktenmanipulation durch das Bundeskriminalamt;
- Punktuelle Lockerung der Isolation immer nur, um Gefangene, die im Griff der Polizei sind, als Spitzel und Zeugen für die Prozesse aufzubauen, so in Köln-Ossendorf, wo Jan Raspe seit April den angebotenen Hofgang ablehnt, weil der, an dem er teilnehmen könnte, der des Transporthauses ist, mit täglich wechselnden auswechselbaren Gefangenen – einer Fluktuation, in der weder Kommunikation noch Orientierung möglich ist. Bei bisher allen als Ausnahmeregelung ermöglichten Gefangenenkontakten stellte sich raus, daß es von den Bullen (Sicherungsgruppe) organisierte und kontrollierte Kontakte waren;
- Terrorisierung der Verwandten mit Durchsuchung, Bespitzelung, Beschimpfung und Observation vor und nach den Besuchen, um sie unter Druck zu setzen, auf die Gefangenen im Sinne der Bullen einzuwirken.

Der Hungerstreik ist unsere einzige Möglichkeit zu kollektivem Widerstand gegen den Schweinevollzug, gegen die Counterstrategie des Imperialismus, gefangene Revolutionäre und Gefangene, die im Gefängnis angefangen haben, sich organisiert zu wehren, psychisch und physisch, d.h. politisch zu vernichten; unsere einzige Möglichkeit, entwaffnet, gefangen, isoliert – unsere Arbeitskraft, unsere physischen und geistigen Kräfte, unsere Identität als Menschen einzusetzen, um den Stein, den der Staat der herrschenden Klasse gegen uns aufgehoben hat, ihm auf seine eigenen Füße fallenzulassen. Kampf ist – aus Schwäche Stärke zu machen.

Isolation ist die Waffe des Vollzugs gegen alle Gefangenen, die entschlossen sind, sich im Gefängnis nicht vernichten zu lassen, das Menschenexperiment, die Gehirnwäsche, das Programm des imperialistischen Vollzugs zu bekämpfen. Sie werden isoliert, um Politisierung, Widerstand im Gefängnis überhaupt zu liqudieren – um alle anderen Gefangenen, die noch nicht durchblicken, obwohl sie leiden und eigentumslos sind wie wir und nicht mehr zu verlieren haben als ihre Ketten, um so totaler einseifen zu können.

Wir fordern alle isolierten Gefangenen auf, mit uns die Isolation zu bekämpfen.

Die Abschaffung der Isolation ist die Bedingung, die wir uns erkämpfen müssen, wenn Selbstorganisation der Gefangenen, wenn revolutionäre Politik, wenn Befreiungskampf im Gefängnis überhaupt eine realistische Möglichkeit von proletarischer Gegengewalt werden sollen – im Rahmen der Klassenkämpfe hier, im Rahmen der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten und Vierten Welt, im Rahmen von proletarischem Internationalismus, im Rahmen einer antiimperialistischen Befreiungs- und Einheitsfront in den Gefängnissen und Kriegsgefangenenlagern der vom Imperialismus beherrschten Teile der Welt

Alle Macht dem Volk durch Eroberung der Gewalt!

Freiheit durch bewaffneten antiimperialistischen Kampf!

Die Gefangenen aus der RAF

Unterstützt den Kampf der Genossen aktiv! Komitee gegen Folter, 6 Frankfurt a M., Kontaktadresse: 6 Ffm., Heidestr. 13, Telefon 49 52 96. Spendet auf das Konto: G. Pohl, Deutsche Bank, Ffm., Nr. 403/2702

Carrero Blanco

Wer gräbt denn da die Straße auf
in Spanien unverdrossen
und macht da einen Tunnel draus
das sind die baskischen Geno-o-ssen

Vier Panzerminen gut plaziert
so wurde es beschlossen
so stellt man eine Nazi-Falle her
so machten's die spanischen Genossen

An der Kreuzung standen sie
die Stunden schnell verflossen
bis der schwarze Cadillac dann
war im Visier der Genossen

Ein Blitz, ein Knall, ein Donnerhall
wird Blanco hochgeschossen
14 ganze Meter schaffte er
und das verdankt er den Genossen

Freunde und Genossen
was können wir da machen:
den Faschismus niederhaun
kann nur das Volk in Waffen



Ausbeutungspraktiken der ALLIANZ gerichtlich eingeschränkt !



Betriebsarbeit im Büro? Resultat: die Allianz verliert einen wichtigen Prozeß!

Die Betriebsarbeit in der Allianz hat sich entwickelt:

1. Aufgrund der **allgemeinen politischen Einschätzung**, daß ein zentraler Schwerpunkt von Frauenlohnarbeit im Verwaltungsbereich besteht. Diese Einschätzung leitet sich ab aus den anhaltenden Umstrukturierungen im tertiären Sektor, der gekennzeichnet ist durch intensive Rationalisierungs- und Automatisierungstendenzen und -maßnahmen. Hier findet ein Prozeß der Vergesellschaftung von Arbeit und massenhafter Zusammenpferchung von weiblichen Arbeitskräften statt, der seinen Ausdruck in der Existenz von Schreibsälen und Großraumbüros findet. Die Arbeit, der die Frauen ausgesetzt sind, ist aufgrund der immer weitergehenden Zerstückelung und Arbeitsteilung auf einfachste, monotone Routinearbeit reduziert. Hier bieten sich keinerlei Identifikationsmomente mehr. Die Arbeit ist total entfremdet und gleicht immer mehr der Situation eines Bandarbeiters.

Diese allgemeine Einschätzung findet besonders in Frankfurt ihren realen Ausdruck. Frankfurt ist eine typische Verwaltungsstadt, Zentrum von Banken und Versicherungen und soll in dieser Richtung weitergehend zu einer europäischen Metropole ausgebaut werden. Deshalb halten wir gerade auf Frankfurt bezogen diesen Büro-Ansatz politisch auch für so emminent wichtig.

2. Die Allianz stellte für uns einen Betrieb dar, der die allgemeinen Merkmale dequalifizierter Frauenarbeit sehr gut repräsentiert. Hinzu kommt, daß die Allianz nicht nur in Frankfurt existiert, sondern in anderen deutschen Großstädten. Es handelt sich hier um einen Großkonzern mit Monopolstellung.

In dem Betrieb gibt es eine Reihe von Schreibsälen und einige Großraumbüros, in denen zahlreiche deutsche Frauen, vorwiegend junge, arbeiten. Ihre Arbeit besteht im Tippen nach Platte mit Stöpseln in den Ohren. Sie wird durch ein zweifaches Kontrollsystem bestimmt. Zum einen – **Einzelakkord:** pro Tag ist eine festgelegte Anzahl von Briefen und Formularen zu erledigen. Die Anzahl der geschriebenen Briefe und Formulare ist in eine Liste einzutragen, die täglich abgegeben werden muß.

Zum anderen – **Aufpasserinnen,** die Arbeit zuteilen und zusätzliche Disziplinierungsfunktionen wahrnehmen, z. B. Pausen und Schätzen kontrollieren und unterbinden.

Diese monotone, dequalifizierte Arbeit und das bestehende Kontrollsystem ist in allen Schreibsälen gleich. Unterschiede beziehen sich lediglich auf die Anzahl der Frauen in den einzelnen Sälen und die Härte der Aufpasserinnen.

Diese Voraussetzung fanden wir sehr wichtig, da damit die Möglichkeit gegeben war, Konflikte nicht allein abteilungsgebunden, sondern auf alle Abteilungen bezogen zu sehen und auszutragen.

3. Die Allianz-Gruppe besteht seit 1973. Sie hat sich aus dem Betriebsansatz der RK-Frauengruppe entwickelt und anhand der kritischen Aufarbeitung bereits vorhandener Betriebserfahrungen aus der Neckermann-Arbeit ihr konkretes, politisches Konzept bestimmt:

Die wichtigsten Zielpunkte und Vorstellungen waren: Flugblätter klar, wenn sie betriebsspezifische Konflikte ausdrücken, jedoch nur mit den Frauen zusammen. D. h. man muß sich mit ihnen zusammensetzen und gemeinsam Flugblätter schreiben. Wir meinen, Agitation muß so ausgerichtet sein, daß diejenigen, an die sie gerichtet ist, sich auch aktiv dazu verhalten können. D. h. für uns, nicht nur hinnehmen und sagen: Ja, die haben Recht, und weitermachen wie vorher, sondern sich mit dem Inhalt des Flugblattes auseinandersetzen, diskutieren und überlegen. Dabei macht man bereits Erfahrungen miteinander. Wir glauben, daß dies eher erreichbar ist, wenn Frauen, die von der ganzen Betriebsscheiße anders als wir betroffen sind, dies auch selber ausdrücken. Dann wird es nämlich bedeutend konkreter und bietet auch für die, die sie lesen, andere Identifikationsmöglichkeiten.

Individuelle Kontakte sind wichtig und sinnvoll, reichen aber nicht aus. Unsere Vorstellungen gingen vielmehr dahin, aus diesen individuellen Kontakten Treffen mit allen Frauen, die wir aus den verschiedenen Abteilungen kennenlernen, herzustellen und so etwas wie eine Gruppe von Allianz-Frauen und uns zu bilden. Aus diesen Treffen heraus sollte sich ein Zusammenhang ergeben, der zuläßt, Aktionsperspektiven zu entwickeln und die Erfahrung von solidarischem Handeln ermöglicht und überhaupt – zeigt, daß es sich bei jedem einzelnen nicht um ‚Einzelschicksale' handelt und man was machen kann.

Wir meinten, daß bereits die Auseinandersetzung und Überlegung, ob man im konkreten Fall was machen will und wie oder was dagegen spricht, aktives Verhalten bedeutet, als erster Schritt.

Unser Ziel bestand ganz klar von Anfang an darin, so eine Gruppe aufzubauen, die auch ohne uns (wenn wir mal nicht mehr im Betrieb sind) in der Lage ist. als Gruppe weiterzubestehen und initiativ werden kann, wenn es um Putz geht.

Konkrete Arbeit in der Allianz

Schreiblistenkonflikt

Die Genossinnen (zwischen 3–9 schwankend) waren auf die einzelnen Schreibsäle verteilt. Hier bemerkten wir sehr bald, daß viele Frauen unheimlich sauer auf die Akkordlisten waren. Wir griffen diesen Punkt auf und schlugen ein Treffen mit Frauen aus den verschiedenen Zimmern und uns vor. Wir wollten gemeinsam überlegen, was gegen die Listen zu machen sei.

Das Treffen kam zustande. Wir erreichten schnell Übereinstimmung darin, daß die Listen abgeschafft werden müssen. Um das durchsetzen zu können, wurde beschlossen, einen öffentlichen Brief an die Geschäftsleitung und den Betriebsrat zu schreiben, der gleichzeitig von allen Frauen in den Schreibsälen unterschrieben werden sollte. Der Brief enthält die Forderung: **Die Listen sind schnellstens abzuschaffen.** Zwei Frauen übernahmen die Aufgabe, den Brief zu schreiben. Sie verglichen darin die Arbeit im Schreibsaal mit Fließbandarbeit. Gleichzeitig machtbn wir bei unserem ersten Treffen eine Stichwortsammlung über das, was uns alles in der Allianz stinkt. Hier kam sehr viel zusammen.

Auf unser Treffen reagierte die Geschäftsleitung prompt. Sie kündigte zwei Genossinnen und stellte sie als Linksradikale und Aufwieglerinnen dar. Dies löste zunächst Angst und Unsicherheit bei den Frauen in Bezug auf weitere Treffen und die geplante Unterschriftsaktion aus. Trotzdem kamen weitere Treffen und auch die Unterschriftensammlung zustande. Diese wurde zentral von einzelnen besonders aktiven Frauen aus den Schreibsälen durchgeführt. Ein Drittel der Frauen hat unterschrieben. Daraufhin sah sich die Geschäftsleitung zu einer „reformistischen Lösung" gezwungen. Sie setzte eine Kommission ein, bestehend aus zwei Aufpasserinnen, zwei Betriebsräten, zwei Geschäftsleitungsärschen und vier Frauen. Die Auswahl der Frauen erfolgte dabei sehr merkwürdig. Zunächst wurden aus jedem Saal je zwei Frauen, die unterschrieben und zwei, die nicht unterschrieben hatten, bestimmt. Aus dieser Gesamtzahl wurden vier „erkoren", wobei wiederum zwei unterschrieben hatten und zwei nicht.

Die Kommission sollte über die Abschaffung der Listen beraten! Zwei Monate später verkündete der Personalchef in jedem Schreibsaal höchst persönlich, daß die Listen ab Februar 1974 abgeschafft werden. Nicht wegen der gelaufenen „lächerlichen Aktivitäten", sondern weil sowieso eine Neuregelung der Schreibguterfassung geplant worden war. Der Betriebsrat meinte, nur ihm sei das Ergebnis zu verdanken.

Die Frauen reagierten darauf sauer. Sie fanden weder, daß der Putz von „Studentinnen" getragen worden war, noch daß der Betriebsrat was gemacht hatte. Sie begriffen das Ergebnis als Konsequenz ihrer eigenen Aktivitäten.

Dieses Ergebnis ist zusätzlich ein Erfolg gewesen, weil die Strichlisten in **allen** Allianzen der BRD daraufhin abgeschafft worden sind.

Treffen

Die Treffen mit den Frauen, die im Zusammenhang mit dem Strichlistenkonflikt erstmals zustandekamen, haben sich weiterentwickelt und sind heute fester Bestand der Betriebsarbeit. Sie machen sich fest an Diskussionen über den Betrieb und die beschissenen Arbeitsbedingungen, an aktuellen politischen Sachen wie Häuserkampf und FVV (hier kamen einige mit auf die Demos und kurzfristig klappte ein Schwarzfahrersyndikat), an Problemen mit Mann, Kindern (Erziehung, z. B. Kita-Diskussionen) und Frauenrolle. Die Auseinandersetzung mit uns und unserer Lebensweise hatte u. a. zur Folge, daß einige junge Frauen zusammenziehen wollen, um eine Wohngemeinschaft auszuprobieren.

Phonotypistinnenkurs

Die Allianz führt, dafür wirbt sie mit aufwendigen Annoncen, Maschinenschreibkurse durch. Der Zulauf zu diesen Kursen ist sehr stark, da die Allianz ein großes und bekanntes Unternehmen ist.

Hatte man einmal den Ausbildungs- und Arbeitsvertrag unterschrieben, war die Falle zugeschnappt. Die Frauen hatten sich damit verpflichtet, zwei Jahre bei der Allianz zu schaffen. Im Fall, daß man kündigt oder einem gekündigt wird in diesem Zeitraum, muß man 1.800 DM „Strafe" zahlen. Die Geschäftsleitung nannte das „Rückerstattung der Ausbildungskosten". In den zwei Jahren ist ein halbes Jahr Schreibmaschinenkurs enthalten. Diese Ausbildung nimmt pro Tag zwei Stunden in Anspruch, den Rest des Tages (sechs Stunden) verbringen die Frauen in der Registratur oder Ablage bei Arbeiten, die sonst jeder in den Abteilungen verweigert.

Durch die Knebelungverträge konnte es sich die Allianz bislang leisten, Phonoanfängerinnen ein ganzes halbes Jahr lang Tag für Tag vor den Bildschirm zu setzen oder sie Riesenstapel von Buchungsnoten abheften zu lassen. Und das für einen äußerst billigen Preis! Verdienen die Frauen in dem ersten halben Jahr 600 DM netto, was für Frauen mit Kindern, ledig oder geschieden, ein Hohn ist. Nach der Ausbildungszeit erhöht sich dieses tolle Gehalt um einen ganz lächerlichen Betrag.

Über diese unverschämten Verträge haben wir im Kurs immer wieder diskutiert. Aber erst recht nach der „Ausbildung", als wir alle in den Schreibzimmern saßen und uns klar wurde, daß wir uns mit dem gleichen Geld noch 1 1/2 Jahre zufriedengeben sollten. Wir rechneten uns aus:

1. Die Allianz verdient in diesen zwei Jahren einfach unverschämt an uns, im ersten halben Jahr werden wir für Arbeiten eingesetzt, für die sie wohl nur mit Schwierigkeiten Arbeitskräfte finden dürfte (für die „Ausbildung" erhält die Allianz Zuschüsse vom Arbeitsamt und zahlt praktisch nichts). In der restlichen Zeit verdienen sie irre an uns, weil wir an die Bindungsfristen gefesselt sind und damit die Löhne einfacher gedrückt werden können.



2. Diese Art von Verträgen gibt es nicht nur in der Frankfurter Allianz, sondern in allen Allianzen in der BRD. Damit gewinnt diese Methode der Lohndrückerei enorme Dimensionen.

Das hieß ganz klar: Abschaffung der Verträge muß für den Allianz-Konzern ein Riesenverlust sein.

Während der Diskussionen meinten viele Frauen, es wäre am sinnvollsten, wenn wir damit anfangen würden, daß eine der Betroffenen die Bindungsfrist durch eine Kündigung durchbricht und sich von der Allianz verklagen läßt.

Uns war klar, daß wir mit Putz allein dieses Mal wenig Aussicht auf Erfolg haben würden in Anbetracht der Bedeutung der Verträge für die Allianz. Zudem hatten wir rausgefunden, daß es vereinzelt Frauen gelungen war, auszusteigen. Diese Frauen hatten häufiger ihren Mund aufgemacht. Die Allianz ließ Ausnahmeregelungen in solchen Fällen zu (z. B. Ratenrückzahlungen, Reduzierung des Gesamtbetrages . . .), da sie offenbar Unruhe vermeiden wollte. Ein Prozeß schien uns am geeignetsten dafür, für alle eine verbindliche Regelung zu schaffen.

Kündigung

Als eine der Genossinnen dann ihre Kündigung einreichte, reagierte die Geschäftsleitung panisch. Vorgewarnt durch vorangehende Kündigungen, wo zwei Frauen das Geld auch nicht zurückzahlen wollten, sperrte man ihr ohne Vorwarnung das Gehalt von zwei Monaten, vorbeugend. Sie bauten dabei auf Unkenntnis vom Arbeitsrecht und hofften, mit ihren üblichen Einschüchterungsmethoden Erfolg zu haben. Irrtum! Es wurden fast täglich Verhandlungen im Personalbüro mit der Genossin geführt, der Betriebsrat war hier immer als „Zeuge" anwesend. Die Genossin bestand auf der sofortigen Auszahlung der gesperrten Gehälter und machte klar, daß sie nicht bereit wäre, die 1.800 DM zu zahlen. Die Geschäftsleitung versuchte es daraufhin mit einer anderen Taktik: sie zählte die Vorteile, die die Allianz bieten könnte (Gratifikation, Aussicht auf höheres Gehalt) auf. Als die Typen merkten, daß all das nichts an der Kündigungsabsicht änderte, zogen sie ihr „großzügiges" Angebot der Rückzahlung von „nur" 1.000 DM zurück und verklagten die Genossin auf den gesamten Betrag.

Ein wichtiger Grund hierfür war wohl inzwischen, daß die Geschäftsleitung wußte: im Fall einer Erlassung des Geldes würde die Genossin die anderen Betroffenen informieren. Hier handelte es sich nicht um ein stillschweigendes Abkommen.

Um die Zustände während unserer Ausbildung und das Verhalten der Personalabteilung zu veröffentlichen, schrieben wir einen Bericht, der in der Betriebszeitung, die monatlich erscheint, abgedruckt wurde. Da auch einige Aufpasserinnen zum Betriebsrat gehören, wurde die Zeitung zunächst nicht, wie üblich, verteilt. Erst als Nachfragen aus den Schreibzimmern kamen, sahen sie sich gezwungen, die Zeitung rauszurücken.

Einige progressive Mitglieder des Betriebsrates zeigten von vornherein ein starkes Interesse an einem Prozeß. Sie begriffen ihn auch als Möglichkeit, die Phono-Ausbildungsverträge abzuschaffen. Und legten der Genossin nahe, die Sache über die Gewerkschaft laufenzulassen.

Der Prozeß

Der Prozeß gegen die Allianz wurde bereits in erster Instanz gewonnen. So einfach war die Rechtslage. Es wurde entschieden, daß die „Auszubildende" keinerlei Rückzahlungsverpflichtungen an die Allianz habe mit der Begründung: allen Auszubildenden stehe grundsätzlich eine Vergütung zu, die nicht zurückverlangt werden kann. Darüberhinaus seien Ausbildungsverträge, die Rückzahlungsklauseln enthalten, ohnehin zweifelhaft. Dies sei allenfalls bei Fortbildungsverträgen zu akzeptieren. Selbst da allerdings nur in einer Form, die einen Interessenausgleich zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber beinhaltet. Klauseln, die die Arbeitnehmerseite eindeutig übervorteilen, können vom Gericht inhaltlich kontrolliert und abgeändert werden. Das heißt in unserem Fall: Die Allianz kann, falls sich das dann überhaupt noch für sie lohnt, die Ausbildung weiterlaufen lassen, die bestehenden Ausbildungsverträge aber auf den Müllhaufen schmeißen.

Ob und wie schnell und konsequent das jedoch tatsächlich passiert, hängt vom Betriebsrat und den Vertrauensleuten ab, die diesbezüglich Versprechungen gemacht haben und von den Frauen, die von den Verträgen noch betroffen sind. Auf der jetzt bestehenden Grundlage ist Putz allerdings sehr erfolgversprechend, falls Verzögerungstaktiken eingesetzt werden.

Danach

Wir haben sofort das Ergebnis in einem Flugblatt veröffentlicht. Die Reaktion darauf war natürlich sehr positiv. Viele Frauen blieben bei uns stehen, quatschten mit uns über das Prozeßergebnis und freuten sich über das Urteil gegen die Allianz und darüber, daß der Richtige was auf den Deckel bekommen hat. Die Frauen von der Gruppe und die Genossinnen berichteten hinterher, daß in den Schreibzimmern eine starke Spaltung zwischen den Aufpasserinnen und den Frauen entstanden war. Die Aufpasserinnen waren stinksauer über das Flugblatt und überhaupt, daß da welche von „ihren" Phonotypistinnen es gewagt hatten aufzumucken. Noch saurer waren sie aber wahrscheinlich über die Frauen in den Abteilungen, die sich den ganzen Tag darüber unterhielten und sichtlich froh waren. Trotz intensiver Spaltungsversuche der Allianz (von Tisch zu Tisch gehen und einzelne bearbeiten) waren sie sich einig, daß die Verträge ersatzlos abgeschafft werden müssen, daß man für einen solchen Hungerlohn keine zwei Jahre arbeiten kann, und daß man wenigstens gehen können muß, wenn man selbst will und nicht, wenn es der Firma paßt.

Am gleichen Nachmittag lagen auf den Stechuhren Stapel von Gegen-Flugblättern, von Geschäftsleitung und Betriebsrat unterschrieben. Der Wisch war Ausdruck totaler Ohnmacht. Über 1 1/2 Seiten empörte sich die Allianz, wie man es wagen könne, der Personalabteilung zu unterstellen, sie bediene sich unsauberer Machenschaften und umgehe gar die Ausbildungsgesetze (was ja klar erwiesen ist) und wolle auf diese Art und Weise an billige Arbeitskräfte herankommen. Von all dem könne natürlich keine Rede sein. Das Flugblatt endete mit dem Hinweis, die Allianz werde selber ‚ihre' Angestellten über den weiteren Verlauf in „sachlicher Informationsweise" auf dem laufenden halten. Die Frauen grinsten über das Flugblatt. Die Absicht war zu offensichtlich und die Niederlage zu deutlich. Diesen weiteren Verlauf wird es wohl auch kaum geben.

Wir erfuhren, daß nach dem Prozeß zwischen der Rechts- und der Personalabteilung der Allianz heftige Kontroversen entstanden sind. Die Rechtsabteilung wirft der Personalabteilung vor, daß sie sich überhaupt auf diesen Prozeß aus lauter Sturheit eingelassen hat, da das Ergebnis doch voraussehbar war. Und jetzt „katastrophale" Folgen für alle Allianzen in der BRD unvermeidlich seien.

Der Betriebsrat informierte, daß, sobald das Urteil rechtskräftig sei, die Verträge überall in der BRD geändert werden würden. Hierüber haben bereits Besprechungen zwischen allen Betriebsräten auf Bundesebene stattgefunden.

Bindungsverträge, wie sie die Allianz anbietet, gibt es auch in anderen Betrieben. In Frankfurt z. B. bei Neckermann (hier wollen wir auch ein Flugblatt verteilen). **Es ist deshalb wichtig, die Verträge, die man hat, daraufhin zu prüfen!** Gegen solche illegalen Methoden läßt sich relativ einfach was machen!

In diesem Fall sind Gewerkschaft und Betriebsrat auch zu beachten. Die Gewerkschaft hat bei uns ziemlich gut reagiert. Sie hat den Prozeß geführt, d. h. Anwälte gestellt und die Prozeßkosten vorläufig übernommen. Außerdem konnte sie uns genauere Informationen geben, da sie sich im Arbeitsrecht auskennt.

Wir denken aber, daß die Aktivitäten, die der Betriebsrat jetzt startet, allein nicht ausreichen. Die Allianz gibt es in anderen Städten: München (Hauptzentrale), Düsseldorf, Köln etc. **Wir würden es deshalb toll finden, wenn jeweils eine Gruppe aus diesen Städten bereit wäre, unsere Flugblätter über den Prozeß auch dort zu verteilen. Wichtig wäre für uns, wenn beim Verteilen Gespräche mit Kurs- und Schreibzimmerfrauen zustandekommen und wir etwas über ihre Reaktion auf den Prozeß erfahren könnten.**

Bitte, schreibt sofort an die WIR WOLLEN ALLES-Redaktion, wenn ihr verteilen wollt. Wir schicken die entsprechende Anzahl Flugblätter und können euch auch Informationen geben.

Allianz-Frauengruppe, Ffm.

ARBEITSKAMPFRECHT UND AKTIVE BETRIEBLICHE STREIKABWEHR

– Wie die Unternehmer die Streikabwehr planen –

Die folgenden Auszüge aus einer Studie vom 5. 2. 74 erschienen in der Zeitschrift „Das Personalbüro", sollen deutlich machen, mit welcher Präzision sich das Kapital auf Streiks vorbereitet. Die Auseinandersetzungen bei FORD und JOHN DEERE im Sommer 73 waren keineswegs „wilde Reaktionen" von in Panik geratenen Unternehmen, sondern bis ins kleinste Detail vorgeplante Einsätze zum Zerschlagen von „wilden Streiks".

Die Studie beginnt mit folgender Einleitung:
„Eine aktive betriebliche Streikabwehr ist nur möglich, wenn rechtzeitig entsprechende innerbetriebliche Vorbereitungen getroffen werden. Dazu ist die Einrichtung einer zentralen Streikabwehrleitung erforderlich, die die entsprechende betriebliche Planung und alle personellen Maßnahmen leitet und koordiniert."
Der erste Teil der Studie ist eine Abhandlung über den neuesten Stand des Arbeitskampfrechtes. Demnach ist nach § 74 BetrVg dem Arbeitgeber und dem **Betriebsrat** untersagt, Arbeitskampfmaßnahmen gegeneinander zu führen. In seiner Eigenschaft als Betriebsrat muß dieser sich im Fall eines Arbeitskampfes **neutral** verhalten, weder darf er ihm zur Verfügung stehende **Hilfsmittel** (Büro, Telefon und dergl.) benutzen, noch **Solidaritätsaufrufe oder Streikaufrufe** unterzeichnen.

Im Falle von Streiks entfällt weiterhin dem Arbeitgeber die Verpflichtung zur **Lohn- und Gehaltszahlung**, dies gilt auch für Arbeitswillige und selbst für vor dem Arbeitskampf **arbeitsunfähig** gewordene Arbeiter, auch darf kein **Arbeitslosengeld** oder **Arbeitslosenhilfe** gewährt werden. Das Einschreiten von **Polizei** ist dann gerechtfertigt, wenn die unmittelbare Gefahr besteht, daß Streikposten die mit Strafe bedrohten Handlungen der Gewalttätigkeiten aus einer Menschenmenge (§ 125, 125a STGB), der Volksverhetzung (§ 130 STGB), der gefährlichen Körperverletzung (§ 223a STGB), der Nötigung in besonders schweren Fällen (§ 240 STGB), der rechtswidrigen Zerstörung von Gebäuden usw. (§ 305 STGB) begehen.

Nachdem man diese „Sachverhalte" geklärt und das Recht auf seiner Seite weiß, widmet sich der Autor im zweiten Teil der Abhandlung der aktiven betrieblichen Streikabwehr.

Daraus sind folgende Stellen entnommen.

1. **Rechtzeitige Vorbereitung** hinsichtlich personeller Maßnahmen:
   – welches Personal (welche Qualifikation?) ist zur Aufrechterhaltung eines Mindestbetriebes erforderlich?
   – Wie groß wird der Arbeitnehmeranteil sein, mit dessen Weiterarbeit im Streikfall wahrscheinlich gerechnet werden kann (arbeitswillige, nicht vom Streik erfaßte Arbeiter)?
   – Wie können diese Arbeitnehmer eingesetzt werden (Umsetzungs- und Vertretungsmöglichkeiten prüfen)? Eine entsprechende nach Betrieben und Betriebsabteilungen aufgegliederte Übersicht aufzustellen und zur Personalabteilung geben.
   – Vorbereitung für Einsatz fachfremden Aushilfepersonals (Einweisungsunterlagen, Bedienungsanleitungen) treffen.
   – Alle Arbeitnehmer listenmäßig nach Wohnort und möglichen Fahrgelegenheiten erfassen.
   – Transportmittel zum Abholen der weiterarbeitenden Arbeitnehmer bereitstellen. Unter Umständen Stadtpläne vorbereiten, auf denen die Wohnungen der auf jeden Fall abzuholenden Arbeitnehmer vermerkt sind.
2. **Streikabwehrleitung**
   Zur Durchführung der notwendigen Streikabwehrmaßnahmen muß ein Team gebildet werden, welches koordiniert und mit Entscheidungbefugnissen ausgestattet ist. In der Regel werden der Streikabwehrleitung der **Werksleiter, Personalleiter, der technische Leiter** und **der Leiter der betrieblichen Information** angehören.
   Die Streikabwehrleitung benötigt ein Büro. Dieses muß personell und technisch optimal ausgestattet sein (genügend Telefonanschlüsse, Fernschreiber, Tonbandgeräte, Funksprechanlange, genügend Bargeld!). Außerdem ist für ein gut



   funktionierendes Verständigungssystem im Werk zu sorgen. Schneeballsystem: A ruft B, C und D an, diese die nächste Stufe der Betriebshierarchie usw.
   Grundregel:
   Nie provozieren lassen, keinen Streit suchen, keine Kontakte abbrechen lassen. Unnötige Diskussionen vermeiden, schnell reagieren und Anordnungen treffen, jede Anordnung und Herausgabe von Nachrichten protokollieren.
3. **Maßnahmen bei Demonstrationen**
   Wichtig ist: so schnell wie möglich Kontaktaufnahme mit den Streikenden, sie ins Gespräch ziehen. . . Es kann so auch ein Solidarisierungseffekt der Belegschaft verhindert werden. Insbesondere ist darauf zu achten, daß aktive Agitatoren **eliminiert** werden. Keine Duldung von **Streikpropaganda** auf dem Werksgelände. Dazu gehört auch die Abhaltung anderer von der Arbeit, das Verbreiten von Streikparolen u. ä. Die betreffenden Arbeitnehmer können vom Werksgelände verwiesen werden. Bei rechtlich zulässigen Maßnahmen wird man jedoch immer die mögliche Konsequenz einer Eskalation oder weiteren Anheizung der Stimmung im Auge behalten müssen.
4. **Offenhalten der Werkstore**
   Erfolg oder Mißerfolg der betrieblichen Streikabwehr hängt vielfach davon ab, ob es gelingt, den Zugang zum Werksgelände offenzuhalten. Dabei ist entscheidend, daß bei Streikbeginn sofort für die Arbeitswilligen der ungehinderte Zugang zum Betrieb möglich ist. Spätere Maßnahmen können wirkungslos sein.
   An folgende Punkte ist zu denken:
   – Lautsprecheranlagen bereitstellen
   – Absperrvorrichten bereitstellen
   – Verbindung mit den zuständigen Polizeidienststellen aufnehmen
   – Die mit der Offenhaltung beauftragten Personen über ihre Aufgaben und strafrechtlichen Grenzen des Streikrechts belehren
   – Vorbereitung für Dokumentationsarbeit an den Werkstoren treffen.
   – Schaffung weiterer Werkszugänge
5. **Streikdokumentation**
   – alle wichtigen Vorfälle (Streikausschreitungen, Sachbeschädigungen und dergl. mit Uhrzeit und Datum) festhalten. Beweismittel sichern, Zeugenaussagen schriftlich fixieren, möglichst Bilddokumente sammeln.
   – Weiterleitung der gesammelten Unterlagen an den zuständigen Arbeitgeberverband.
6. **Behandlung einzelner Arbeitnehmergruppen im Arbeitskampf**
   Bewährt hat sich die Einbeziehung der **leitenden Angestellten** in die Streikabwehrvorbereitungen. Diesen vor allem notwendige Informationen zukommen lassen. Innerbetriebliche Informationsarbeit wichtig zu folgenden Themen: Ablauf der Tarifverhandlungen, allgemeine wirtschaftliche Daten, spezielle Lage des Unternehmens. Besonders hat sich der Einsatz leitender Angestellter vor den Werkstoren bewährt. Dabei können folgende Maßnahmen zweckmäßig sein:
   – Anderer Schichtwechsel als die übliche Belegschaft.
   – Diskussionen mit Streikposten, auch Durchschleusen von Arbeitswilligen.
   – Bereitstellen eines Frage- und Antwortkatalogs für leitende Angestellte zur Diskussion mit Streikenden.
   Die Erfahrung hat gezeigt, daß in einer Streiksituation auch der persönliche **Einsatz der unteren Führungskräfte** – Meister, Vorarbeiter – wegen des engeren Kontakts zu ihren Untergebenen von großer Bedeutung ist.
   Entscheidend ist für den Erfolg, ob es gelingt, den Kreis der **Arbeitswilligen** möglichst groß zu halten. Dabei ist es wichtig:
   – die Arbeitswilligen über alle wichtigen Einzelheiten des Kampfes zu informieren
   – Vorsorge für deren Schutz zu treffen
   – den Arbeitswilligen gegebenenfalls bei besonderer Belastung eine zusätzliche Vergütung gewähren.
   Jeder Betrieb wird prüfen müssen, ob er Arbeitswillige, die er nicht beschäftigen kann, nicht trotzdem voll bezahlt. Zur Kontrolle sollte vor dem Betrieb Sammelstellen für Arbeitswillige eingerichtet werden.
   Auszubildende dürfen sich nicht am Streik beteiligen. Tun sie es dennoch, ist dies ein Grund für fristlose Entlassung. Diese sollte aber nach Möglichkeit verhindert werden. Stattdessen empfehlen sich Einzelmaßnahmen:
   – Unterrichtung der Ausbilder und Eltern über die Rechtslage
   – Information der Berufsschule, des Betriebsrates
   – Umstellung auf theoretischen Unterricht
   – Überlegungen über betriebliche Reaktion auf Rechtswidriges Verhalten
   Ausländische Arbeitnehmer waren, wenn sie an Streiks beteiligt waren, oft besonders radikal. Sie wurden oft bei der Sperrung der Werke eingesetzt. Nach jüngsten Erfahrungen empfiehlt es sich, die ausländischen Arbeiter besonders zu betreuen. Rechtzeitig sind deshalb folgende Maßnahmen zu treffen:
   – Bestellung eines verantwortlichen Beauftragten
   – Ausdrückliche Information über ihre Rechte und Pflichten
   – besondere publizistische Betreuung unter Darlegung des unternehmerischen Standpunktes
   – besondere Betreuung in Wohnheimen. Vorsorge, daß diese nicht Mittelpunkt gewerkschaftlicher Agitation werden.
7. **Verhältnis zur örtlichen Polizei**
   Auf Grund der bisher gesammelten Erfahrungen kann für den Erfolg oder Mißerfolg der Streikabwehr entscheidend sein, ob und wie die Polizei in den ersten Tagen des Streiks gegen illegale Handlungen vorgeht. Vorheriger persönlicher Kontakt zur Polizeiführung erleichtert diesbezügliche Entscheidungen.
   In der Praxis hat es sich auch als wirksam erwiesen, wenn die zuständigen Polizeibeamten nach Ausschreitungen der Streikposten auf die für die Durchführung des Streiks verantwortliche Streikleitung der Gewerkschaft einwirken, für einen ordnungsgemäßen Ablauf Sorge zu tragen.

Krise und Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse?

Der folgende Beitrag wurde auf dem Krisenseminar in München gehalten und diskutiert. Ihm liegt ein Verständnis von kapitalistischer Entwicklung zugrunde, das die Krise nicht nur als Konsequenz bloß ökonomischer Prozesse begreift (wie uns Altvater, Neusüss und die Genossen des Sozialistischen Buros mit ihrer objektivistischen Tendenzieller-Fall-der-Profitraten-Analyse weismachen wollen), sondern vor allem ***auch als Ergebnis*** *der Arbeiterkämpfe (siehe WIR WOLLEN ALLES Nr. 16, S. 13).*

Ausgehend davon stellt er den Versuch dar, die Möglichkeiten aufzuzeigen, die dem Kapital als Antwort auf die sich in den letzten Jahren entwickelte Arbeiterautonomie zur Verfügung stehen. Wir wollen jedoch einige Kritikpunkte und Problematisierungen vorausschicken, die z. T. Ergebnis der Diskussion in München sind.

Allgemein ist zu kritisieren, daß er bei der Analyse der ***Ursachen*** *der Krise die Rolle der Arbeiterklasse mit einbezieht, diese jedoch bei der Analyse der kapitalistischen* ***Lösungsmöglichkeiten*** *gänzlich außer acht läßt. Er stellt ausschließlich die Pläne und Strategien des Kapitals dar, ohne deren Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterkämpfe zu problematisieren und ohne auf die Konsequenzen für eine revolutionäre Strategie einzugehen. Das heißt, daß der Artikel nicht unmittelbar für die praktische Arbeit von Betriebs- oder Stadtteilgruppen verwendet werden kann. Indem er die zukünftige Bedeutung des unqualifizierten Massenarbeiters, wie sie unserem Begriff von Arbeiterautonomie zugrundelag, in Frage stellt, berührt er ein zentrales strategisches Problem unserer Theorie und Praxis.*

Fraglich bleibt:

- *In welcher Bewußtheit und auf welcher Ebene sich die Planung der Kapitalisten vollzieht. Stellen die multinationalen Konzerne schon eine Art „reellen Gesamtkapitalisten" dar, der darauf aus ist, die Arbeiter zu „demütigen", oder ergibt sich der Zwang zur Restrukturierung nicht auch bei ihnen mit aus den Gesetzmäßigkeiten der Konkurrenz?*
- *Inwieweit stößt der Zwang zur Restrukturierung auf finanzielle Grenzen? Muß das hierfür benötigte Kapital erst durch eine verschärfte Ausbeutung des Massenarbeiters produziert werden? Werden daher die Kämpfe des Massenarbeiters weiterhin eine materielle Basis haben, oder bedeuten die Streiks 1973 schon ihr Ende?*
- *Stellt die Requalifizierung mehr da als eine neue Arbeitsideologie? Stellt sich die Monotonie der Arbeit nach einer kurzen Übergangsperiode auf einer anderen Ebene wieder ein – wie bei Volvo, wo die FAZ vom 22. 6. 1974 feststellt, „daß – wenn auch auf einem höheren und erweiterten Niveau – jene Routine die Szene beherrscht, die in einer industriellen Fertigung unvermeidlich und im Interesse des Produkts auch erwünscht ist"?*
- *Bringt die Strategie der Requalifizierung dann nur eine zeitliche Verschiebung des Problems?*

Literatur zu dem Problem, wer warum wie die Arbeit organisiert: Fritz Brand, „Die Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland", Verlag Association, Hamburg, Juni 1974. Dort ist auch weitere Literatur mit Angabe der Schwerpunkte der Bücher aufgeführt.

Krise und Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse?

In den meisten Beiträgen zur aktuellen Krise, so auch in den Beiträgen, die zum Münchner Krisenseminar vorher schriftlich verschickt wurden, finden sich nur am Rande oder keine Hinweise zu dem **Zusammenhang zwischen** dieser **Krise und** Ansätzen zur **Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse** auf internationalem Niveau oder in einzelnen Bereichen des internationalen Kapitals.

So findet sich z. B. in einem Beitrag über die Arbeiterklasse der USA beispielhaft eine Beschreibung der Kämpfe der Arbeiter des neuen Vega-Werkes von General Motors in Lordstown/Ohio. Es wird beschrieben, daß die Arbeiter gegen die ungeheuer verschärfte Arbeitshetze am Fließband neue Kampfformen entwickelt haben, die sich im Zeitraum 1970–1973 bis hin zur offensiven und kollektiven Zerstörung von ganzen Tagesproduktionen eskalierten, so daß man gezwungen war, diese Kämpfe offiziell zur Kenntnis zu nehmen.

Ein neuer Arbeitertypus vor allem junger Industriearbeiter sei im Entstehen, der die Konzerne, vor allem die Automobilindustrie, zu „neuen Lösungen' zwänge, konnte man in den Kapitalgazetten lesen. Und die New York Times sprach von „weitgehenden Auswirkungen auf die gesamte amerikanische Industrie". Ein Gewerkschaftsfunktionär: „Diese Burschen haben sich zu Tigern entwickelt." Was aber erst recht nicht in den Zeitungen steht (zumindest nicht im Zusammenhang mit den Kämpfen), was auch in dem oben genannten Beitrag fehlt, ist die Frage, wie es General Motors gelungen ist, die Arbeitshetze in diesem Vegawerk von 55 Autos in der Stunde auf 100 zu verschärfen, wie der kapitalistische Gebrauch der Maschinerie und wie der kapitalistische Gebrauch von Technologie und Wissenschaft gegen die Arbeitskraft aussah, als sich die Kämpfe derart verschärften und das dies alles zusammengehört.

General Motors setzte nämlich an den „störanfälligsten" Arbeitsplätzen, den Schweißarbeitsstellen, Industrieroboter ein, die diese Arbeiten nicht nur automatisch erledigen, sondern im Arbeitsrhythmus erheblich schneller sind. Und damit die Kollegen diesen neuen Arbeitstakten auch gerecht werden konnten, wurden ihre Arbeitsplätze mit Hilfe der analytischen Arbeitsplatzbewertung und Methoden der wissenschaftlichen Arbeitsphysiologie derart umgestaltet, daß alle „überflüssigen Bewegungen" wegfielen und man die Taktzeit auf 40 Sekunden herunterschrauben konnte. Gleichzeitig wurden gleich einige hundert Kollegen entlassen. Und wenn dann vom

Kapital selbst von „neuen Lösungen" gesprochen wird und das in einer Situation, wo es gezwungen ist einzusehen, daß sich sein politisches Programm der dequalifizierten Massenarbeit, der entwickeltsten Formen des Taylorismus, de facto ins Gegenteil verkehrt hat, nämlich den offensiven kollektiven Kampf der Massenarbeiter, dann kann es gar nicht anders als versuchen, mittels neuer Varianten des kapitalistischen Gebrauchs der Maschinerie die soziale Basis für diese Kämpfe zu zerschlagen, die Arbeiterklasse neu zusammenzusetzen und zwar über den unmittelbaren Produktionsprozeß.

Die zweite Möglichkeit, die das Kapital hat, um die Arbeiterklasse neu zusammenzusetzen, ist der Arbeitsmarkt. In einem weiteren Beitrag zu diesem Seminar, dem Beitrag eines italienischen Genossen zur Energiekrise, heißt es in einer sehr kurzen Nebenbemerkung, daß der Erdölimperialismus in den 50er Jahren eine sehr spezifische breite Politik betrieben hat – und zwar auf internationaler Ebene –, im Zuge derer nämlich die Montanarbeiter, die Bergarbeiter, aus dem Sattel gehoben werden sollten. **Der Erdölimperialismus produziere jetzt eine ähnliche Krise, um die rebellische Franktion der internationalen Arbeiterklasse, die Automobilarbeiterklasse, zu demütigen.**

Leider wurden diese wichtigen Hypothesen nicht weiterentwickelt und leider fehlt in diesem Beitrag jeglicher Hinweis über den Zusammenhang zwischen Energiekrise und Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse. Wir müssen aber, wenn wir einen bestimmten Aspekt der Krise, die Erdölkrise, diskutieren wollen, fragen, warum in den letzten beiden Jahren 50 Mrd. Dollar im Erdölsektor uminvestiert worden sind. In dem Beitrag heißt es, diese Strategie des Erdölkapitals sei lediglich eine der Diversifizierungen, also der Durchdringung benachbarter Industriezweige (Erdgas, Kerntechnik, etc.), um mangelhafte Investitionen der letzten zehn Jahre auszugleichen.

Nur ganz am Ende des Beitrags gibt es den allgemeinen Hinweis, **die Erdölkrise könnte etwas mit der Zerschlagung der Arbeiterklasse in den fortgeschrittenen Ländern und der Massen des arabischen Proletariats zu tun haben**, ohne daß genauere Ausführungen zum **Kampf des internationalen Kapitals gegen die Automobilarbeiter gemacht würden.**

In einem weiteren Beitrag eines anderen italienischen Genossen wird festgestellt, die gegenwärtige globale Krise sei Ausdruck eines differenzierten Restrukturierungsprojekts der multinationalen Konzerne, sie stelle den Versuch dar, auf internationaler Ebene einen neuen Schritt zur Organisierung der politischen Macht zu formieren und die Qualität der aktuellen Krise unterscheide sich von den vergangenen dadurch, daß keine entscheidenden Veränderungen der Kommandostruktur des Kapitals im unmittelbaren Produktionsprozeß zu erwarten sei. Wörtlich: „Es handelt sich nicht um Neuerungen, die so vielversprechend wären, daß sie zu einem massiven Zufluß von Investitionen und Unternehmerkapazität auf bestimmte Sektoren lenken würden."

Möglicherweise haben diese Genossen recht für die italienische Situation. Auf die bundesrepublikanischen Verhältnisse lassen sich diese Thesen allerdings nicht verallgemeinern. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß alle diese Beiträge zumindest implizit zu der Schlußfolgerung kommen, **die aktuelle Krise des internationalen Kapitals als Projekt der Restrukturierung des Kommandos über die internationale Arbeiterklasse** basiere im wesentlichen auf Mechanismen, die **nicht** die Umwälzung des unmittelbaren Produktionsprozesses, die **nicht** den kapitalistischen Gebrauch der Maschinerie gegen die Arbeiterklasse oder einen Teil der Arbeiterklassen beinhalten. Dieser Auffassung kann nicht zugestimmt werden. Die Prozesse bedürfen erheblicher Differenzierung. Das soll im Ansatz versucht werden.

Die Frage lautet also: Was ist der Inhalt des neuen, aktuellen Krisenzyklus? Und wenn nicht pauschal und verkürzt gesagt werden soll: **es ist eben ein Angriff auf die Arbeiterklasse**, dann müssen wir uns in Erinnerung rufen, welche Umwälzungen in der europäischen und internationalen Arbeiterklasse seit 1969 eingetreten sind. Es kann wohl vorausgesetzt werden, daß in den Kämpfen der Fiat-Arbeiter seit 1969, den Kämpfen der französischen Automobilarbeiter, aber auch der amerikanischen, bis hin zu den Augustkämpfen 1973 in der BRD sich ein Zyklus von Arbeiterkämpfen manifestiert hat, der qualitativ neu war und der Voraussagen bestätigt hat, wie sie von verschiedenen **operaiistischen Gruppen** seit Ende der 50er Jahre formuliert wurden. Wir müssen uns klar darüber sein, daß die neuen Kampfformen seit 1969 einen über 60 Jahre alten Zyklus der Ausbeutungsform beendet hat, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts (1913) mit Ford und Taylor begonnen hat. Sein wesentliches Merkmal bestand darin, die Arbeitskraft durch neue Formen der Arbeitsteilung so einzusetzen, daß sie jeder unmittelbaren Kontrolle über den Arbeitsprozeß, den Arbeitsablauf und die Arbeitsinhalte verlustig ging. Dieser 60jährige Zyklus, den als solchen das Kapital durch zwei Weltkriege durchgesetzt hatte, dieser Zyklus ist durch die Manifestationen der Fiat-Arbeiter usw., durch den „blue-collar-blues" an den Fließbändern von General Motors, Chrysler und Ford und nicht zuletzt durch die Ereignisse in Westdeutschland im Jahre 1973 abgeschlossen worden.

Seit dieser Zeit beginnen auf der Seite des internationalen Kapitals und bei seinen Ausschüssen Diskussionen, Forschungsprojekte und Versuche zur Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse. Seit 1970 sitzen die Manager von Ford, Volvo, Saab, Agnelli usw. zusammen, um das Phänomen der organisierten Arbeitsverweigerung, die gezielten Zerstörungsaktionen im Produktionsprozeß und die neuen Kampfformen der Arbeiter gegen die vollentwickelte tayloristische Form der Arbeitsteilung zu diskutieren und Ge-

a) Job enlargement (Arbeitserweiterung)
Der einzelne Arbeiter bekommt ein größeres Arbeitsgebiet zugeordnet. Er montiert z. B. nicht nur ein bestimmtes Teil, sondern mehrere verschiedene, bis zu einer Teilgruppe. Das hat den Vorteil, daß er selber sorgsamer arbeiten muß, weil sonst das nächste, von ihm einzubauende Teil nicht paßt. Er muß seine Arbeit selbst kontrollieren. Die versprochene Humanität ist auch sonst nicht überragend: Die Arbeiten, um die sein Job erweitert worden ist, sind alle ähnlich monoton (repetitiv). Statt einer stumpfsinnigen Arbeit macht er in festgesetzter Reihenfolge mehrere. Der Charakter der Arbeit wandelt sich kaum; die Ergebnisse der Leistungssteigerung sind entsprechend mager.
b) Job rotation (Arbeitsplatzwechsel)
Die Arbeiter bleiben nicht mehr ständig an „ihrer" Maschine oder ihrem zugewiesenen Arbeitsplatz, sondern werden auf mehreren Arbeitsplätzen angelernt. Ähnlich wie heute die „Springer" am Band. Im Prinzip das gleiche wie job enlargement. Statt einer, mehrere monotone Arbeiten hintereinander. Nur mit dem Vorteil, daß hier nicht die Arbeit verändert zu werden braucht, sondern die Taktzeiten gleich bleiben können, weil die Leute umgesetzt werden können.
c) Job enrichment (Arbeitsbereicherung)
Hierbei bekommt der einzelne Arbeiter nicht nur einen größeren Arbeitsbereich, sondern in kleinem Rahmen „Verantwortung". Er muß kleinere Reparaturen selbständig ausführen und die Arbeitsergebnisse kontrollieren. So entfallen Meister (Kontrolle) und Instandhaltungsarbeitsplätze, da ein Teil dieser Funktionen wieder auf die Arbeiter zurückverlagert wird. Voraussetzung ist, daß diese Kontroll- und Reparaturarbeiten standardisiert sind. Über diese Arbeitsform wird versucht, den Überblick der Arbeiter über die unmittelbare Produktion zu nutzen und produktiv einzusetzen. Es gibt keine Anweisungen mehr, die er mit seiner besseren Kenntnis des Arbeitsablaufes austricksen kann; er wird gezwungen, diese Tricks und Kenntnisse in der Arbeit direkt einzusetzen, um sie bewältigen zu können.

genstrategien zu entwickeln. Daß diese Diskussionen zu Ergebnissen führen, hat sich als Erkenntnis langsam bei uns durchgesetzt. Die Genossen, die das als erste erkannt haben, waren die Genossen von **Potere Operaio, indem sie feststellten, das Kapital arbeite an einer Strategie der Requalifizierung der Arbeitskraft**, d. h. an einer partiellen Zurücknahme der dequalifizierten Arbeitskraft, weil das Kapital in seinen Zentralen zu dem Ergebnis gekommen ist, daß der dequalifizierte Massenarbeiter auf die bewußte Entfremdung vom Arbeitsprozeß und der Beseitigung praktisch aller Arbeitsinhalte durch den entwickelten Taylorismus mit einer weitgehenden und sich noch radikal verschärfenden Arbeitsverweigerung geantwortet hat. Und dieses „Phänomen" soll durch eine Requalifizierung der Arbeitskraft beantwortet werden.

Das Kapital sehnt sich wieder nach der Zeit von August Bebel, der **Zeit der II. Internationalen**, als sich die Arbeiter noch als professionelle Facharbeiter voll mit den von ihnen hergestellten Produkten identifizierten, ihre neun oder zehn Stunden arbeiteten, ihren „Sozialdemokrat" lasen und **im übrigen auf jede praktische gewaltsame Intervention gegen das damalige Produktionssystem des Kapitals verzichtet haben,** weil sie wußten, ihre „Klassenorganisation", die Organisation der Sozialdemokratie, wird die Kommandospitzen des Kapitals erobern und über einen verstaatlichten kapitalistischen Produktionsprozeß die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben.

Genau betrachtet ist hier festzustellen, daß vor 60 Jahren ein Prozeß einsetzte, der dem Arbeiterreformismus der II. Internationale den Boden de facto entzogen hat und der mit zum Reformismus der III. Internationale geführt hat. Neuerdings hingegen befindet sich das Kapital angesichts der entwickelten Arbeiterautonomie in einer Situation, wo es Strategien entwickeln muß, im Zuge derer durch Veränderungen in der Arbeitsstruktur mittels neuer technologischer Methoden eine Klassenbasis hergestellt werden muß, die es ihm ermöglicht, die Arbeitskraft zu disziplinieren, die Arbeitskraft durch den Glauben an die beschleunigte Entwicklung des Kapitals (was auch schon vor 60 Jahren irrtümlich Sozialismus geheißen wurde) reformistisch zu vereinnahmen.

Das Problem, um das es hier geht, läßt sich auch konkreter anhand aktueller Situationen westdeutscher Gruppen diskutieren. Das naheliegendste Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit wären die Ereignisse bei Ford im August 1973 und die Entwicklung der Kämpfe bei Ford **nach der Niederschlagung des Entstehens der ersten autonomen multinationalen Arbeitergruppe der BRD in der Aktion.** Wir wissen, wie die Arbeiterautonomie bei Ford unmittelbar auf Fabrikebene durch ein Zusammenspiel von Management, IG Metall, Betriebsräte, auch Vertrauensleute, Meister, Vorarbeiter, Werkschutz, schleswigholsteinische Bereitschaftspolizei und Spezialkommandos der Polizei in ihrer aktuellen Manifestation direkt unterdrückt wurde. Es war ein reiner und offener Klassenzusammenstoß, der in dieser Direktheit und Eindeutigkeit für BRD-Verhältnisse wirklich einmalig war. Gerade deshalb aber ist dieses Geschehen für unser Thema wichtig.

Was aber offensichtlich nicht jeder weiß, ist, daß seinerzeit die Zentralen der Gewerkschaften, vor allem der IG Metall, die Auseinandersetzungen, die bei Ford abliefen, zu dem größten Problem ihrer Nachkriegsgeschichte erklärt haben, daß sie ihre gesamte Intelligenz nach Köln geschickt haben, um dort die Situation wieder in den Griff zu bekommen. (Nach der Niederschlagung der Kämpfe sind die türkischen Arbeiter massenweise aus der IGM ausgetreten.) Und es ist wichtig, daß die Lösungsalternativen, die in diesen Gewerkschaftsdiskussionen auftauchten, Alternativen im Sinne der Veränderung der Arbeitsorganisation, im Sinne des **Jobenlargements (Arbeitserweiterung) und Jobenrichements (Arbeitsbereicherung), im Sinne der Requalifizierung der Arbeitskraft gewesen sind.**

Sofort nach den August-Ereignissen hat man im Zweigwerk Saarlouis der Fordwerke AG damit begonnen, die Arbeitsplätze am Fließband neu zu gestalten. Insbesondere begann man damit zu experimentieren, wie die Arbeitsbereiche **und** die Verantwortungsbereiche (Jobenlargemant; Jobenrichement) der einzelnen Arbeitsplätze zu erweitern wären. Beispielsweise sollen die Arbeiter (als Mitglieder einer homogenen Arbeitsgruppe) in der Federbeinmontage jeder ein komplettes Aggregat zusammenbauen. Die Gruppe soll dabei im Rahmen der Sollstückzahl, die durch das Motorenband vorgegeben wird, ihr Arbeitstempo und ihre Pausen selbst bestimmen. Alle 14 Tage diskutieren die gewählten Gruppenführer mit den Vorgesetzten über die Probleme dieser neuen Arbeitsform. Oder: In der Lackiererei übertrug man die Arbeit der Qualitätskontrolleure auf die Fertigmacher. Bald darauf hat man im Stammwerk Köln-Niehl ebenfalls ein Komitee gegründet, das diejenigen Arbeitsplätze auffinden soll, die sich auch dort für die Gruppenarbeit eignen.

Die Alternativen heißen also „Humanisierung des Arbeitslebens", z. B. durch den Aufbau homogener Arbeitsgruppen, innerhalb derer bestimmte Teilprodukte (wie Federbeine) selbständig hergestellt werden und wo nicht mehr extrem monotone Teilarbeit bzw. Taktarbeit verrichtet wird. Gleichzeitig heißt die Alternative eine reformistische „betriebsnahe Tarifpolitik" zu propagieren, deren Inhalte weitgehend dem gleicht, was die italienischen Gewerkschaften 1970/71 propagiert haben, um den Arbeiterradikalismus in Norditalien wieder unter Kontrolle zu bekommen.

Kurze Zeit später spielten ähnliche Überlegungen während der Lohnrahmenverhandlungen für die Metallindustrie Nordwürttemberg-Nordbaden eine zentrale Rolle. Mindestentlohnungszeiten von sechs Minuten je Stunde und eine Verlängerung der Taktzeiten auf mindestens 1,5 Minuten waren Bestandteil der Forderungen, „um die starke Belastung der Fließbandarbeiter" in den Montageabteilungen abzubauen. „Eine Realisierung dieser Forderungen", heißt es dazu in einer technischen Fachzeitung, „würde aber zwangsläufig erhebliche Schwierigkeiten beim Umtakten und Umstellen der vorhandenen Fließbänder und vor allem im Montagebereich eine enorme Steigerung der Personalkosten mit sich bringen. Denn bisher waren die Arbeiten mit sehr kurzen Taktzeiten wegen der einfachen Handgriffe in relativ niedrigen Lohngruppen eingestuft . . . Die Nachteile der lohnintensiven und damit teuren Montage werden dazu führen, daß innerhalb der Montageprozesse den automatisierten Montagemitteln in naher Zukunft eine erhöhte Bedeutung zugemessen werden muß . . . Die Verlagerung der Produktion oder von Teilen davon in Billiglohnländer wäre zwar eine Alternative zu dem zu erwartenden Kapitaleinsatz in der Montage; sie kommt aber für die meisten Betriebe aus **anderen** Gründen nicht in Betracht."

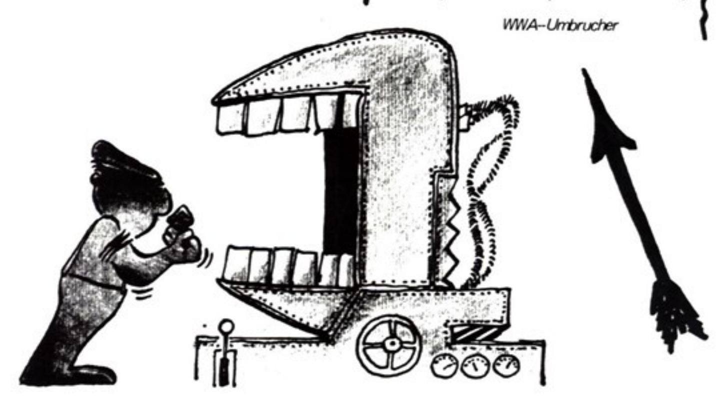
Im April dieses Jahres wurde für eine Fachtagung „Montage- und Handhabungstechnik 1974" mit dem Schwerpunkt „Neue Methoden und Techniken der Automatisierung bei der Werkstückhandhabung und Montage" hingewiesen mit der Bemerkung: „Seit dem vorigen Herbst ist gerade dieses Thema sehr aktuell geworden durch die Tarifvereinbarungen in Baden-Württemberg und Bayern."

Der Einsatz solcher Industrieroboter dient dazu, die monotonsten und am stärksten zur Rebellion führenden Arbeitsplätze zu beseitigen, damit andere monotone Teiloperationen homogenisiert und durch Jobenlargement usw. „humanisiert" und verschleiert werden können. Bereits 1971 hatten vor allem Daimler-Benz, Opel und BMW solche Industrieroboter (vorzugsweise als Schweißautomaten). Gleichzeitig wurde und wird in Japan, USA, Frankreich, England und in der BRD (bei Keller & Knappich, Quandt-Gruppe, Augsburg, und beim Luft- und Raumfahrtunternehmen VFW-Fokker in Bremen) fieberhaft an der Entwicklung und der Herstellung von billigen Mehrzweck-Robotern gearbeitet. Die wichtigsten Abnehmer 1972 in der BRD waren vor allem: Daimler-Benz, Stuttgart; VW, Wolfsburg; Keller & Knappich, Augsburg; Kugelfischer, Schweinfurt; AEG-Röhrenwerk, Ulm; Batteriefabrik Varta, Ellwangen; Badewannenfabrik Kaldewei, Ahlen. Allein die Herstellerfirma Unimate in USA will bis 1975 20.000 solcher Roboter verkaufen. Es gibt bei der IG Metall Studien, denen zufolge 80 % der westdeutschen Fließbandarbeitsplätze durch industrial handling (Roboter) automatisiert werden können, also der Massenarbeiter durch technologische Umwälzungen, die allerdings einen hohen Investitionsbedarf erfordern, zurückgenommen werden kann.

Gleichzeitig wird auf nationaler und internationaler Ebene (einschließlich der Ostblockländer) hektisch nach weiteren und differenzierteren Möglichkeiten der Requalifizierung der Arbeitskraft geforscht. Seit 1972 z. B. arbeiten im Rahmen des „Europäischen Koordinationszentrums für sozialwissenschaftliche Forschung und Dokumentation" der UNO (Sitz Wien) Vertreter aus fünfzehn Nationen an einem Projekt „Automation und industrielle Arbeitnehmer" (beteiligt sind: USA, UdSSR, Japan, BRD, Polen, Frankreich, England, Ungarn, Jugoslawien, Finnland, Schweden, Österreich, Italien, Dänemark). Umfangreiche empirische Vorerhebungen in den einzelnen Ländern sollen vor allem in der Fahrzeugindustrie angestellt werden, deren Ergebnisse im UNO-Rechenzentrum in Bratislava ausgewertet werden. Im westdeutschen Team sind vertreten: IG Metall (Abteilung Automation und Kernenergie); die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit und drei weitere Institute. Die Hauptaufgabe dieses Projektes ist es, die Neuzusammensetzung der Arbeit mit allen wesentlichen Komponenten (Arbeitsinhalte, Ar-

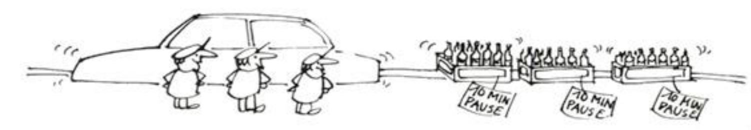
Genossen,
auf der letzten nationalen Redaktionskonferenz wurde erneut über die leidige Frage des Preises diskutiert. Es ist politisch nicht zu vertreten, den Preis bei 1,50 DM zu belassen; er würde den Schuldenberg von 15.000 dm auch nicht erheblich abtragen.
Es ist klar, daß die Zeitung sich nicht nur über den Verkaufspreis tragen kann.
Man beschloß deshalb, zu dem polit. Preis von 1,-- dm zurückzukehren und als Alternative dazu für einen verstärkten Spendeneingang und einen besseren Verkauf zu sorgen.
Uns ist klar, daß mehr Spenden und besserer Vertrieb nicht nur technisch anzugehen sind, sondern auch mit der polit. Funktion der Zeitung, der Identifezierung der Genossen mit ihr, zusammenhängen.
Genossen, warum spendet und verkauft ihr so wenig?
(Die Abo-Genossen werden gebeten, die bezahlten 6,--dm als erste Spende zu betrachten)

WWA–Umbrucher



beitsbedingungen, Lohnsysteme, Arbeitsformen, Rolle der „Arbeitnehmerorganisationen", die Einstellung zur Arbeit und Arbeitsfreudefaktoren, Freizeitverhalten der Arbeiter) in den einzelnen Ländern nicht nur zu vergleichen, sondern auch wissenschaftlich und konzeptionell in den Griff zu bekommen. Die Bundesanstalt für Arbeit z. B. mißt dem Projekt eine hohe Bedeutung zu.

Drei Möglichkeiten der Neuzusammensetzung der Arbeitskraft, der Zersplitterung der Arbeiterklasse und damit die Zerschlagung der neuen Kampfformen auf der Ebene des unmittelbaren Produktionsprozesses zeichnen sich aus der differenzierteren Strategiediskussion des Kapitals ab: Allen drei Hauptformen ist gemeinsam, daß das Fließband als ein System fest verketteter Arbeitsplätze, das den Arbeitstakt zwingend vorgibt, aufgehoben wird.



1. System homogener Gruppen:

Das Montageverfahren wird entweder in verschiedene Produktionsabschnitte untergliedert, innerhalb derer dann homogene Arbeitsgruppen die Arbeit selbst verteilen, wobei diese Gruppen häufig zwischen verschiedenen Produktionsabschnitten wechseln; oder, vor allem bei kleineren Produkten, die gesamte Montage wird parallel von vielen solcher Gruppen jeweils vollständig erledigt. Die letztere Form soll besondere Identifizierung auslösen, wenn die Gruppe sagen kann, sie habe dieses Gerät vollständig zusammengebaut ... (Beispiele: Sickla-Werke der Atlas-Copco-Gruppe in Schweden für den Maschinenbau; Volvo und Saab in ihren neuen schwedischen Werken; über ein von Gewerkschaften und Unternehmern gemeinsam betriebenes Institut „Coopera on Council" wird das System der „autonomen Arbeitsgruppen" auf eine ganze Reihe von norwegischen Betrieben übertragen; Ford und Daimler-Benz sind dabei, das System einzuführen; Olivetti hat in seinen italienischen Werken sog. „integrierte Montageeinheiten" gebildet, in denen jeweils ca. 30 Arbeiter nicht nur ganze Einheiten montieren, sondern auch kontrollieren und reparieren; usw. usw.).

2. System der Einzelarbeitsplätze:

An jedem einzelnen Arbeitsplatz wird ein komplettes Gerät oder eine komplette Baugruppe zusammengebaut. Transport- und Pufferbänder verknüpfen dabei die einzelnen unterschiedlichen Arbeitsstationen miteinander. Im Werk Dausenau/Lahn von Klöckner-Moeller, einem Werk für elektrische Niederspannungsschaltanlagen, wo dieses System exemplarisch eingeführt wurde, verspricht man sich einen Rückgang der Montagefehler um 60 %.

3. Systeme „loser Verkettung":

Seit 1972 propagiert die Robert Bosch AG ihr „Doppelgurt-Montageband", das sie als Baukastensystem verkauft. Nach diesem System können entweder mehrere Handarbeitsplätze verbunden werden (wobei die Werkstücke mittels Fußtaste angehalten und weiterbefördert werden können, ähnlich den Pufferbändern), oder mehrere automatische Arbeitsstationen verkettet oder Handarbeitsplätze mit automatischen Arbeitsstationen zu Montagestraßen kombiniert werden. Zwei stetig umlaufende Gurte befördern die lose aufgelegten Werkstückträger von Station zu Station. Die Bosch-Werbung spricht von vier Vorteilen: Durch den Einsatz von Werkstückträgern ändere sich die Ordnung und Lage der zu montierenden Werkstücke nicht, die lose Verkettung und damit die Pufferzonen verhindern die Addition von Verteilzeiten, der Zwischenraum zwischen den beiden Gurten sorge für gute Zugänglichkeit und der Montageablauf könne beliebig erweitert und verändert werden. Damit wird erreicht, **daß** in einem höchst flexiblen System **Industrieroboter gegen den Arbeiter operieren**, die Homogenität der Massenarbeit wird nicht nur durch die Vereinzelung (lose Verkettung), sondern zusätzlich durch zwischengeschaltete automatische Arbeitsstationen (Industrieroboter), deren Arbeitsgeschwindigkeit über Schaltzentralen steuerbar ist, aufgesplittert und damit der einzelne Arbeiter innerhalb solcher Systeme maximalster individueller Arbeitshetze aussetzbar.

Diese Beispiele sind wirklich nur Beispiele, die lediglich zeigen sollen, daß das Kapital längst schon über Möglichkeiten und Systeme verfügt oder diese gerade entwickelt, die neue Qualität von Arbeiterautonomie in der BRD und anderswo zu bekämpfen und diesen Kampf auf eine materielle Basis zu stellen.

Jetzt allerdings wird für uns die Frage interessant, inwieweit der damit gekoppelte massive Investitionsbedarf eine reale Basis hat. Und hier werden die anderen Mechanismen des bundesrepublikanischen Kapitals wichtig, die parallel zu diesen Ansätzen zur Restrukturierung der Arbeitskraft durch den kapitalistischen Gebrauch der Maschinerie entwickelt werden. Und genau hier muß die Tatsache, daß in der BRD seit einigen Monaten keine ausländischen Arbeitskräfte mehr importiert werden, direkt im Zusammenhang mit der Umstrukturierung, mit der beginnenden Restrukturierung des Arbeitsprozesses gesehen werden Man muß sehen, daß das BRD-Kapital eine Strategie betreibt, die es ihm ermöglicht, als Bollwerk des europäischen Kapitals die Gesamtarbeitskraft in Westdeutschland zu befrieden.

Und das in einer Situation, wo in anderen Ländern solche Befriedungsprogramme überhaupt noch nicht initiiert werden. Die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse in der BRD läuft also nicht nur über Veränderungsprogramme im unmittelbaren Produktionsprozeß, sondern auch über deutliche Veränderungen und Umschichtungen am europäischen Arbeitsmarkt. Es ist inzwischen hinlänglich bekannt, daß in der BRD jährlich 400 000 ausländische Arbeiter vom Gesamtarbeiter der BRD abgezogen werden, und der Importstop, wie er seit einigen Monaten prkatiziert wird, aufrechterhalten wird

Es ist gleichfalls bekannt, daß das westdeutsche Kapital zum erstenmal in seiner Nachkriegsgeschichte zu einer massiven Strategie des Kapitalexports übergegangen ist. Und zwar in dem Sinne, daß Kapital, das auf der Ebene des technischen Niveaus der Massenproduktion existiert, exportiert wird in Länder, wo der Taylorismus und die Massenarbeit in diesen intensiven Formen wie in den Zentren der Kapitalakkumulation noch nicht realisiert ist Das war bis vor kurzem die europäische Peripherie, die südeuropäischen Länder, das werden aber immer stärker die Arbeiterklassen Osteuropas, Zentralafrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Die Investitionsstrategie des westdeutschen Kapitals läßt sich wiederum deutlich in Zusammenhang bringen mit der unmittelbaren Strategie gegen die Arbeitskraft. Der Export von technologisch so strukturiertem Kapital, das massive und reibungslose Ausbeutungsraten auch in der BRD nicht mehr garantiert, in Länder mit Arbeiterklassen, die bereit sind, den Taylorismus als Fortschritt hinzunehmen.

Gleichzeitig wird die Massenarbeit in der BRD auf einen beschränkten Umfang reduziert, der wiederum gekoppelt ist mit Versuchen zur Umwälzung der Kapitalstruktur auf ihrer maschinellen Basis Diese drei Aspekte sind die Voraussetzung dafür, um die gegenwärtig ablaufende Krise und das aktuelle Verhalten des BRD-Kapitals in der EWG zu begreifen. **Zu begreifen, warum das BRD-Kapital z. B nicht bereit ist, sog stagnierende Infrastrukturen innerhalb der EWG (so in Großbritannien oder Italien) durch massive Kapitalexporte zu finanzieren:** wegen des hohen Grades an Autonomie und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und wegen der Unfähigkeit, mit technologisch arbeitsintensivem Kapital in diesen Ländern maximale Profite zu produzieren. Und hier liegt möglicherweise für die westeuropäische Situation ein klarer Schlüssel zum Verständnis der aktuellen Krisenentwicklung des EWG-Kapitals, dergestalt, daß das BRD-Kapital sich als einzigem – vielleicht noch neben Frankreich – die Chance zurechnet, tatsächlich durch massive Uminvestitionen des eigenen Kapitals und **durch Kapitalexporte** zu einer fundamentalen Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse zu kommen

Kindergeld: eine Bilderbuchreform!

Im Rahmen der Reform des Einkommensteuerrechts soll ab 1. 1. 1975 auch eine Neuregelung der Kindergeldzahlung in Kraft treten, die vor allem auf eine Kürzung des Realeinkommens der Arbeiter aus Nicht-EG-Staaten zielt.

Die „Reform"

Als erstes strich man mit dem Gesetzentwurf die steuerlichen Kinderfreibeträge – eine Maßnahme, die die multinationale Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit trifft. Da damit die Gefahr eines Entstehens eines gemeinsamen Kampfes, eines weiteren Zusammenwachsens der multinationalen Klasse gegeben war, mußte man also mal wieder auf das schon so oft bewährte Mittel der Spaltung zurückgreifen. Zunächst wurde als Ausgleich für die Streichung des Freibetrages das Kindergeld allgemein angehoben. Da das aber zum einen der Bundesregierung zu teuer kam, zum anderen aber wirklich nicht in den Rahmen der allgemeinen Politik des Kapitals, des Angriffs auf die Arbeiterklasse mit Hilfe von Krise, Entlassung, Kurzarbeit, Einreisestopp für Emigranten etc. paßt, strich man zum Ausgleich dafür das Kindergeld der Emigranten zusammen. Mit der „Begründung", daß die Lebenshaltungskosten in den Emigrationsländern wesentlich niedriger seien als in der BRD, will man für die dort verbliebenen Kinder der Emigranten nur den dortigen „landesüblichen" Satz zahlen.

Konkret wird das bei den spanischen Arbeitern z. B. so aussehen: Während ein Spanier für sein **zuhause** lebendes Kind 10.00 DM erhält, wird sein deutscher Kollege für sein Kind 50.00 DM erhalten. Beim zweiten Kind wird das Verhältnis 25 zu 70 DM betragen, beim dritten 60 zu 120 DM, beim vierten ebenso und bei jedem weiteren Kind 70 zu 120 DM.

Es ist also ziemlich deutlich, daß die Erhöhung des Kindergeldes bei dem einen Teil der Arbeiterklasse mit den Streichungen bei dem anderen Teil der Arbeiterklasse bezahlt wird.

Es ist klar, daß gegen diese Art der „Reform" vom Kapital her gesehen kein Widerspruch kommen wird. SPD, FDP, CDU und SPD stimmten bisher geschlossen dem Gesetzentwurf zu.

Die spanische Regierung hat schon am 28. 6. 1974 vertraglich ihr Einverständnis gegeben. Jugoslawien wird wegen der gerade gewährten Wirtschaftshilfe schweigen, – und ebenso wohl auch die anderen Regierungen, sei's wegen der Aussicht des von ihnen gewünschten EG-Beitritts, sei's, weil sie politisch zu schwach sind.

Allein bei den Spaniern werden von dieser Maßnahme 350 000 Familien mit ca. 1 000 000 Kindern betroffen sein. Klar, daß sie nicht ihre Kinder in die BRD holen können. Wo sollten sie zur Schule gehen? Wo sollten sie wohnen? **So spart die BRD doppelt – einmal am Kindergeld, einmal am Ausbau der Infrastruktur – eins ergänzt das andere.** Gibt man den Emigranten keine Wohnungen, spart man das Kindergeld – gibt man kein Kindergeld, spart man die Wohnungen und kann sie in die Baracken pferchen. Das System ist perfekt und schien auch anstandslos über die Bühne zu gehen. Kein Ton der Gewerkschaften, kein Ton der Konsulate, kein Ton der sonstigen „zuständigen Stellen" war dazu zu vernehmen, obwohl sie alle Bescheid wußten, was läuft und was das für die Arbeiter bedeutet.

Die Kindergeldkomitees

Heute gibt es in 19 Städten der BRD (Augsburg, Bad Honnef, Bochum, Bonn-Bad Godesberg, Essen, Frankfurt a. M., Ffm-Höchst, Hannover, Kassel, Korbach, Mannheim, München, Nürnberg, Rüsselsheim, Sindelfingen, Troidorf, Waldorf, Weinheim und Wuppertal) Komitees, die den Kampf gegen diese Form der verstärkten Ausbeutung und gegen diesen Angriff auf ihren Reallohn aufgenommen haben. Sie entstanden auf Grund der Initiative eines Priesters (o. ä.) des „Katholischen Arbeitskreises für Fragen ausländischer Arbeitnehmer", der die Kath. Organisationen der spanischen Emigranten über Inhalt und Bedeutung des Gesetzes informiert hat.

Einige Kindergeld-Komitees – in denen verschiedene linke deutsche und ausländische Organisationen mitarbeiten – arbeiten schon seit Juni, organisieren Versammlungen und Kundgebungen, machen Propaganda, diskutieren mit verschiedenen Organisationen der verschiedenen Nationalitäten und organisierten schon im Juli eine Demo mit ca. 1 000 Emigranten in Essen. Aufgrund dieser Aktivitäten sah sich inzwischen selbst schon der DGB genötigt, sich des Gesetzentwurfes zu erinnern und Stellung zu beziehen.

Auf nationaler Ebene sind die einzelnen Komitees über Koordinierungsversammlungen verbunden, auf denen sie eine gemeinsame Basis (gegen das Kindergeldgesetz, gegen die Diskriminierung von Teilen der Arbeiterklasse, gleiches Recht für deutsche und ausländische Arbeiter) und gemeinsame Perspektive erarbeitet haben.

So ist für den 27. Oktober 1974 eine nationale Demo – wahrscheinlich in Bonn – geplant. Als Vorbereitung dazu sollen in den Städten, in denen es Komitees gibt, örtliche bzw. regionale Demos stattfinden.



Ein Schwerpunkt bei der Vorbereitung dieser Demos wird in der verstärkten Einbeziehung aller Nationalitäten liegen, denn es ist klar, daß dieses Gesetz die ganze Arbeiterklasse treffen soll (nicht materiell!). Es ist klar, daß man hofft, daß die Spaltung, die man in der Frage des Kindergeldes erreichen will, sich nachhaltig auch auf die weiteren anstehenden Auseinandersetzungen mit der multinationalen Arbeiterklasse auswirkt. Es gilt, die Spaltung gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Reformerlogik: Wer wenig ißt braucht auch nur wenig.



Gruppen, die mit den Komitees evtl. zusammenarbeiten wollen, können sich an die WIR WOLLEN ALLES-Redaktion wenden; wir geben ihre Adresse dann den entsprechenden Komitees.

Bonn (AZ) – Ein Loch von fast einer Milliarde Mark würde ins Bonner Staatssäckel gerissen, wenn die Bundesregierung für alle im Ausland lebenden Kinder von Gastarbeitern die ab 1. Januar 1975 gültigen neuen Kindergeldsätze zahlen müßte. In Verhandlungen mit den Gastarbeiter-Heimatländern versucht Bonn, diese Mehrbelastung geringer zu halten. 17.9.

spendenliste wwa
(Kto Gaigana)
juni 74

8,00 k., mainz
200,00 f., münchen
8,00 h., münchen
50,00 st., neuburg
2,50 b., sommerau
10,00 d., mainz
20,00 b., berlin
20,00 n., harsum
3,05 l., berlin
110,00 pg, offenbach
10,00 k., braunschweig
10,00 b., berlin
20,00 ch., konspis
50,00 anonym, gießen
30,00 b., heidelberg
551,55

juli 74

20,00 p., kiel
10,00 d., köln
18,00 c., hamburg
30,00 g., darmstadt
8,00 w., kriens/Ch
106,00 u., berlin
50,00 k., gießen
242,00

august 74

8,00 r., freiburg
50,00 g., augsburg
100,00 m., frankfurt
70,00 g., darmstadt
18,00 b., berlin
150,00 u., frankfurt
396,00